

Stand: 06.06.2026 19:53:51

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/12805

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/12805 vom 14.09.2016
2. Plenarprotokoll Nr. 83 vom 13.10.2016
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/14638 des HA vom 01.12.2016
4. Beschluss des Plenums 17/14809 vom 15.12.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 92 vom 15.12.2016
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2016



Gesetzentwurf

der Staatsregierung

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)**

A) Problem

Im Rahmen der Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 sind die finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs zu überprüfen und das Finanzausgleichsgesetz (FAG) entsprechend anzupassen.

Änderungsbedarf besteht in folgenden Punkten:

- Die einwohnerbezogenen Pauschalen der Finanzausweisungen nach Art. 7 Abs. 2 FAG (Pro-Kopf-Beträge) zu den Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereiches und der Staatsbehörde Landratsamt sind seit Jahren unverändert.
- Art. 10 Abs. 1 Satz 2 FAG wiederholt Vorgaben des Landesplanungsrechts.
- Art. 10b Abs. 3 FAG enthält eine inzwischen nicht mehr notwendige Übergangsregelung betreffend die ab dem Jahr 2014 abgeschaffte örtlichen Beteiligung.
- Die Pauschalen zum Bau und Unterhalt von Kommunalstraßen sind in Art. 13a und 13b FAG geregelt. Die Regelungen sind historisch bedingt komplex und daher redaktionell überarbeitungsbedürftig.
- Landkreise und kreisfreie Gemeinden erhalten nach Art. 7 Abs. 4 FAG ergänzende Finanzausweisungen zu den Kosten der Amtsermittlung bei der Erkundung von Altlastverdachtsflächen, der Ersatzvornahme bei der sonstigen Erkundung oder bei der Sanierung von Altlasten. Zuständig für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung sind nach § 3 Abs. 1 der Durchführungsverordnung zu Art. 7 Abs. 4 Finanzausgleichsgesetz (FAG DV-Altlasten) die Regierungen. Altlastenfälle sind häufig sehr komplex und erfordern große Sachkenntnis. Eine geringe Routine bei der Fallbearbeitung erfordert immer wieder einen hohen Einarbeitungsaufwand und kann zu Reibungsverlusten führen.

B) Lösung

I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen

Der Entwurf des kommunalen Finanzausgleichs 2017 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden erörtert (Art. 23 Abs. 1 FAG). Grundlagen waren die Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, die Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und der Ausblick auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2017. Die untersuchten Einzelindikatoren zeigen für die Kommunen weiterhin eine gute finanzielle Lage.

Die den Gemeinden für die Erfüllung freiwilliger Aufgaben zur Verfügung stehenden Mittel sind im letzten Betrachtungsjahr wieder gestiegen. Sie ermöglichen eine kraftvolle kommunale Selbstverwaltung. Nach dem Ausblick auf das Jahr 2017 ist keine Verschlechterung der Kommunalfinanzen im Verhältnis zum Staatshaushalt zu erwarten. Es besteht kein Verteilungsdefizit zu Lasten der Kommunen. Gleichwohl sind im kommunalen Finanzausgleich 2017 weitere Verbesserungen zugunsten der Kommunen vorgesehen.

II. Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes

- Die einwohnerbezogenen Pauschalen der Finanzausweisungen nach Art. 7 Abs. 2 FAG werden angehoben.
- Art. 10 Abs. 1 Satz 2 FAG wird zur Rechtsbereinigung aufgehoben.
- Da alle Anwendungsfälle des Art. 10b Abs. 3 FAG abgeschlossen sind, kann diese Vorschrift aufgehoben werden.
- Art. 13a und 13b FAG werden redaktionell überarbeitet und vereinfacht.
- Die Bündelung von Aufgaben im Vollzug des Art. 7 Abs. 4 FAG bei einer zuverlässigen und sachkundigen Person des privaten Rechts kann Synergieeffekte heben und zu einer effizienteren und wirtschaftlicheren Fallbearbeitung führen. Da die Übertragung hoheitlicher Befugnisse auf juristische Personen des Privatrechts dem institutionellen Gesetzesvorbehalt unterliegt, ist eine Ermächtigung zur Übertragung der Aufgabe der Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der ergänzenden Finanzausweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG erforderlich. Art. 23a Abs. 4 FAG ist entsprechend zu ändern.

C) Alternativen

Keine

D) Kosten

1. Staat und Kommunen

Die Leistungen aus dem kommunalen Finanzausgleich steigen im Jahr 2017 gegenüber 2016 um 260,3 Mio. € (+3,0 %) auf 8.822,6 Mio. €.

Die reinen Landesleistungen wachsen 2017 gegenüber 2016 um 249,3 Mio. € (+3,1 %) auf 8.324,7 Mio. €.

2. Bürger und Wirtschaft

Bürger und Wirtschaft sind durch dieses Gesetz nicht unmittelbar betroffen.

Informationspflichten für Unternehmen werden nicht begründet.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)

§ 1

Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 473) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Nrn. 2 und 3 Satz 1 wird jeweils die Angabe „16,70 €“ durch die Angabe „17,85 €“ ersetzt.
 - b) In Nr. 4 wird die Angabe „33,40 €“ durch die Angabe „35,70 €“ ersetzt.
2. Art. 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
3. Art. 10b Abs. 3 wird aufgehoben.
4. Art. 13a wird wie folgt gefasst:

„Art. 13a

Gemeinden, die

1. Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen sind,
2. Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Staatsstraßen sind oder
3. am 30. Juni 2009 mehr als 5 000 Einwohner hatten und bis 30. Juni 2011 keine Zuweisungen nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung gewählt haben,

erhalten jährliche pauschale Zuweisungen zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung der in ihrer Straßenbaulast stehenden Straßen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“

5. Art. 13b wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„¹Die Landkreise erhalten zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Kreisstraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“
 - b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die kreisangehörigen Gemeinden, die nicht die Voraussetzungen des Art. 13a erfüllen, erhalten zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Gemeindestraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“
 - c) Abs. 3 wird aufgehoben.
6. Art. 23a Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat durch Rechtsverordnung für die Bewilligung, Abrechnung und Auszahlung der ergänzenden Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4

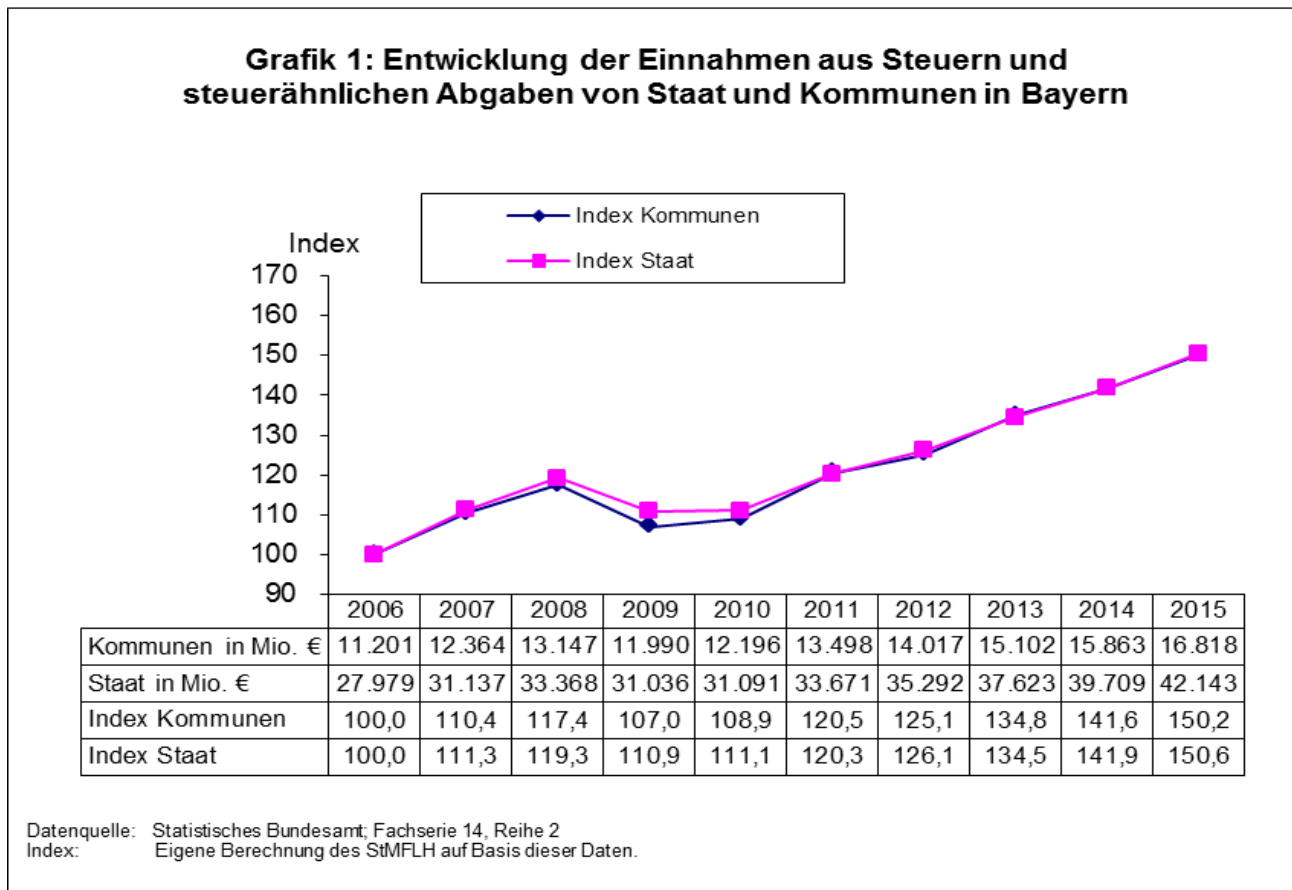
 1. das Verfahren näher zu regeln und
 2. die zuständigen Staatsbehörden zu bestimmen oder diese Aufgaben auf eine juristische Person des privaten Rechts, die die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde bei der verfahrensrechtlichen Behandlung von Altlastensanierungen besitzt, widerruflich zu übertragen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Begründung:**A. Allgemein****I. Finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen****1. Ist-Entwicklung der Steuereinnahmen**

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 1 FAGDV)



Bereits 2011 hatten Staat und Kommunen in Bayern den konjunkturbedingten Einbruch der Steuereinnahmen 2009 überwunden und wieder das Niveau von vor der Wirtschaftskrise 2008 erreicht. Seitdem steigen die Steuereinnahmen beim Staat und bei den Kommunen weiter kontinuierlich an.

Im Zehnjahresvergleich stellt sich die Entwicklung bei den Kommunen mit einem Zuwachs von 50,2 % seit 2006 und beim Staat mit einem Zuwachs von 50,6 % vor Länderfinanzausgleich (LFA) nahezu identisch dar (beim Staat: 40,7 % nach LFA). Auch 2015 war die Entwicklung der Steuereinnahmen mit einem Anstieg bei den Kommunen um +6,0 % und beim Staat um +6,1 % vor LFA nahezu identisch (beim Staat: +5,4 % nach LFA).

Tabelle 1: Zuwachs der Steuereinnahmen von Staat und Kommunen in Bayern

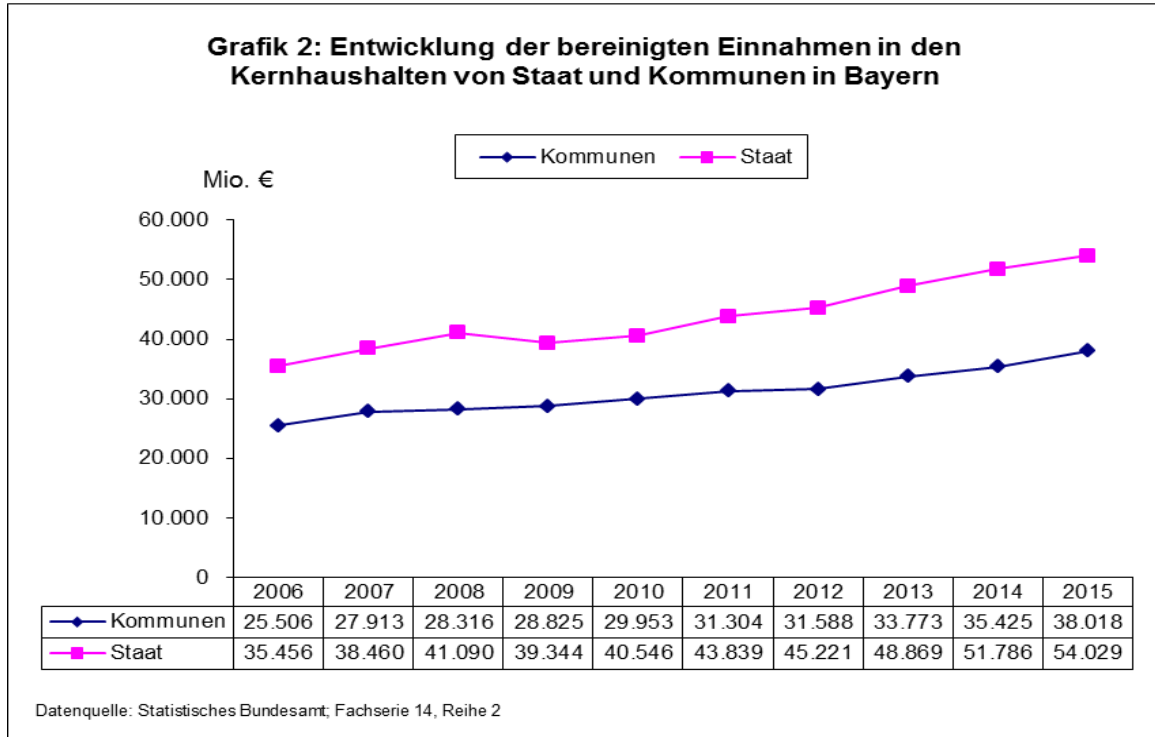
	Kommunen	Staat	
		vor LFA	nach LFA
Steuereinnahmewachstum von 2006 bis 2015	+5.617 Mio. €	+14.164 Mio. €	+10.635 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2006 bis 2015	+50,2 %	+50,6 %	+40,7 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2. Einnahmen- und Ausgabenentwicklung

2.1 Einnahmen

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 2 FAGDV)



Im Zehnjahreszeitraum von 2006 bis 2015 erzielte der Staat einen etwas höheren Einnahmezuwachs (+52,4 %) als die Kommunen (+49,1 %).

Die Kommunen holen hier jedoch auf. So sind die Einnahmen der Kommunen 2015 mit 7,3 % deutlich stärker angestiegen als die Einnahmen des Staates, der einen Zuwachs von 4,3 % verzeichnen konnte.

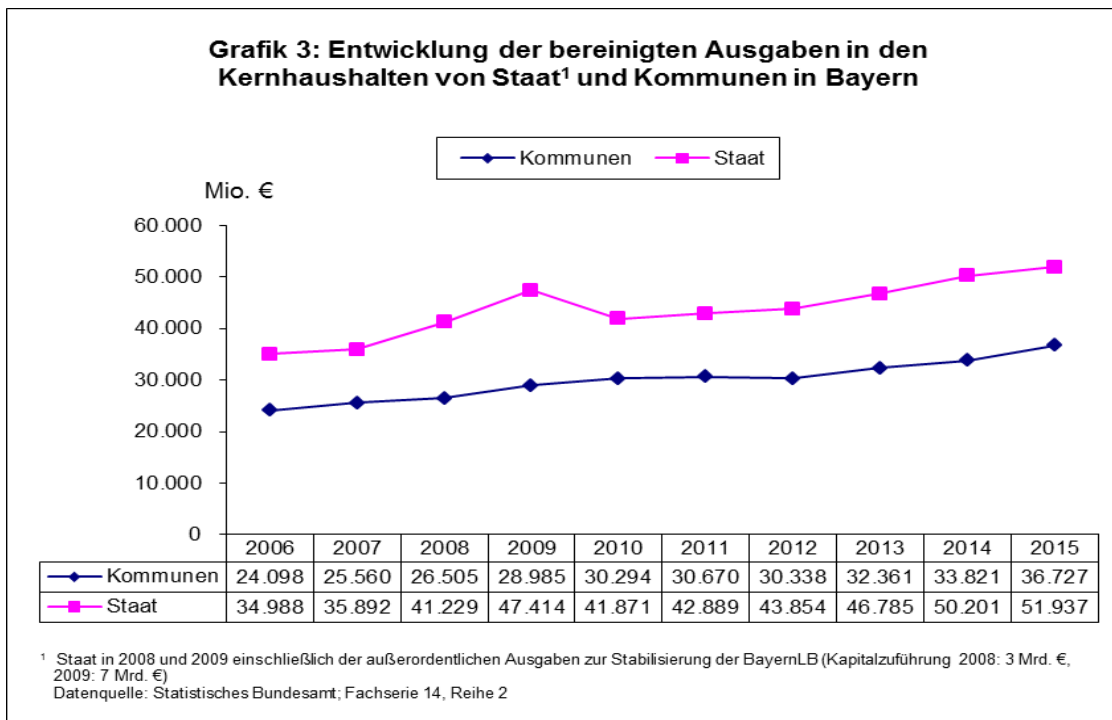
Tabelle 2: Einnahmenezuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Einnahmenezuwachs von 2006 bis 2015	+12.512 Mio. €	+18.573 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2006 bis 2015	+49,1 %	+52,4 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.2 Ausgaben

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 3 FAGDV)



Die Ausgaben der Kommunen sind im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um 8,6 % gestiegen, die des Staates nur um 3,5 %.

Auch im Zehnjahreszeitraum von 2006 bis 2015 sind die Ausgaben der Kommunen etwas stärker angestiegen als die des Staates (Kommunen +52,4 %, Staat +48,4 %).

Tabelle 3: Ausgabenzuwachs von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Ausgabenzuwachs von 2006 bis 2015	+12.629 Mio. €	+16.949 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2006 bis 2015	+52,4 %	+48,4 %

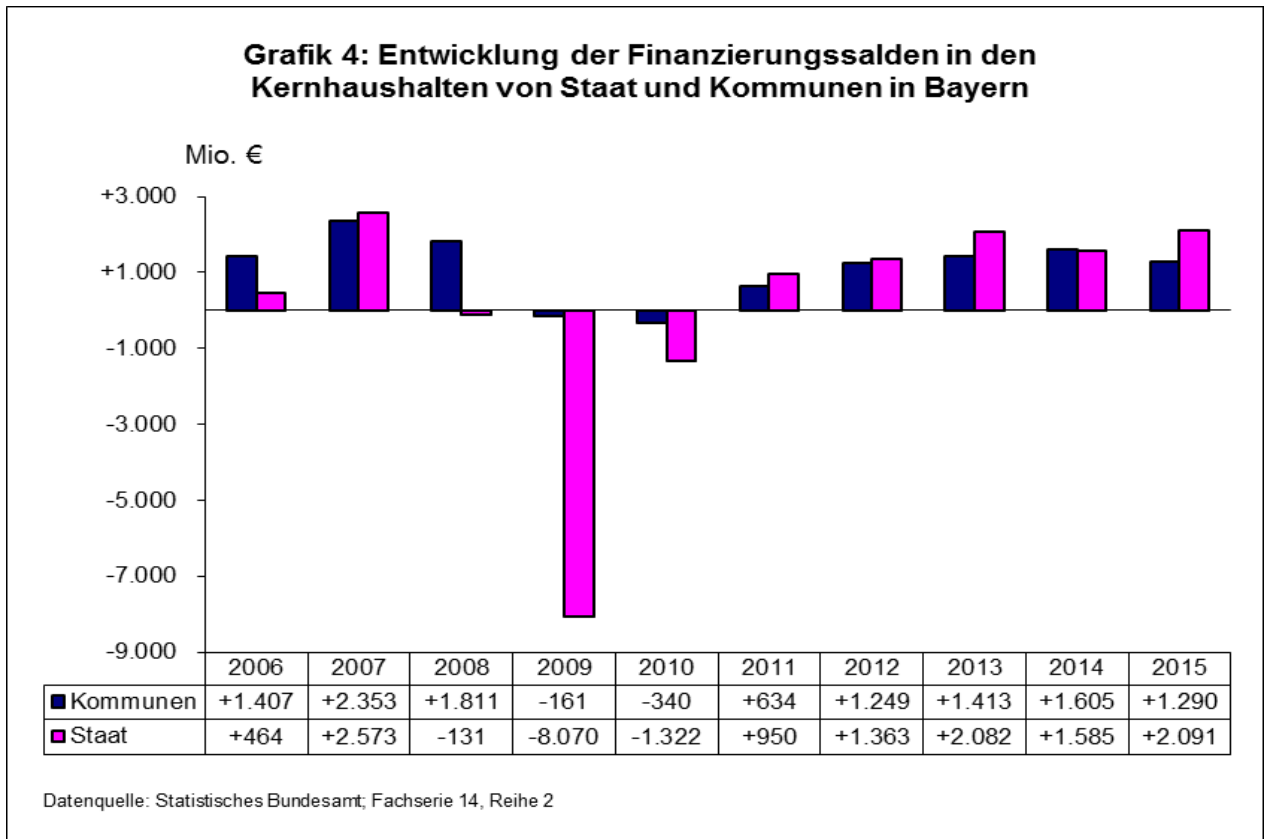
Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

2.3 Vergleich des Einnahmen- und Ausgabenwachstums

Im Zehnjahreszeitraum von 2006 bis 2015 übertraf beim Staat der Einnahmeanstieg von 52,4 % den Anstieg der Ausgaben von 48,4 %. Bei den Kommunen lag der Ausgabenanstieg bei 52,4 % und damit über dem Einnahmezuwachs von 49,1 %.

3. Entwicklung der Finanzierungssalden

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 4 FAGDV)



Staat und Kommunen konnten 2015 erneut einen positiven Finanzierungssaldo erzielen. Bei den Kommunen ging der Finanzierungssaldo von 1.605 Mio. € in 2014 um fast 20 % auf 1.290 Mio. € zurück, während der Finanzierungssaldo beim Staat von 1.585 Mio. € auf 2.091 Mio. € um fast ein Drittel angestiegen ist (+31,9 %).

In der Zehnjahresbetrachtung von 2006 bis 2015 ergibt sich für die Kommunen ein Überschuss von 11.261 Mio. €. Für den Staat ergibt sich erstmals seit der Finanzkrise 2009 für die Zehnjahresbetrachtung wieder ein positiver Gesamtsaldo (2006 bis 2015: 1.584 Mio. €; davon -10.000 Mio. € bedingt durch den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB).

Tabelle 4: Summe der Finanzierungssalden von Staat und Kommunen in Bayern

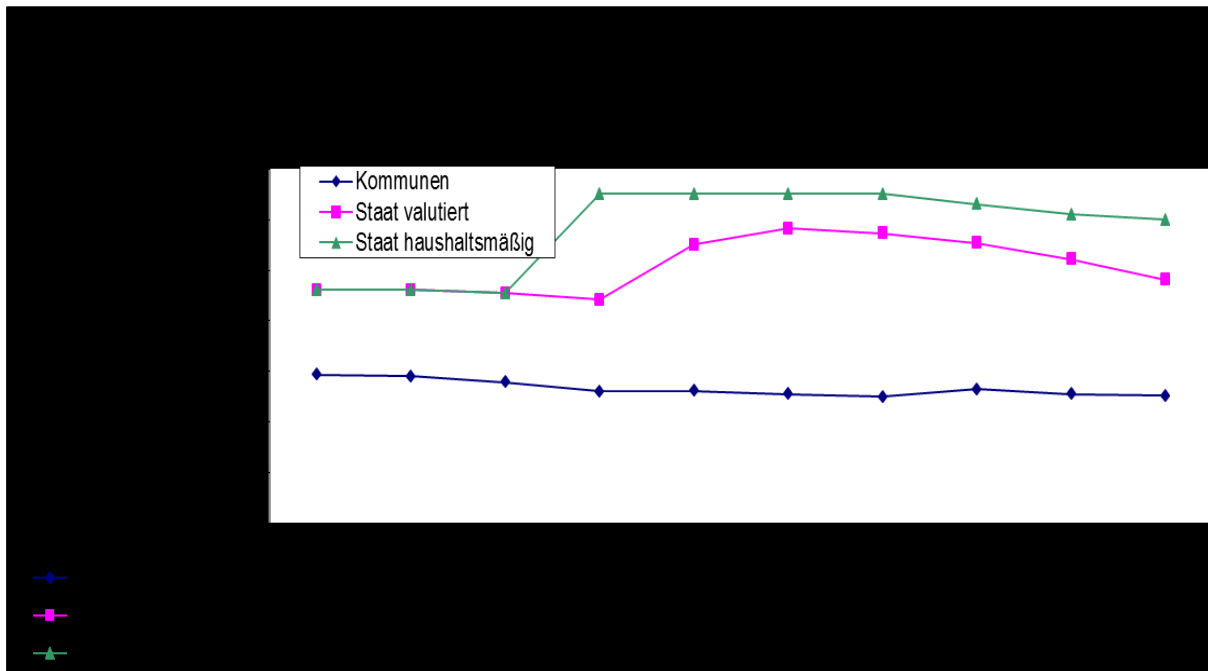
	Kommunen	Staat
Finanzierungssalden von 2006 bis 2015	+11.261 Mio. €	+1.584 Mio. €

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 2

4. Entwicklung der Verschuldung

4.1 Entwicklung der Schulden der Kernhaushalte

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 5 FAGDV)



¹ Bis 2009: Stand der Kreditmarktverschuldung im weiteren Sinne zum 31.12. in den Kernhaushalten; ab 2010: wegen Umstellung der Statistik Stand der Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich der Kernhaushalte ohne Kassenkredite zum 31.12.

² Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt.

Maßgeblich für die Beurteilung der Staatsverschuldung ist jedoch die haushaltsmäßige Verschuldung, die im Gegensatz zur kassenmäßigen Verschuldung aufgeschobene Anschlussfinanzierungen für ausgelaufene Altkredite gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes (HG) beinhaltet, bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden, sowie ab 2014 nicht belegte Kreditrahmen, die bis dahin in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten waren. Sie stellt sich für den Freistaat wie folgt dar (Angaben in Mio. €):

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	nicht belegte Kreditrahmen	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	Haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung	Haushaltsmäßige Verschuldungsquote
			Anschlussfinanzierung	Kredite für den Stabifonds			
2008	22.117	bis 2013 in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567		3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146		3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693		3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718		3.491	0	357	31.565	72,0 %
2013	26.139		4.152	0	275	30.565	65,3 %
2014	24.096	805	4.925	0	200	30.025	59,8 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2

Quote: Eigene Berechnungen des StMFLH auf Basis dieser Daten

Die Schulden der Kommunen am Stichtag 31. Dezember 2014 sind gegenüber dem Vorjahr leicht gesunken (-1,2 %). Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldung am Stichtag 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um -7,8 % gesunken. Hierbei sind seit 2014 die nicht belegten Kreditrahmen nicht mehr in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten; zum 31. Dezember 2014 waren dies 805 Mio. €. Die für die Beurteilung der Verschuldung des Staates maßgebliche haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung ist zum 31. Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahr um -1,8 % gesunken.

Im Zehnjahreszeitraum von 2005 bis 2014 verzeichneten die Schulden bei den Kommunen einen Rückgang um -14,2 %, während sie beim Staat um +4,4 % angestiegen sind (bei haushaltsmäßiger Betrachtung um +30,1 %).

Tabelle 5: Zunahme der Schulden von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Zunahme der Schulden von 2005 bis 2014	-2.082 Mio. €	+1.020 Mio. €	+6.948 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2005 bis 2014	-14,2 %	+4,4 %	+30,1 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihe 5 (bis 2009 Tabelle 4.1, ab 2010 Tabelle 5.1)

Bis einschließlich 2009 wurden für den Vergleich der finanziellen Ausgangslage von Staat und Kommunen auf Basis der damaligen Rechtslage die Kreditmarktschulden des Staates und der Kommunen aus dem Statistischen Bericht „Finanzen und Steuern, Schulden der öffentlichen Haushalte (Fachserie 14 Reihe 5)“ entnommen. Seit dem Jahr 2010 wird in diesem Bericht der Begriff „Kreditmarktschulden“ durch den Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt. Daher wurde ab dem Jahr 2010 auf diese Abgrenzung abgestellt. Zur besseren Vergleichbarkeit mit den bis 2009 anzusetzenden „Kreditmarktschulden“ sind die ab 2010 anzusetzenden „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ jedoch um die Kassenkredite zu bereinigen (§ 19 Abs. 2 Nr. 5 und 6 FAGDV).

Die Grafik gibt für die Kommunen die kassenmäßige Verschuldung wieder, da es für die Kommunalebene nur diese Zahlen gibt.

Für eine Beurteilung der Verschuldung des Staates ist auf die haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung abzustellen. Diese beinhaltet neben der rein kassenmäßigen Verschuldung auch die aufgeschobenen Anschlussfinanzierungen für ausgelaufene Altkredite gemäß Art. 8 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes, bestimmte Kreditmarktschulden, die in der geänderten Abgrenzung der Schuldenstatistik ab 2010 dem öffentlichen Bereich zugerechnet werden, sowie ab 2014 nicht belegte Kreditrahmen, die bis dahin in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten waren.

Von den statistisch erfassten Schulden des Staates entfallen 10 Mrd. €, die in den Jahren 2008 bis 2010 im Kernhaushalt entstanden sind, auf den Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB. Für die Jahre ab 2008 ergibt sich für die staatliche Verschuldung hierdurch folgendes Bild:

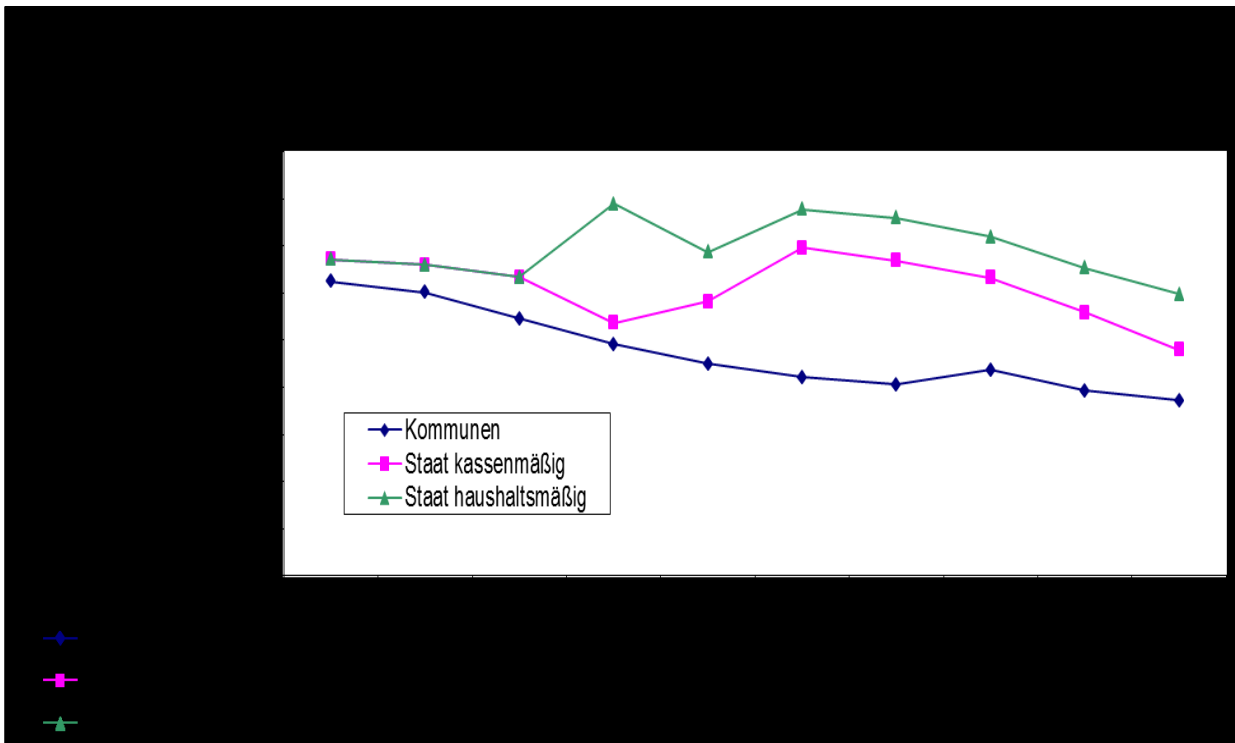
Tabelle 6: Haushaltsmäßige Schulden des Staates

Jahr	Kassenmäßig (Fachserie 14, Reihe 5)	nicht belegte Kreditrahmen	gem. Art. 8 HG aufgeschobene		ab 2010 dem öffentl. Bereich zugerechnete Kreditmarktschulden	Haushaltsmäßige Kreditmarktverschuldung	haushaltsmäßige Verschuldungsquote
			Anschlussfinanzierung	Kredite für den Stabifonds			
2008	22.117	bis 2013 in der kassenmäßigen Verschuldung enthalten	1.956	8.493		32.565	79,0 %
2009	27.567		3.459	1.539		32.565	68,7 %
2010	29.146		3.307	0	113	32.565	77,8 %
2011	28.693		3.489	0	384	32.565	75,9 %
2012	27.718		3.491	0	357	31.565	72,0 %
2013	26.139	805	4.152	0	275	30.565	65,3 %
2014	24.096		4.925	0	200	30.025	59,8 %

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 14, Reihen 5 und 2
 Quote: Eigene Berechnungen des StMFLH auf Basis dieser Daten

4.2 Schulden der Kernhaushalte in Relation zu den Gesamtausgaben

(Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 6 FAGDV)



1 vgl. Grafik 5, Fußnote 1.

2 vgl. Grafik 5, Fußnote 2.

Die Verschuldungsquote konnte 2014 sowohl bei den Kommunen als auch beim Staat weiter zurückgeführt werden. Die Verschuldungsquote bei den Kommunen sank von 39,3 % auf 37,2 %, die kassenmäßige Verschuldungsquote des Staates von 55,9 % auf 48,0 % (zur Änderung der Statistik siehe Nr. 4.1), bei haushaltsmäßiger Betrachtung von 65,3 % auf 59,8 %.

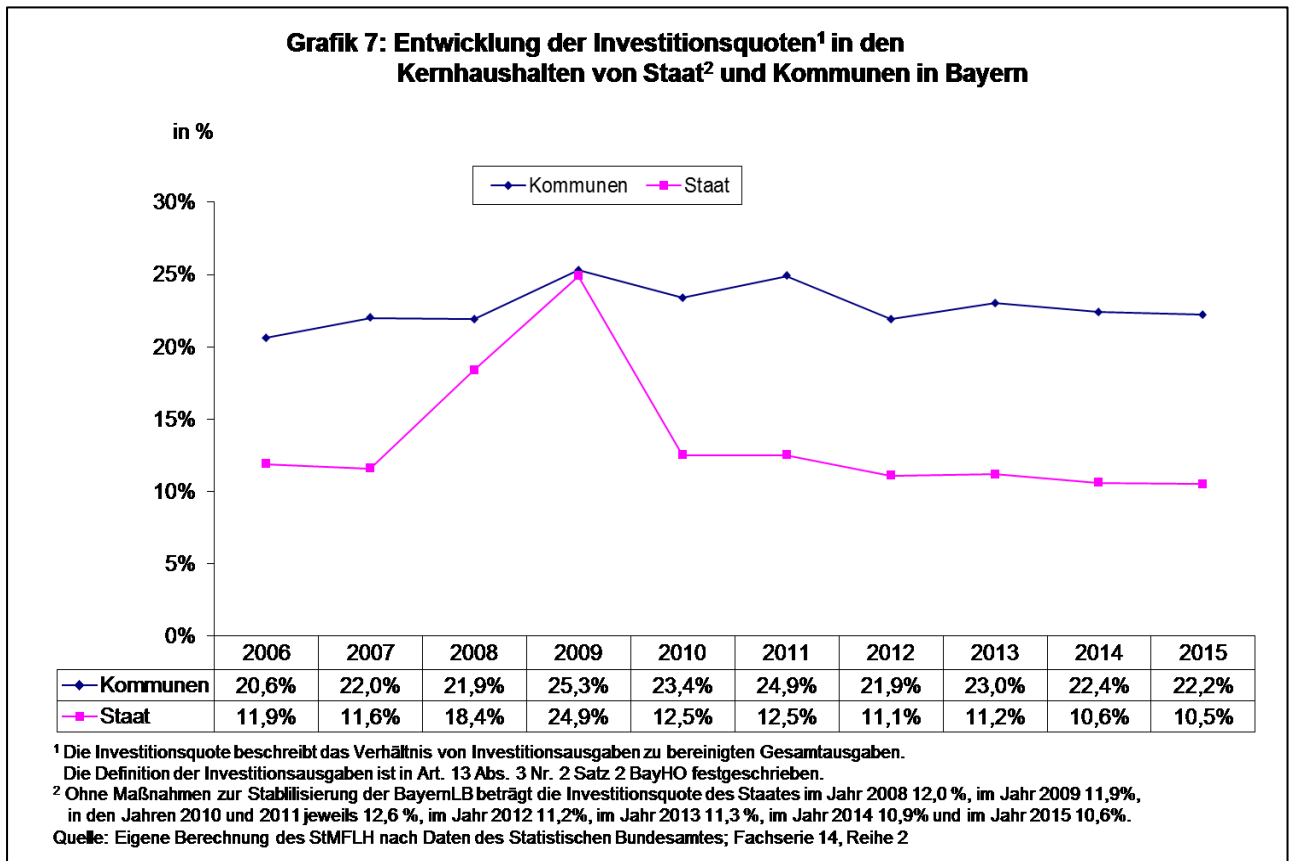
Im Zehnjahresvergleich von 2005 bis 2014 ist das Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben bei den Kommunen von 62,5 % auf 37,2 % gesunken. Beim Staat ist die kassenmäßige Verschuldungsquote von 67,2 % auf 48,0 % gesunken. Betrachtet man die haushaltsmäßigen Schulden des Staates (siehe Nr. 4.1), so ergibt sich ein Rückgang der Verschuldungsquote von 67,2 % auf 59,8 %.

Tabelle 7: Verhältnis der Schulden zu den Gesamtausgaben von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat	
		Kassenmäßige Schulden	Haushaltsmäßige Schulden
Quote 2005	62,5 %	67,2 %	67,2 %
Quote 2014	37,2 %	48,0 %	59,8 %
Prozentuale Veränderung	-40,4 %	-28,5 %	-10,9 %

Quelle: Eigene Berechnungen des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamts, Fachserie 14, Reihen 2 und 5

5. Entwicklung der Investitionsquoten (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 7 FAGDV)



Die Investitionsquoten von Staat und Kommunen blieben 2015 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert (Staat von 10,6 % auf 10,5 %, Kommunen von 22,4 % auf 22,2 %).

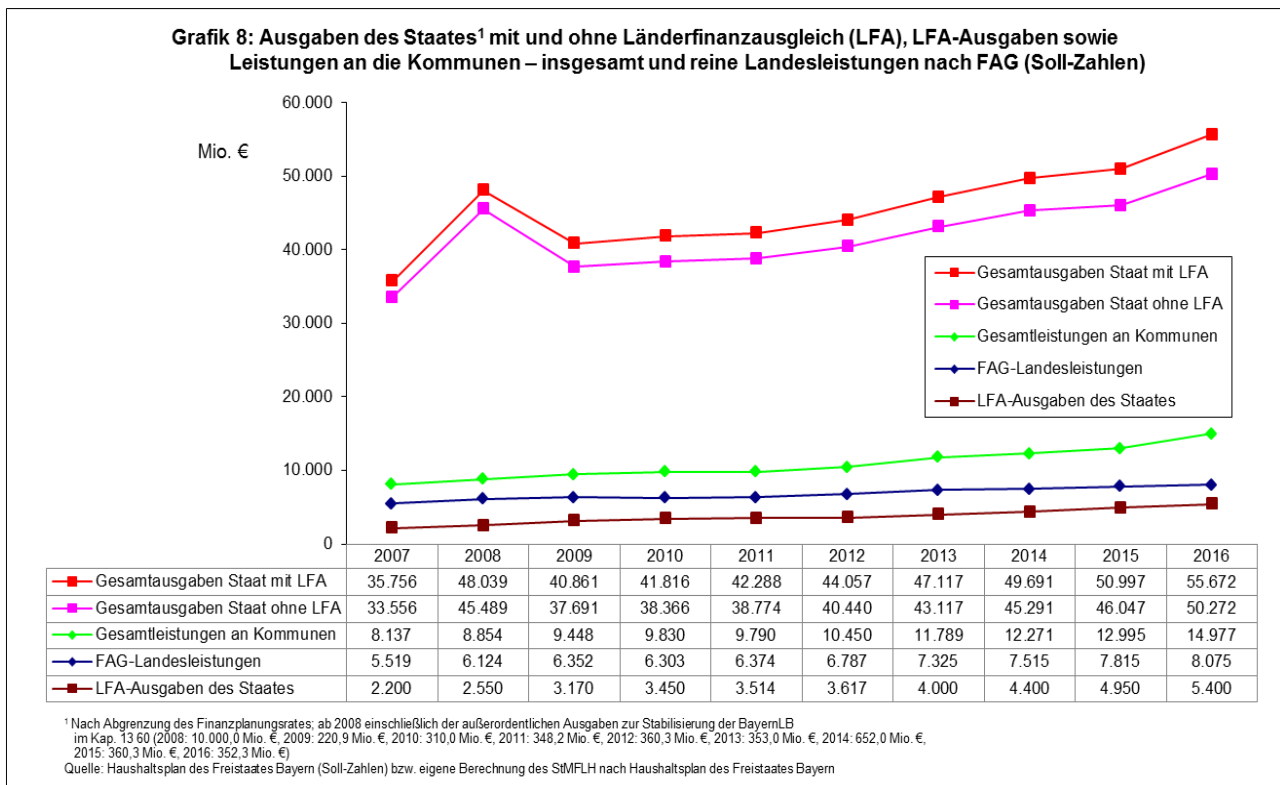
Im Zehnjahresvergleich von 2006 bis 2015 ist die Investitionsquote der Kommunen um 7,8 % angestiegen, die des Staates um -11,8 % gesunken.

Tabelle 8: Vergleich der Investitionsquoten von Staat und Kommunen in Bayern

	Kommunen	Staat
Investitionsquote 2006	20,6 %	11,9 %
Investitionsquote 2015	22,2 %	10,5 %
Prozentuale Veränderung	+7,8 %	-11,8 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Daten des Statistischen Bundesamtes, Fachserie 14, Reihe 2; Verhältnis Investitionsausgaben (Kapitalrechnung ohne Schuldentilgung und ohne sonstige Vermögensübertragungen) zu bereinigten Ausgaben.

6. Entwicklung der Ausgaben des Staates und staatliche Leistungen an die Kommunen (Art. 23 Abs. 2 Nr. 1 FAG, § 19 Abs. 2 Nr. 8 FAGDV)



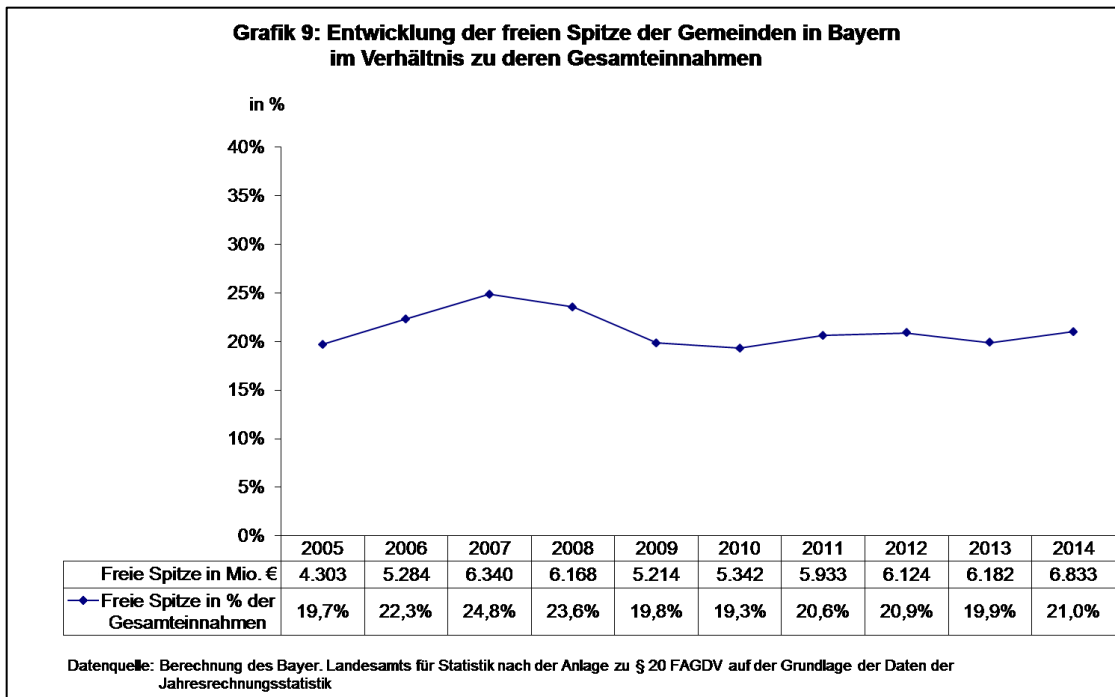
Ein beachtlicher Teil der Gesamtausgaben des Staates entfällt auf Abführungen und Zuweisungen an andere Gebietskörperschaften. Dazu gehören neben den Zahlungen im Länderfinanzausgleich auch die Leistungen des Staates an die Kommunen innerhalb und außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs. Im Zehnjahresvergleich von 2007 bis 2016 sind die Ausgabeansätze für die Gesamtleistungen an die Kommunen mit 84,1 % deutlich stärker angestiegen als die Gesamtausgaben des Staates, die sich um 55,7 % erhöht haben.

Tabelle 9: Ausgabenzuwachs des Staates insgesamt im Vergleich zur Entwicklung der Gesamtleistungen des Staates an die Kommunen (Haushaltssoll)

	Staatsausgaben	Leistungen an die Kommunen
Zuwachs von 2007 bis 2016	+19.915 Mio. €	+6.840 Mio. €
prozentualer Zuwachs von 2007 bis 2016	+55,7 %	+84,1 %

Quelle: Eigene Berechnung des StMFLH nach Haushaltsplänen des Freistaates Bayern

7. Entwicklung der verfügbaren Mittel der Gemeinden für freiwillige Aufgaben (Art. 23 Abs. 2 Nr. 2 FAG, § 20 FAGDV)



Der Anteil an den Gesamteinnahmen, der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibt, ist von 19,9 % im Jahr 2013 auf 21,0 % im Jahr 2014 wieder angestiegen.

8. Ausblick (Art. 23 Abs. 2 Nr. 3 FAG, § 21 FAGDV)

8.1 Entwicklung der Steuereinnahmen im laufenden Jahr 2016 und Schätzung

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland hält an.

Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist 2015 in Deutschland moderat um 1,7 % gestiegen. Dabei verzeichnete Bayern mit einem Wachstum von 2,1 % ein überdurchschnittliches Jahresergebnis. Im ersten Quartal 2016 ist das Bruttoinlandsprodukt preis-, saison- und kalenderbereinigt um 0,7 % gewachsen. Für 2016 und 2017 rechnet die Bundesregierung in ihrer am 20. April 2016 veröffentlichten Frühjahrsprojektion mit einem realen Wirtschaftswachstum von 1,7 % bzw. 1,5 %. Die an der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ beteiligten Forschungsinstitute prognostizieren die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland ähnlich (2016: +1,6 %, 2017: +1,5 %).

Für die weitere konjunkturelle Entwicklung bestehen allerdings weiterhin erhebliche Risiken im internationalen Umfeld, etwa infolge des britischen Referendums über den Austritt aus der EU sowie aus anhaltenden geopolitischen Konflikten, den unsicheren Wachstumsaussichten von Schwellen-

ländern wie China und der teils hohen Schuldenlast einiger Mitgliedstaaten des Euroraums.

Das der Steuerschätzung zu Grunde liegende nominale BIP hat die Bundesregierung in ihrer Frühjahrsprojektion im Vergleich zur letzten Herbstprojektion für 2016 von 3,4 % auf 3,6 % erhöht. Im Jahr 2017 rechnet sie mit einem Anstieg des nominalen BIP in Höhe von 3,3 %.

Nach den Ergebnissen der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016 steigen die Steuereinnahmen der Gemeinden im Jahr 2016 bundesweit um +0,9 %, die Steuereinnahmen der Länder um +3,7 %.

Im Jahr 2017 bleibt der Zuwachs bei den Steuereinnahmen der Länder nach der Steuerschätzung mit +3,5 % stabil, während bei den kommunalen Steuereinnahmen mit +8,2 % ein deutlicher Anstieg der Steuereinnahmen erwartet wird. Grund für den deutlich höheren Anstieg der Kommunalsteuern im Jahr 2017 ist neben einem geschätzten spürbaren Zuwachs bei der Gewerbesteuer (brutto +10,9 %) auch die weitere Entlastung der Kommunen durch den Bund durch einen bundesweit um 1 Mrd. € höheren Umsatzsteueranteil (Gesetz zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Kommunen und zur Entlastung von Ländern und Kommunen bei der Aufnahme und

Unterbringung von Asylbewerbern vom 24. Juni 2015, BGBl. I S. 974).

Die Steuerschätzung berücksichtigt die seit der letzten Schätzung in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen.

Tabelle 10:
Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2016

(Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr)	2016	2017
Steuern insgesamt	2,7 %	4,7 %
Bund	3,0 %	4,1 %
Länder	3,7 %	3,5 %
Gemeinden	0,9 %	8,2 %

Quelle: BMF, Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2. bis 4. Mai 2016

8.2 Für die Ausgabenseite wichtige Entwicklungen

Die Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt verläuft weiterhin sehr positiv. Dies wirkt sich nicht nur auf der Einnahmeseite, sondern auch auf der Ausgabenseite für Staat und Kommunen günstig aus. Ausgehend von 2,80 Millionen Arbeitslosen im Jahr 2015 wird ihre Zahl im Jahr 2016 nach Einschätzung der Bundesregierung (jahresdurchschnittlich 2,76 Millionen) und der Forschungsinstitute (jahresdurchschnittlich 2,74 Millionen) weiter sinken. Für 2017 wird hingegen – trotz weiter steigender Erwerbstätigkeit – aufgrund der Flüchtlingszuwanderung mit leicht zunehmenden Arbeitslosenzahlen gerechnet (Bundesregierung: 2,87 Millionen; Forschungsinstitute: 2,82 Millionen).

In Bayern liegt die Arbeitslosenquote im Juni 2016 bei 3,2 %. Dies ist der niedrigste Wert aller Länder und weit unter dem Bundesdurchschnitt (5,9 %). Die Arbeitskräftenachfrage (gemeldete ungeforderte Arbeitsstellen) befindet sich auf einem hohen Niveau. Im Juni 2016 gab es 104.631 gemeldete Arbeitsstellen, wovon rd. 96 % sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen waren. Dies entspricht im Vorjahresvergleich einer deutlichen Zunahme um 16.619 Stellen bzw. 18,9 %.

Die Jugendarbeitslosigkeit in Bayern ist im Juni 2016 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1.723 Personen gestiegen (+8,4 %), liegt mit einer Quote von 2,7 % jedoch deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 5,0 %. Die Arbeitslosigkeit der älteren und der schwerbehinderten Menschen ist gegenüber dem Vorjahr hingegen weiter zurückgegangen (-1,9 % bzw. -2,9 %).

In Deutschland erhalten aktuell rd. 71 % der Arbeitslosen Leistungen nach dem SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende). In Bayern fällt diese Quote mit rd. 55 % deutlich geringer aus. Im weiteren Zeitverlauf könnten sich diese Quoten durch die steigende Zahl von anerkannten Asylbewerbern erhöhen. Im Juni 2016 waren in Bayern insgesamt bereits mehr als 26.100 arbeitslose Menschen aus den 15 zugangsstärksten Herkunftsländern von Schutzsuchenden registriert (Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 56,2 %). Um die Kommunen zu entlasten, hat der Bund den Ländern am 16. Juni 2016 zugesagt, die flüchtlingsbezogenen Kosten der Unterkunft und Heizung vollständig zu übernehmen. Hierzu wird die Bundesbeteiligung an den Leistungen für Unterkunft und Heizung bundesweit um 400 Mio. € in 2016 und voraussichtlich um 900 Mio. € in 2017 und 1.300 Mio. € in 2018 erhöht.

Bei den sonstigen Sozialausgaben ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen. Dies gilt besonders für die Bereiche der Jugendhilfe, der Grundsicherung im Alter und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Die Ausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) werden allerdings seit dem Jahr 2014 bereits in voller Höhe vom Bund übernommen. Damit wurde ein nachhaltiger Beitrag zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommunen geleistet. Für die bayerischen Kommunen bedeutet die Vollübernahme der Kosten durch den Bund eine geschätzte jährliche Entlastung von deutlich mehr als 0,5 Mrd. € im Vergleich zur Rechtslage 2011 (Bundesbeteiligung: 16 %).

Im Vorgriff auf die durch den Bund zugesagte Entlastung der Kommunen in Höhe von 5 Mrd. € jährlich erhalten die Kommunen in den Jahren 2015 bis 2017 bereits eine jährliche Entlastung von bundesweit 1 Mrd. €. Auf die bayerischen Kommunen entfällt hierbei ein Anteil von rd. 115 Mio. € pro Jahr (Entlastung bei den Kosten der Unterkunft und erhöhter Umsatzsteueranteil). Der Bund stellt den Kommunen im Jahr 2017 darüber hinaus weitere 1,5 Mrd. € zur Verfügung, um ihnen so Spielräume für zusätzliche Investitionen zu eröffnen. Die bayerischen Kommunen werden hierbei mit weiteren rd. 200 Mio. € entlastet (einschließlich erhöhtem Umsatzsteueranteil siehe Nr. 8.1).

Nach wie vor stellen die Bereiche „Schule“ und „Kinderbetreuung“ große Aufgabenschwerpunkte für Staat und Kommunen dar. Neben den ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 eingeführten Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder von über einem bis zu drei Jahren und dem weiteren Ausbau der Ganztagesbetreuung im schulischen Bereich tritt neu die Herausforderung um die Integration der Flüchtlinge und Flüchtlingskinder. Daneben fordert weiterhin die Umsetzung des

Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung, welches in Deutschland am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, verstärkte Anstrengungen von Staat und Kommunen bei der Herstellung der Barrierefreiheit. Projekte finanzschwacher Kommunen zum barrierefreien Ausbau können auch aus dem Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ gefördert werden, welches der Bund mit einem Gesamtvolumen von 3,5 Mrd. € eingerichtet hat. Bayern erhält hieraus einen Anteil von 8,2640 % (rd. 289 Mio. €).

Der Tarifabschluss für die Beschäftigten der Kommunen sieht eine Erhöhung der Entgelte zum 1. März 2016 um 2,4 %, ab dem 1. Februar 2017 um weitere 2,35 % vor. Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder sieht zum 1. März 2016 eine Erhöhung um 2,3 %, mindestens aber 75 €, vor und läuft bis 31. Dezember 2016. Der Tarifabschluss für den Bereich der Länder wurde auf die staatlichen und kommunalen Beamten übertragen. Das Ergebnis und die Auswirkungen der Entgelttrunde 2017 im Länderbereich sind derzeit ebenso wenig absehbar wie mögliche Erhöhungen der Besoldung für die Staats- und Kommunalbeamten.

Beim Staat steigen 2016 und 2017 die Ausgaben gegenüber dem Haushaltsjahr 2015 insbesondere aufgrund einer Reihe von zwangsläufigen Belastungen weiter an. Ursächlich hierfür sind u.a.

- die aufgrund des gestiegenen Steuerverbundaufkommens und gesetzlicher Vorgaben ansteigenden Zuweisungen an die Kommunen,
- höhere Belastungen im Länderfinanzausgleich, auch wegen der Steuerstärke der bayerischen Gemeinden,
- die Finanzierung der Tarif- und Besoldungsrunden für 2016 und 2017,
- der Mehrbedarf bei den Asyl- und insbesondere Integrationskosten in Milliardenhöhe aufgrund der hohen Zugangszahlen an Asylbewerbern seit Mitte des Jahres 2014, der durch den vorgesehenen Kostenbeitrag des Bundes nur teilweise gedeckt wird.

9. Schlussfolgerung

Staat und Kommunen haben trotz der steigenden Belastungen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Flüchtlingskrise weiterhin eine gute finanzielle Ausgangslage. In der Gesamtbeurteilung (Zehnjahresvergleich) ist die kommunale Finanzlage noch immer besser als die des Staates. Seit dem Jahr 2011 erzielten sowohl der Staat als auch die Kommunen ununterbrochen einen Finanzierungsüberschuss. Der Staat konnte seinen Finanzierungsüberschuss 2015 im Vergleich zum Vorjahr um über 500 Mio. € auf rd. 2,1 Mrd. € steigern. Bei den Kommunen liegt der Finanzierungsüberschuss 2015 trotz eines Rückgangs im

Vergleich zum Vorjahr um über 300 Mio. € mit rd. 1,3 Mrd. € immer noch auf einem hohen Niveau. Im Zehnjahreszeitraum übertreffen die Kommunen mit einem positiven Gesamtsaldo von rd. 11,3 Mrd. € das staatliche Ergebnis (1,6 Mrd. €) deutlich. Weiter rückläufig ist sowohl beim Staat als auch bei den Kommunen die Verschuldung.

Erfreulich ist die nach wie vor hohe Investitionskraft der Kommunen. Mit 22,2 % liegt die Investitionsquote 2015 fast auf Vorjahresniveau. Auch die Investitionsquote 2015 des Staats ist mit 10,5 % im Wesentlichen stabil.

Besonders hervorzuheben ist die hohe „freie Spitze“ der Gemeinden. Der den Gemeinden zur Erfüllung freiwilliger Aufgaben verbleibende Gesamtbetrag ist im Jahr 2014 auf 6.833 Mio. € gestiegen. Auch in Relation zu den Gesamteinnahmen ergibt sich ein Anstieg. Der Anteil der Einnahmen, der für freiwillige Aufgaben zur Verfügung stand, ist um 1,1 Prozentpunkte auf 21 % gestiegen. Eine kraftvolle Wahrnehmung der kommunalen Selbstverwaltungsaufgaben ist weiterhin gesichert.

Der Ausblick auf das zu planende Jahr 2017 wird von Unwägbarkeiten besonders auf der Ausgabe Seite erschwert. Zusätzliche Kosten entstehen sowohl für den Staat wie auch die Kommunen in den Bereichen „Personal“, „Schule“ und „Kinderbetreuung“. Beim Staat kommen die in den letzten Jahren erheblich gestiegenen Belastungen im Länderfinanzausgleich hinzu. Vor allem stellt die hohe Zahl an Asylsuchenden und Flüchtlingen Staat und Kommunen vor schwierige Aufgaben. Durch die humanitäre Versorgung und Integration entstehen erhebliche Kosten. Die längerfristigen Haushaltswirkungen für Staat und Kommunen sind immer noch schwer abzusehen.

Allerdings erfahren Staat und Kommunen auch Entlastungen. Die Länder werden vom Bund bei der Bewältigung der Mehrbelastungen im Zusammenhang mit der Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern und Flüchtlingen seit dem Jahr 2016 unterstützt. Diese Kosten werden in Bayern vom Staatshaushalt und nicht von den Kommunen getragen. Außerdem wird der Bund den Ländern in den Jahren 2016, 2017 und 2018 eine Integrationspauschale gewähren.

Die Kommunen werden vom Bund an mehreren Stellen entlastet. So übernimmt der Bund seit dem Jahr 2014 die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in vollem Umfang. In den Jahren 2015, 2016 und 2017 verbesseriert der Bund die Finanzlage der Kommunen durch die Überlassung von Umsatzsteueranteilen und eine höhere Beteiligung an den Kosten der Unterkunft nach SGB II. Ab 2018 wird der Bund die Kommunen um bundesweit 5 Mrd. € entlasten.

Außerdem hat der Bund ab 2016 zumindest für drei Jahre eine hundertprozentige Übernahme der Kosten der Unterkunft nach SGB II für anerkannte Asylbewerber in Aussicht gestellt. Damit wird eine wichtige Forderung der Kommunen erfüllt und sie werden bei einem weiteren Kostenblock im Asylbereich entlastet.

Steigenden Ausgaben stehen auch steigende Einnahmen gegenüber. Die Steuerschätzung vom Mai 2016 lässt besonders für die Kommunen erhebliche Mehreinnahmen erwarten. Auf der Basis geltenden Rechts wird für die Kommunen bundesweit ein Anstieg der Steuereinnahmen 2017 um 8,2 % und für die Länder um 3,5 % prognostiziert.

Die Einschätzung, dass die Finanzentwicklung für die Kommunen günstiger verlaufen ist als für den Staat, gilt daher weiter. Ausgehend von einer soliden finanziellen Basis sind die Kommunen gut gerüstet, die im nächsten Jahr anstehenden Aufgaben zu bewältigen. Es besteht kein Grund für strukturelle Verschiebungen zwischen Staat und Kommunen. Gleichwohl sind im kommunalen Finanzausgleich 2017 über die Aufwüchse der Steuerverbünde hinaus weitere Verbesserungen zugunsten der Kommunen vorgesehen. Mit dem kommunalen Finanzausgleich 2017 wird ein besonderer Schwerpunkt auf die Stärkung der kommunalen Investitionen gelegt.

II. Finanzielle Ausstattung des kommunalen Finanzausgleichs 2017

Der Entwurf des Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat zum kommunalen Finanzausgleich 2017 wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden besprochen (Art. 23 Abs. 1 FAG). Dabei wurden die Belange des Staates und die Forderungen der Kommunen eingehend erörtert. Die kommunalen Spitzenverbände forderten weitere finanzielle Verbesserungen im kommunalen Finanzausgleich zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft und der Finanzierungsgrundlagen für laufende Aufgaben. Dabei verwiesen sie insbesondere auf einen Nachholbedarf bei Investitionen, einen flüchtlingsbedingten Investitionsmehrbedarf und die Integrationskosten für Asylbewerber und Asylbewerberinnen.

Unter Würdigung der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen, der Entwicklung des für freiwillige Aufgaben verbleibenden Gesamtbetrags und des Ausblicks auf bedarfsprägende Umstände im Jahr 2017 wurde ein tragfähiger Kompromiss erzielt, der beiden Seiten gerecht wird.

Insgesamt wächst der kommunale Finanzausgleich 2017 gegenüber 2016 um 260,3 Mio. € (+3,0 %) auf 8.822,6 Mio. €. Nach Abzug des Kommunalanteils an den Kosten der Krankenhauserhaltung und der Bundesleistungen nach dem Entflechtungsgesetz steigen die reinen Lan-

desleistungen 2017 im Vergleich zu 2016 um 249,3 Mio. € (+3,1 %) auf 8.324,7 Mio. €. Der Zeitraum für die Berechnung des allgemeinen Steuerverbunds 2017 endet erst am 30. September 2016. Daher liegt diesen Summen eine Schätzung des allgemeinen Steuerverbunds zugrunde. Die endgültige Verbundentwicklung wird ebenso wie die Ergebnisse der kommenden Herbststeuerschätzung im Rahmen des weiteren Gesetzgebungsverfahrens einzuarbeiten sein.

Hinsichtlich der Gesamtausstattung des Entwurfs des kommunalen Finanzausgleichs 2017 und den in dem Entwurf des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2017 enthaltenen inhaltlichen Änderungen wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden Einvernehmen erzielt.

B. Zwingende Notwendigkeit einer normativen Regelung

Das Finanzausgleichsgesetz regelt die im kommunalen Finanzausgleich angesiedelten Finanzbeziehungen zwischen Staat und Kommunen in Bayern sowie im Verhältnis der bayerischen Kommunen untereinander. Die Regelungen sind im Rahmen des Vorhalts des Gesetzes zur Bestimmung der Höhe der Steuerverbünde erforderlich. Außerdem werden sie benötigt, um nach einheitlichen Maßstäben und Kriterien im kommunalen Finanzausgleich eingeplante Zuweisungen auf die einzelnen Kommunen in Bayern aufteilen und auszahlen sowie die notwendigen Umlagen erheben zu können.

Die Übertragung von Verwaltungsaufgaben auf juristische Personen des privaten Rechts im Wege der Beleihung bedarf einer gesetzlichen Regelung. Hierzu wird eine Ermächtigungsnorm im Finanzausgleichsgesetz geschaffen. Die Beleihung selbst wird in der Durchführungsverordnung zu Art. 7 Abs. 4 FAG geregelt.

Weitere Änderungen dienen der Vereinfachung des Gesetzeswortlauts und der redaktionellen Bereinigung des Gesetzestextes.

C. Einzelbegründung

Zu § 1 Nr. 1 (Art. 7 Abs. 2 FAG)

Zu dem Verwaltungsaufwand, der Gemeinden und Landkreisen für die Wahrnehmung der Aufgaben des jeweils übertragenen Wirkungskreises und der Staatsbehörde Landratsamt entsteht, erhalten sie unter anderem einwohnerbezogene Pauschalen nach Art. 7 Abs. 2 Nr. 2 bis 4 FAG. Diese Pro-Kopf-Beträge wurden letztmals in den Jahren 1999 und 2002 (Aufrundung im Rahmen der Umrechnung auf den Euro) auf 33,40 € je Einwohner angehoben. Kreisfreie Gemeinden erhalten diesen Betrag in voller Höhe, Landkreise und kreisangehörige Gemeinden teilen ihn sich hälftig.

Die Finanzzuweisungen sind nicht isoliert zu sehen. Vielmehr ist die finanzielle Gesamtausstattung des kommunalen Finanzausgleichs zu betrachten. Diese war und ist, wie auch die finanzielle Ausgangslage von Staat und Kommunen zeigt, ausreichend. Dennoch werden im Hinblick auf einen zwischenzeitlichen Kostenanstieg die Kopfbeiträge um 2,30 € je Einwohner auf insgesamt 35,70 € je Einwohner erhöht. Auf Landkreise und kreisangehörige Gemeinden entfallen jeweils 17,85 € je Einwohner.

Zu § 1 Nr. 2 (Art. 10 Abs. 1 FAG)

Bereits nach den Regelungen des Landesplanungsrechts sind die Ziele der Raumordnung bei raumbedeutsamen Maßnahmen zu beachten. Art. 10 Abs. 1 Satz 2 FAG hat insoweit keinen zusätzlichen Regelungsgehalt. Deshalb kann die Norm aufgehoben werden. Für den Vollzug des Art. 10 FAG, insbesondere für die Auswahl der Fördermaßnahmen ergibt sich durch diese Rechtsbereinigung keine Änderung. Aufgrund landesplanungsrechtlicher Vorgaben sind weiterhin die Ziele der Raumordnung zu beachten und die Grundsätze und die sonstigen Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen.

Zu § 1 Nr. 3 (Art. 10b Abs. 3 FAG)

Mangels praktischer Anwendungsfälle besteht für die Übergangsbestimmung des Art. 10b Abs. 3 FAG kein Regelungsbedarf mehr; sie wird deshalb aufgehoben.

Zu § 1 Nr. 4 und 5 (Art. 13a und 13b FAG)

Gemeinden und Landkreise erhalten nach Art. 13a und 13b FAG pauschale Zuweisungen zum Bau, Ausbau und Unterhalt der in ihrer Straßenbaulastträgerschaft stehenden Straßen seit 2011 als Festbeträge. Diese wurden im Rahmen einer Revision zum Stichtag 1. Januar 2015 fortgeschrieben. Die Regelungen beziehen sich somit teilweise auf abgeschlossene Vorgänge. In wenigen Einzelfällen

können jedoch die hierfür relevanten Veränderungen, die bis 31. Dezember 2014 in der Länge von Straßen in kommunaler Baulast eingetreten sind, aufgrund laufender Prüfungen voraussichtlich erst bis Ende 2016 abschließend ermittelt werden.

Zur leichteren Lesbarkeit werden die Normen redaktionell überarbeitet und der Wortlaut einheitlicher gefasst. Mit dem Bezug auf die im Jahr 2016 gewährten Zuweisungen werden die Vorschriften vereinfacht und leichter lesbar. Materielle Änderungen sind damit nicht verbunden.

Zu § 1 Nr. 6 (Art. 23a Abs. 4 FAG)

Art. 23a Abs. 4 FAG ermächtigt das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat das Verfahren für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der ergänzenden Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG durch Rechtsverordnung zu regeln.

Altlastenfälle sind häufig sehr komplex und erfordern große Sachkenntnis. Eine geringe Routine bei der Fallbearbeitung erfordert immer wieder einen hohen Einarbeitungsaufwand und kann zu Reibungsverlusten führen. Statt einer Behördenzuständigkeit soll die Aufgabe der Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung von ergänzenden Finanzzuweisungen daher auch auf eine zuverlässige und sachkundige juristische Person des privaten Rechts übertragen werden können. Die Bündelung von Aufgaben im Vollzug des Art. 7 Abs. 4 FAG bei einer zuverlässigen und sachkundigen Person des privaten Rechts kann Synergieeffekte heben und zu einer effizienteren und wirtschaftlicheren Fallbearbeitung führen.

Deshalb wird das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz ermächtigt, die Aufgabe der Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der ergänzenden Finanzzuweisungen nach Art. 7 Abs. 4 FAG auf juristische Personen des privaten Rechts übertragen zu können.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Staatsminister Dr. Markus Söder

Abg. Harald Güller

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Peter Winter

Abg. Claudia Stamm

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Jürgen Mistol

Abg. Hans Herold

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017) (Drs. 17/12805)**

- Erste Lesung -

und

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die
Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)
(Drs. 17/12806)**

- Erste Lesung -

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile zunächst Herrn Staatsminister Dr. Markus Söder das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! An sich ist heute der wichtigste Tag im Parlamentsjahr; denn die Feststellung des Haushalts ist erste Pflicht und höchstes Recht der Abgeordneten. Mit dem Haushalt wird Bilanz gezogen und Rechenschaft abgelegt, werden aber auch Perspektiven eröffnet.

Viel Arbeit liegt vor uns: Der Haushalt umfasst insgesamt 5.100 Seiten mit 15.700 Titeln. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist aber nicht nur eine Aneinanderreihung von Zahlen – hier geht es nicht um Mathematik –, sondern unser Haushalt in Bayern ist das modernste Zukunftskonzept in Deutschland und Europa.

(Beifall bei der CSU)

Wenn man sich den europäischen Kontinent ansieht, die Verwerfungen und Sorgen, Arbeitslosigkeit, finanzielle und politische Instabilität,

(Florian von Brunn (SPD): Warum nicht weltweit?)

dann stellt man fest, dass Deutschland in Europa der letzte echte Stabilitätsanker ist.

Warum kann Deutschland in Europa so stark auftreten? Warum ist Deutschland dieser Anker in Europa? – Das liegt an der wirtschaftlichen Stabilität. Diese wirtschaftliche Stabilität Deutschlands kommt aber durch den Freistaat Bayern zustande; denn der Freistaat Bayern ist der finanziell stärkste Teil von Deutschland. Wir halten Deutschland an der Stelle hoch.

(Beifall bei der CSU)

Dabei ist es schon eine besondere Situation, in der wir in diesem Jahr den Haushalt diskutieren, und zwar ist sie psychologisch besonders. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eigentlich befinden wir uns in wirtschaftlich blühenden Zeiten. Uns geht es so gut wie nie. Wir hatten noch nie so wenige ernsthafte Probleme wie heute. Das heißt nicht, dass es keine Herausforderungen gibt, aber wirtschaftlich stehen wir so gut da wie noch nie.

Wir haben einerseits einen hohen sozialen Frieden, andererseits gibt es aber eine starke und tiefe Verunsicherung sowie die Sorgen der Menschen. Unser Haushalt ist deswegen so angelegt, dass er nicht nur eine faktische, sondern auch eine psychologische und emotionale Antwort auf die Herausforderungen bietet. Dieser Haushalt ist eine humane und innovative Antwort auf die Herausforderungen der Zeit. Wir reagieren auf das, was von außen auf Bayern zuströmt, denken aber auch an die eigenen Hausaufgaben in Bayern und – das ist am wichtigsten – vergessen dabei die einheimische Bevölkerung nicht. Für sie, meine Damen und Herren, ist der Haushalt besonders gemacht.

(Beifall bei der CSU)

Es ist natürlich erwartbar, dass ein Finanzminister das sagt. Allerdings ist er nicht der Einzige, der das sagt. Wir bekommen bestätigt, dass Bayern stark und Spitze ist, und

zwar von denjenigen, die sich relativ objektiv damit beschäftigen. PwC macht Bayern im aktuellen Länderfinanzbenchmarking erneut und zum vierten Mal in Folge zur absoluten Nummer eins für nachhaltige Haushaltspolitik. Auch die großen Ratingagenturen, die über internationale Vergleiche verfügen, zeichnen ein hervorragendes Bild von Bayern und verleihen uns ein Triple A.

Darum kann man sagen: Unser Haushalt ist nicht nur in Bayern akzeptiert, sondern er findet auch international bei Experten und Fachkundigen Beachtung. Das ist ebenso eine der Stärken Bayerns: Ein Land mit internationaler Wirtschaft, ein Land mit internationalen Verflechtungen muss auch international geachtet werden, und das ist eindeutig belegt.

(Beifall bei der CSU)

In unserem Entwurf geht es – damit das die Bürgerinnen und Bürger wissen – um 117,2 Milliarden Euro für die nächsten beiden Jahre. Das ist im Jahresdurchschnitt eine Ausgabensteigerung um rund 2,5 % ohne Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und um 3,3 % mit dessen Berücksichtigung. Zu diesem Thema komme ich später noch.

Bayern wächst – das muss man sagen – in allen Bereichen. Obwohl Bayern wächst und die Ausgaben wachsen – die Menschen erwarten ja auch eine Betreuung in vielen Fragen; wir haben es gerade gehört –, machen wir zum 12. und 13. Mal in Folge keine neuen Schulden. Wir sind ein Land, das keine Schulden macht und für andere Länder sogar noch einen Länderfinanzausgleich zahlt.

Wir sind ein Land, das trotz der großen Herausforderungen nach wie vor Schulden tilgt; im nächsten Doppelhaushalt ist es wieder eine Milliarde Euro. Zum Vergleich: Nordrhein-Westfalen plant für 2017 eine Neuverschuldung von 1,8 Milliarden Euro, und wir tilgen alte Schulden. Das ist der Unterschied zwischen den Regierungen in Bayern und in Düsseldorf.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Das führt übrigens auch dazu, dass wir die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung haben. Der bayerische Bürger ist mit 2.317 Euro verschuldet, der Bürger in Nordrhein-Westfalen mit 10.730 Euro.

Unsere Zinsen und Belastungen bzw. Schulden sinken, woanders steigen sie. Das ist nicht nur im Hinblick auf die Momentanbetrachtung oder die Ausgabebetitel für dieses und nächstes Jahr wichtig; denn Zinsausgaben sind der Lackmustest für die nächste Generation, ob junge Menschen in Bayern eine finanzielle Perspektive haben. Unsere bayerische Finanzpolitik gibt nicht nur Antworten auf die Gegenwart, sondern sie gibt vor allem jungen Menschen eine Perspektive, damit sie auch im nächsten Jahrzehnt in Bayern noch leben und arbeiten können.

(Beifall bei der CSU)

Wir kommen gleich zu den Ausgabenposten und sehen, wie viel Geld wir an welchen Stellen ausgeben wollen bzw. ausgeben müssen. Zuvor aber noch eine Kennzahl, die man auch nennen muss: Trotz der Herausforderungen international und national bleibt am Ende eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro für die Wirren der Zeit. Meine Damen und Herren, ich möchte das ansprechen, weil in den anderen Ländern Schulden gemacht werden. In den anderen Ländern fordert man höhere Steuern. Wir können all das, was wir für andere leisten müssen, und all das, was wir in Deutschland zahlen müssen, bewältigen. Wir schaffen es darüber hinaus, in Bayern eigene Impulse zu setzen und – das ist wichtig – für weitere wirtschaftlich und international schwierige Zeiten noch eine stabile Rücklage von 1,5 Milliarden Euro zu behalten.

Deswegen sage ich Ihnen: Keine Schulden, Schuldentilgung, hohe Investitionen und solide Rücklagen sind die mathematische Erfolgsformel für die Zukunft, und die gibt es nur in Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Manch einer fragt: Warum wächst ein Haushalt überhaupt? Wäre es nicht besser, er würde schrumpfen? Ist Schrumpfen nicht generell besser? – Nun, meine Damen und Herren, Bayern wächst in jeder Beziehung, wir haben es gerade gehört: in der Bevölkerung, im Zuzug und Gott sei Dank auch langsam wieder in den Geburtenraten. Bayern wächst aber vor allen Dingen in der Wirtschaft. Das bayerische Bruttoinlandsprodukt ist im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahreszeitraum wieder um 3,3 % gewachsen. Bayern liegt beim Wirtschaftswachstum absolut auf Platz eins im Ländervergleich.

Meine Damen und Herren, in den letzten zehn Jahren ist die bayerische Wirtschaft preisbereinigt um 21 % gewachsen; die Steuereinnahmen sind um 50 % gestiegen. Deshalb kann ich Ihnen allen sagen: Es gibt ganz klar kein ebenso attraktives Land für Menschen und Wirtschaft wie unser Bundesland. Der Haushalt muss wachsen, damit diese Geschwindigkeit des Wachstums gehalten wird und es so gestaltet werden kann, dass es für die Menschen verträglich ist.

(Beifall bei der CSU)

Wofür geben wir das viele Geld aus? – Das Geld wird sinnvoll eingesetzt für die Herausforderungen von außen und für die Stärkung nach innen. Ich sage Ihnen sehr offen: Leider bleibt der große Ausgabeposten auch für 2017/2018 bei der Flüchtlingsthematik und der Asylfrage. Wir müssen noch einmal mindestens 4,7 Milliarden Euro ausgeben. Zur Relation: Der Haushalt des Saarlandes für ein Jahr ist geringer als das, was wir in den nächsten beiden Jahren beim Asyl ausgeben müssen. Wir werden dafür für die Jahre 2015 bis 2019 zusammengerechnet 9 Milliarden Euro ausgegeben haben. Meine Damen und Herren, lassen Sie einmal die guten Worte weg: Lasst uns nicht nur an den Worten sie erkennen, sondern an den Taten; so steht es in entsprechenden Texten.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Da fällt mir Apple ein! – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Genau, zuhören! Wenn es um die Bibel geht, zuhören, gerade auf der Seite! Da habt ihr noch Nachholbedarf. Da habt ihr noch einen schweren Nachholbedarf.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Wir sitzen hier, schauen Sie her!)

Wenn ich mir überlege, was im letzten – –

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE) – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

– Ich höre Sie auch so. – Meine Damen und Herren, erinnern Sie sich an die Szenen im letzten Jahr. Was wurde Bayern in Deutschland angegriffen, als die Flüchtlingsherausforderung kam: Die sollen sich nicht so haben, die Bayern. Bayerische Kommunalpolitiker sollen sich nicht so haben. Das muss man doch schaffen. – Jeder bayerische Kommunalpolitiker, das gesamte Land hat es damals geschafft, allen Menschen, die zu uns gekommen sind, ein Dach über dem Kopf und etwas zu essen zu geben sowie sie medizinisch zu versorgen.

Erinnern Sie sich noch, wie es einige Monate später nach Ankündigung einer geringen Zahl im Bundesland Berlin ausgesehen hat? Es ist bekannt, dass Berlin nicht einmal einen Flughafen bauen kann. Aber dass sie auch humanitär versagen, macht den Unterschied zu Bayern.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Meine Damen und Herren, diese Aussagen, die wir im Haushalt treffen und die wir belegen, zeigen, dass Humanität die Richtschnur unseres Handelns ist. Meiner Meinung nach ist das der barmherzigste Haushalt, den es in Deutschland gibt. Kein anderes Land macht das. Nirgendwo gibt eine solche Hilfe wie in Bayern.

Man darf mahnen und kritisieren, aber die Wahrheit ist: Die bayerischen Bürger erbringen eine großartige humanitäre Leistung.

(Beifall bei der CSU)

Aber neben Barmherzigkeit braucht es auch Gerechtigkeit. Gerechtigkeit bedeutet, dass wir schon darüber nachdenken müssen, wie die Kosten insgesamt in der Relation zu den Herausforderungen stehen und auch von der einheimischen Bevölkerung akzeptiert werden. Die Summen, die wir ausgeben – das kann ich keinem ersparen –, können wir kein zweites Mal für etwas anderes ausgeben. Wir hätten möglicherweise Rücklagen in Höhe von 8 bis 9 Milliarden Euro bilden können, wenn wir diese großen Herausforderungen nicht gehabt hätten. Wir könnten davon Hunderttausende von Lehrern und Polizisten oder Kitaplätze finanzieren. Wir könnten davon vielleicht sogar vier Universitäten komplett neu bauen und schlüsselfertig abgeben. Darum müssen wir auch darüber Rechenschaft ablegen, wie und für was wir das Geld ausgeben. Landräte und Oberbürgermeister haben recht, wenn sie sagen: Wir dürfen nicht einfach nur Geld ausgeben, sondern wir müssen es vernünftig ausgeben. Deswegen sage ich Ihnen: Auf Dauer müssen die Kosten sinken. Wir brauchen eine sinnvolle Ausstattung, die von den Bürgern als gerecht und fair empfunden wird. Sonst bekommen wir ein Problem in unserem Land.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen müssen Standards überprüft werden. Das Glücksrittertum muss bei einzelnen Maßnahmen beendet werden. Auf Dauer darf es keine Besserstellung bei Hartz-IV-Leistungen geben. Das sagen auch die kommunalen Spitzenverbände. Der Staat – davon bin ich fest überzeugt, darüber muss man reden – muss insgesamt ein gerechtes und soziales Gefüge haben. Wenn mit der Gesundheitskarte in einigen Bundesländern sehr schnell alle Leistungen ermöglicht werden und die Empfänger dieser Leistungen damit mit Menschen gleichgestellt werden, die ihr Leben lang in die sozialen Sicherungssysteme eingezahlt haben, dann wird das in Deutschland nicht als gerecht empfunden. Wenn wir in Bayern mindestens 700 Millionen Euro für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeben, dann fordern Landräte und der Städtetag sofort – und das auch mit Recht – eine Änderung des Rechtes, die jetzt übrigens in Berlin

auch erfolgen soll, damit die Kosten neu strukturiert werden und zurückgehen. Ich unterstütze diese Vorschläge, die übrigens auch von der Bundesfamilienministerin kommen. Eines sage ich Ihnen, und dabei bleibe ich: Am Ende werden wir nicht zum sozialen Frieden beitragen, wenn wir für die Versorgung und Betreuung unbegleiteter Minderjähriger bis zu 5.000 Euro im Monat ausgeben müssen, während es unglaublich viele Rentner gibt, die maximal 500 oder 600 Euro Rente bekommen. Das ist nicht gerecht. Das muss fair und vernünftig gestaltet werden.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Reden Sie mit den Rentnerinnen und Rentnern in diesem Land. Fragen Sie die Bevölkerung. Wenn das Parlament nicht mehr in der Lage ist, zu fühlen, wie das Volk denkt, und die Empfindungen der Menschen aufzunehmen, dann vertreten Sie nicht mehr ernsthaft das Volk. Dann müssen Sie sich auch nicht wundern, wenn irgendwann einmal andere an Ihrer Stelle sitzen, weil Sie das Volk ignorieren. Nehmen Sie das bitte ernst.

(Beifall bei der CSU)

Neben dem Asyl ist die Sicherheit die zweite große Herausforderung.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das ist doch ein Schmarrn ohne Ende! – Gegenruf von der CSU: Sie sollten lieber zuhören!)

– Für Sie ist der Schutz der Bürger ein Schmarrn, liebe Frau Stamm. Ich weiß, dass Sie ein Fan von Anarchie sind. Ihre Zwischenrufe deuten es auch regelmäßig an. Wir sind aber hier im Bayerischen Landtag und nicht auf dem Parteitag der GRÜNEN, wo Sie diese Zwischenrufe gerne machen können.

(Beifall bei der CSU)

Der Auftrag des Staates ist es, auch wenn es dem einen oder anderen nicht gefällt, die Bürger zu schützen. Das ist die Kernbotschaft des Staatswesens. Was denn

sonst? – Nicht Versorgung, sondern Schutz heißt die Kernbotschaft. Der Staat darf dabei auf das Beste hoffen, er muss aber zwingend auf das Schlimmste vorbereitet sein. Ich kann mich daran erinnern, dass ich persönlich von einigen hier im Landtag heftig angegriffen worden bin, als ich nach den Anschlägen von Paris angedeutet habe, wie schwierig es werden wird, wenn Grenzen offen sind, dass offene Grenzen auch von anderen missbraucht werden könnten. Ein Riesengeschrei gab es damals. Debatten und Angriffe gab es. Woche für Woche und Monat für Monat wird diese These, die ich damals aufgestellt habe, aber immer mehr bestätigt. Darum kann ich Ihnen sagen – –

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das müssen Sie doch nicht mehr wiederholen! Das ist doch widerlich!)

– Wenn man aus schlechtem Gewissen dazwischenruft, ist das nicht die Wahrheit, die die Bevölkerung hören will, liebe Frau Stamm. Die Wahrheit ist etwas anderes.

(Beifall bei der CSU)

Die Wahrheit ist: Unkontrollierte Grenzen erhöhen die Sicherheit nicht; denn sie werden von anderen möglicherweise missbraucht. Deswegen ist es für uns klar: Sicherheit muss verstärkt werden, Kontrollen müssen erhöht werden, und in Polizei und Justiz muss mehr investiert werden. Das erwarten die Bürger von uns.

(Beifall bei der CSU)

In Bundesländern, in denen Sie regieren, in denen die Wählerinnen und Wähler Ihnen den Auftrag erteilt haben, ist die Bilanz bei der Sicherheit doch eine Bankrotterklärung des Staates.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Jetzt hör doch auf!)

Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen kapitulieren.

(Widerspruch des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Hören Sie halt zu! Es wird doch nicht besser, wenn Sie immer dazwischenblöken, Herr von Brunn. Das wird doch nicht besser. Das Mikrofon habe ich in dem Fall. Sie kommen noch zu Wort. Wir haben noch stundenlang Zeit. Ich habe heute nichts anderes zu tun.

Meine Damen und Herren, wenn der Staat beginnt, sich zurückzuziehen, und es Clans anderer Gruppen überlässt, die Ordnung zu gestalten – offizielle Zahlen aus allen Teilen Deutschlands bestätigen das, man nennt das neudeutsch so schön No-go-Area –, bedeutet das nichts anderes, als dass der Staat nicht in der Lage ist, für Ordnung zu sorgen, weil er sich entweder nicht traut, weil er personell dazu nicht in der Lage ist oder weil er gar nicht mehr die Kraft hat, Recht und Ordnung durchzusetzen. Wer das Feld anderen überlässt, lässt es zu, dass solche Zustände wuchern. So etwas wird in Bayern nicht passieren. Wir lassen diese Form der Aufgabe von Freiheit und Sicherheit nicht zu.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sind für die Sicherheit 10 Milliarden Euro vorgesehen. Wir stocken auf Wunsch der CSU-Fraktion und des Innenministers die Sachmittel der Polizei auf. Wir steigern die Ausgaben für Dienstkleidung, Waffen und für eine bessere Ausstattung um über 30 %, weil wir mit einer immer hemmungsloseren Gewalt mancher Täter konfrontiert sind. Wir erhöhen die Zahl der Personalstellen. Im Moment haben wir mit 41.370 Stellen den höchsten Personalstand aller Zeiten bei der Polizei. Wir erhöhen diese Zahl noch einmal und haben damit in Bayern 326 Polizisten pro 100.000 Einwohner, während es in Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg nicht einmal 230 pro 100.000 Einwohner gibt. Wenn man weniger Polizei hat, hat man weniger Sicherheit. Wir wollen mehr Sicherheit als andere Bundesländer. So schaut es aus. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Der Innenminister und der Justizminister bekommen 1.250 neue Stellen. 1.000 Stellen entfallen auf die Polizei. Aber auch die Justiz bekommt zusätzliche Stellen. Wir verstärken die Gerichte und die Staatsanwaltschaften zur Bekämpfung von Extremismus und Cyber-Kriminalität. Diese Zahlen sind eine Botschaft nicht nur an die Bürger, sondern auch an die, die Böses wollen. Diese Botschaft lautet: Jeder, der in Bayern Ärger machen will, muss wissen, dass er es mit dem Staat zu tun bekommt, der sehr entschlossen ist.

(Beifall bei der CSU)

Sicherheit und Asyl sind eine Herausforderung. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir auch in Bayern Entwicklungsaufgaben haben. Eine der großen Aufgaben ist der ländliche Raum. Der ländliche Raum ist für uns Entwicklungsaufgabe Nummer eins. Warum? – Wir freuen uns darüber, dass unsere Metropolen boomen und wachsen. Das ist zwar mit vielen Problemen versehen, aber sie wachsen, und das ist wichtig. Wir unterstützen die Metropolen übrigens sehr mit großen Entscheidungen, mit Verkehrsprojekten, Kulturprojekten, Universitäten und Ähnlichem mehr. Wir dürfen darüber aber nicht den ländlichen Raum vergessen.

Ich wundere mich manchmal darüber – darüber werden wir an anderer Stelle diskutieren –, wie selbstsicher und selbstbewusst in München gesagt wird, im ländlichen Raum solle alles so bleiben, wie es ist. Am besten möge sich gar nichts verändern. Machen wir doch aus dem ländlichen Raum eine Art großen Naturpark, aber ändern wir so wenig wie möglich. Wenn man den ländlichen Raum ernst nimmt, wenn man die demografische Entwicklung im ländlichen Raum ändern will, ist es ein Grundfehler, zu glauben, man könne eine Käseglocke über den ländlichen Raum legen. Der ländliche Raum muss pulsieren, er muss Lebensraum sein, aber nicht Ruheraum für alte Ideen und Forderungen.

(Beifall bei der CSU)

Lassen wir uns davon nicht abbringen. Über rechtliche Fragen wie zum Beispiel das LEP werden wir an anderer Stelle diskutieren. Die Heimatstrategie ist eine ganz langfristig angelegte Strategie, die nicht auf ein Jahr beschränkt ist. Wir haben in Bayern in den letzten 10 bis 20 Jahren vielleicht manchmal das Gegenteil gemacht. Wir haben zu sehr die Metropolen beachtet. Das Ergebnis ist, dass wir uns jetzt wieder umorientieren müssen. Wir sehen, dass gerade im ländlichen Raum die Geburtenquote steigt und die Arbeitslosenquote sinkt. Abwanderungen werden geringer. Die Homogenität und Stabilität der Kraft im ländlichen Raum wachsen. Das dürfen aber nicht hohle Worte bleiben, diese Worte müssen auch unterlegt werden.

Das erste Beispiel ist der kommunale Finanzausgleich. Wir sind jetzt bei fast 9 Milliarden. Das ist ein absoluter Rekord- und Spitzenwert, den wir in Bayern haben. Noch nie war es so viel. Meine Damen und Herren, die Schlüsselzuweisungen sind so hoch wie noch nie. Die Stabilisierungshilfen in Höhe von nunmehr 150 Millionen Euro haben sich seit dem Jahr 2011 versechsfacht. Kein anderes Bundesland macht das mit dieser Wucht. Wir haben es geschafft, dass 80 % der Kommunen unter 5.000 Einwohnern, die 2012 bzw. 2013 erstmals Stabilisierungshilfen erhalten haben, ihre Verschuldung abbauen konnten. Übrigens ist der Schuldenabbau der Kommunen ein substanzieller Beitrag für mehr Leben und Innovation. Meine Damen und Herren, wir dürfen nicht nur alimentieren, sondern müssen aktivieren. Das ist eine Frage des Selbstbewusstseins. Es kann nicht sein, dass immer nur die großen Städte wie München und die Bürokratie darüber entscheiden, was im ländlichen Raum passiert. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln geben wir Bürgern, Gemeinderäten und Bürgermeistern die Selbstachtung, aus eigener Kraft stärker zu werden.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Respekt vor der Heimat. Das gehört dazu.

Lieber Peter Winter, das ergänzen wir durch Straßenbau, Straßenplanung, Städtebau und die Dorferneuerung. Da diese Maßnahmen nicht so sexy klingen, fallen sie in der

Medienberichterstattung oft hinten runter. Das sind jedoch alles Mosaiksteine, um überall im Land, in jedem Dorf und in jeder Gemeinde zu zeigen, dass der Staat es ernst meint und ihm die Bürger im ländlichen Raum etwas wert sind. Wir gehen sogar noch einen Schritt weiter. Wir unterstützen Gemeinden mit schwachen Ortskernen mit einem eigenen Programm, damit Leerstände beseitigt und reaktiviert werden. Alles zusammen ist ein hochmodernes Konzept. Wir erhalten mit modernen Mitteln Tradition und Kultur. Das ist für Bayern das Allerwichtigste. Wir setzen auf Innovation und Technologie, vergessen jedoch nicht die kulturelle Seele Bayerns. Diese liegt im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema Infrastruktur möchte ich als Beispiel die Digitalisierung nennen. Darüber haben wir oft geredet. Im Rahmen des Doppelhaushalts haben wir wieder einen großen Betrag von 600 Millionen Euro für die Breitbandförderung zur Verfügung gestellt. Selbstverständlich kann man über einzelne Gemeinden reden. Meine Damen und Herren, das ist schon ein Erfolgsmodell. Über 96 % der Kommunen befinden sich im Verfahren. Bisher haben wir bereits Förderbescheide in Höhe von rund 500 Millionen Euro an 1.300 Kommunen übergeben.

In den letzten Jahren sind 900.000 Haushalte an das schnelle Internet angebunden worden. Das sind mehr Haushalte, als im gesamten Bundesland Mecklenburg-Vorpommern vorhanden sind. Es werden 21.000 Kilometer Glasfaser verlegt – das ist achtmal der Umfang Bayerns. Der Anteil des schnellen Internets im ländlichen Raum ist verdoppelt worden. Mein sehr verehrten Damen und Herren, deswegen kann ich Ihnen nur eines sagen: Ich erinnere mich zurück an die Zeit, als ich als Heimatminister mit Albert Füracker begonnen habe. Am Anfang war fast nichts da. Jetzt herrscht eine Aufbruchstimmung im Land. Ein Bürgermeister hat mir erzählt, sein Großvater habe den Strom in die Gemeinde gebracht, und er bringe das schnelle Internet in die Gemeinde. Das kann man miteinander vergleichen. Das ist das größte Infrastrukturprojekt der letzten Jahrzehnte, und es funktioniert.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen das mit WLAN und Mobilfunk fort. Wir erschließen das Land Stück für Stück und bereiten es auf die modernste Technologie vor. Damit setzen wir Akzente, die es nirgendwo sonst in dieser Form gibt. In anderen Bundesländern gibt es vielleicht Bürgerschaftsprogramme; keiner kümmert sich dort wirklich um WLAN. Dort schaffen es noch nicht einmal die großen Städte, aus eigener Kraft eine WLAN-Versorgung herzustellen.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Wir geben sogar den kleinsten Dörfern die Möglichkeit, WLAN einzurichten. Wir stärken den ÖPNV. Wir unterstützen ebenfalls den Tourismus und Freizeitangebote. – An dieser Stelle ist der Zwischenruf wirklich der unangebrachteste der Welt. An dieser Stelle wäre auch von Ihnen einmal ein Beifall für die Leistungen fällig, die wir in Bayern erbringen.

(Beifall bei der CSU)

Wir können über viele Dinge streiten, aber das ist objektiv so.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum ist uns besonders wichtig. Was wäre der ländliche Raum ohne Landwirtschaft? Manch einer redet bei der Landwirtschaft die Zahlen klein: Spielt sie noch eine Rolle? Braucht man das Ganze noch? Sind moderne Agrarfabriken wie in Nord- und Ostdeutschland denn nicht die Zukunft? – Meine Damen und Herren, auf dem bayerischen Weg, den unser Landwirtschaftsminister verfolgt, sind auch größere Betriebe ein fester Bestandteil. Die konventionelle Landwirtschaft und die Bio-Bauern gehören jedoch genauso dazu. Deshalb ist es wichtig, dass der Freistaat Bayern bei der Aufstellung seines Haushalts nicht nur über Landwirtschaft redet, sondern auch etwas dafür tut. Ich sage Ihnen eines: Ohne die bayerische Landwirtschaft wäre unser Land ärmer. Wir wollen sie in schwierigen Zeiten erhalten und stärken.

(Beifall bei der CSU)

Wir können nicht alle internationalen Entwicklungen verhindern. Leider können wir in Europa noch nicht alles steuern.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Was heißt "noch nicht"?)

Deshalb kämpfen wir auf allen Ebenen dafür. Wir setzen jedoch eigene Akzente. Wir setzen mit der Aufstockung des Kulap um insgesamt rund 124 Millionen Euro – das ist eine Steigerung um 34 % – ein wuchtiges Signal. Das wird anerkannt. Damit können wir schwierige Preisentwicklungen mildern und dämpfen sowie neue Akzente setzen. Wir sollten nicht nur im Hinblick auf die Preisentwicklung, sondern auch auf die Bürokratie etwas ändern. Für das Ausfüllen eines Antrags beim BAMF braucht man nur wenig Zeit. Im Vergleich dazu müssen Landwirte sehr viel mehr Zeit aufwenden. Diese Relation ist nicht mehr gerecht. Dem Land täte weniger Bürokratie in der Landwirtschaft wirklich gut.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum Thema Bildung. Lieber Gerhard Waschler, das läuft so gut, dass nur wenige sorgenvoll über das Thema reden. Das Thema Bildung bleibt selbstverständlich absolute Zukunftsperspektive. Wir geben jeden dritten Euro, insgesamt rund 38,3 Milliarden Euro, für die Bildung aus. Bildung ist das Tor in die Zukunft. Trotz Schülerrückgängen haben wir keine Lehrerstelle in Bayern gestrichen. Wir haben die demografische Rendite vollständig im Schulsystem belassen. Daneben haben wir noch neue Stellen ausgebracht. Seit dem Jahr 2009 ist die Zahl der Lehrerstellen um über 6 % gestiegen. Zusätzlich gibt es 821 neue Stellen, um die Beschulung von Flüchtlingen zu garantieren. Bis zum Ende des Jahres 2018 wird die Zahl der Lehrerstellen auf 90.000 Stellen steigen. Das ergänzen wir mit der Regionalisierung der Hochschulen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas Besseres fällt uns jetzt auch nicht mehr ein. Das ist wirklich ein zielführender und guter Weg.

(Beifall bei der CSU)

Damit komme ich zum Thema Personalhaushalt. Neben Investitionen ist das Personal immer ein wichtiger Bestandteil. Wir erhöhen den Personalstand um 3.182 Stellen, davon sind 42 % dem Bereich Sicherheit und 41 % dem Bereich Bildung zuzuordnen. Das sind gut angelegte Stellen. Wie steht es überhaupt um den öffentlichen Dienst? – Vor vielen Jahren hat es Ärger gegeben. Das ist jetzt nicht mehr der Fall. Im Ländervergleich findet Bayern Anerkennung bei seinen Beamten. Unser Dienstrecht erhält nationale Preise. Anders als Länder wie Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein oder Hessen zeigen wir bei der Bezahlung und Alimentierung, dass uns die Leistung der Beamten genauso viel wert ist wie die der Angestellten im öffentlichen Dienst. Das wollen wir auch fortsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Das kann man auch belegen. Ich möchte Ihnen dazu drei Beispiele nennen. Ein bayerischer Polizeibeamter – A 13, Endstufe, ledig – erhält im Jahr rund 7.500 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, rund 5.000 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz oder 3.400 Euro mehr als in Nordrhein-Westfalen. Ein bayerischer Steuerbeamter – A 8, Endstufe, verheiratet – erhält 4.000 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Berlin, 3.100 Euro mehr als in Rheinland-Pfalz, 2.200 Euro mehr als in Niedersachsen oder 2.100 Euro mehr als in Hessen. Ein bayerischer Grundschullehrer in A 12, der in der Anfangsstufe und ledig ist, erhält 5.100 Euro mehr als ein vergleichbarer Beamter in Rheinland-Pfalz, 4.500 Euro mehr als in Niedersachsen und 3.200 Euro mehr als in Hessen. In Berlin werden neueingestellte Lehrer nicht mehr verbeamtet. Diese drei Beispiele zeigen, dass sich die bayerischen Beamten glücklich schätzen können.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben die Stellenanzahl bei der Steuerverwaltung neu strukturiert. Im Zeitraum von 2009 bis 2016 haben wir über 2.000 neue Stellen geschaffen. Im Doppelhaushalt sind weitere 900 Stellen für die Steuerverwaltung vorgesehen. Die Steuerverwaltung

weist über 2.400 Auszubildende auf. Das ist Rekord. Einige Abgeordnete, unter anderem Vizepräsidentin Inge Aures, waren dabei, als wir diese Woche neue Personalanwärter bei uns aufgenommen haben. Wir haben die Steuerfahndung seit dem Jahr 2011 um über 30 % gestärkt. Dadurch hatten wir im Jahr 2015 340 Millionen Euro Mehreinnahmen, das waren 50 % mehr. Unsere Betriebsprüfer übertreffen die nationalen Ergebnisse.

Ich weiß, dass man immer noch mehr fordern kann. Ich möchte dazu eine Aussage des Jesuitenpaters Jörg Alt zitieren. Er ist ein sehr kritischer Begleiter unserer Finanzpolitik und hat ein Buch herausgebracht. Letzthin hat er auf einer Veranstaltung, als es genau um dieses Thema ging, Folgendes zum Thema Steuerverwaltung gesagt – ich bitte alle, sich das zu merken, und sage das für das Protokoll –: "Erst Markus Söder hat das Ruder herumgerissen." Recht hat er; das haben wir gemacht, und wir setzen diesen Weg fort, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER):
Waren die vor Ihnen alle unfähig?)

– Über einen Pater sollte man nicht lachen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ich meinte Ihre Vorgänger!)

Neue Stellen bedeuten auch Herausforderungen für die Zukunft. Das ist das Thema Zukunftsvorsorge/Pensionsfonds. Meine Damen und Herren, das ist schon eine größere Herausforderung für die nächste Generation; das müssen wir sehr ernst nehmen. Unser Ziel war, ist und bleibt es, die Versorgungsausgaben langfristig so tragbar zu machen, dass auch die jüngeren Abgeordneten in zwanzig Jahren ihre Haushaltspläne noch vernünftig und sauber aufstellen können. Im Jahr 2013 lag die Versorgungshaushaltsquote bei knapp 9 %. Sie wird steigen, aber nicht so wie geplant: Sie wird um 10 % betragen, etwas darüber, und ab 2031 wird sie auf 9 % sinken, weil wir zwei Dinge gemacht haben: Erstens committen wir uns klar, dass wir am Ende das Geld, das wir mit der Schuldentilgung gespart haben, die ersparten Zinsen also, einsetzen,

um Vorsorge zu treffen. Ich finde zweitens, meine Damen und Herren, dass der Pensionsfonds, den wir entwickelt haben, in den wir jährlich über hundert Millionen Euro einzahlen und der mittlerweile jährlich 2,3 Milliarden Euro an Ertrag hat, ein echtes Konstrukt der Zukunftsvorsorge ist. Deswegen kann ich nur eines sagen: Ja, wir haben mehr Personal eingestellt. Das muss man verantworten. Aber wir können das alles so abbilden, dass uns das Ganze nicht über den Kopf wächst, sondern dass auch die Tragfähigkeit des Staatshaushalts auf Dauer gewährleistet ist.

Ich möchte nie in die Situation kommen, dass Politiker darüber reden, Leistungen, Lebensleistungen im öffentlichen Dienst zu streichen, zu kürzen oder Leute auszustellen. Der öffentliche Dienst braucht eine verlässliche Perspektive für die Zukunft, und die hat er bei uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Noch zwei Punkte, die auch schmerzen, möchte ich unbedingt ansprechen. Man könnte ja sagen: Es ist alles gut – eigentlich ja, wenn es da nicht noch andere Dinge gäbe. Der erste Punkt ist der Länderfinanzausgleich. Nachdem heute und morgen verhandelt wird, gebe ich nur einen kurzen Ausblick. Aber das Thema darf man nicht verschweigen. Im Regierungsentwurf 2017/2018 sind dafür 12,4 Milliarden Euro an Zahlungen vorgesehen, 11 % des gesamten Haushalts. Im Jahr 2016 werden wir die Sechs-Milliarden-Grenze überschreiten. Wenn man die Zahl für das Jahr 2015 mit dem Umsatzsteuervorwegausgleich zusammenrechnet, hätten wir schon 7,5 Milliarden Euro bezahlt. Ich will mal sagen: Das ist die größte karitative Entscheidung für andere Bundesländer, die es in Deutschland gibt.

Aber, meine Damen und Herren, irgendwann findet alles sein Ende. Und darum ist die Entscheidung, die jetzt in Berlin getroffen wird, so wichtig. Wir wollen – und zwar im Einklang aller Länder; alle Länder haben zugestimmt, auch die anderen Bundesländer akzeptieren das –, dass Bayern eine deutliche Entlastung von über einer Milliarde Euro bekommt, dass der Tarif so gesenkt wird, dass vom Ertrag des Fleißes mehr im

eigenen Land bleibt. Wir hoffen jetzt sehr und unterstützen unseren Ministerpräsidenten bei seinen Verhandlungen, dass dieses Ergebnis, das alle Länder einheitlich wollen, so vereinbart wird. Ich sage aus tiefer Überzeugung: Der Fleiß der Bayern muss sich lohnen. Das heißt: Mehr bayerisches Geld muss künftig in Bayern bleiben, anstatt woanders hinzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zum letzten Punkt, der scheinbar international ist, aber für die Bürger sehr persönlich wird: Die Rettung des Euro ist eine große Aufgabe, die der Freistaat Bayern allein sicher nicht leisten kann.

(Lachen des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Ich weiß nicht, ob Sie gerade eine SMS gelesen haben. – Die Niedrigzinsphase, meine Damen und Herren, fräst sich ins kollektive Bewusstsein und in den Geldbeutel eines jeden Sparers in unserem Land, und zwar unumkehrbar. Sie belastet Sparkassen und Genossenschaften dermaßen, dass das Geschäftsmodell irgendwann infrage steht, wenn es so weitergeht. Die Idee, den Euro damit zu stabilisieren, war gut gemeint. Aber sie führt jetzt nachhaltig dazu, dass Reformen in den Ländern nachlassen, weil billiges Geld den Markt überschwemmt, und dass reale Investitionen in die Wirtschaft ausbleiben, weil es im Endeffekt um nichts anderes geht als um das Aufpumpen von Finanzmärkten. Indirekt ist das, meine Damen und Herren, eine heimliche, eine schleichende Transferunion, von der deutsche Sparerinnen und Sparer und Versicherte getroffen werden. Und ich finde es auch unmoralisch, wenn Sparen am Ende weniger sinnvoll ist als Schuldenmachen. Der Bürger leiht heute dem Staat, dem Bund Geld über Bundesanleihen und muss zusätzlich Geld bezahlen, obwohl er leiht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir sind kein Volk von Spekulanten; wir sind ein Volk von Sparern, und darum muss sich diese Zinspolitik ändern, meine sehr verehrten Damen und Herren, um zu anderen Ergebnissen zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Ich sage das, weil wir dazu auch eine Idee haben. Wir sagen: Wenn wir auf der einen Seite Rekordsteuereinnahmen und auf der anderen Seite niedrige Zinsen haben und der Staat ein Stück weit "zu viel" – ich sage das in Anführungszeichen – bekommt, dann ist das unfair, und dann muss der Staat etwas zurückgeben. Darum setzen wir auf eine seriöse Steuerreform, nicht auf eine Wolkenkuckucksheim-Steuerreform, die klarmacht, dass die Bürger, und zwar die in den unteren und mittleren Einkommensgruppen, entlastet werden, dass die kalte Progression endlich beseitigt werden muss, dass sich Leistung lohnen muss. Da hat jemand mal gesagt – das habe ich letzte Woche gehört, und das hat mir gut gefallen –: Bei uns in Deutschland wird Leistung nur noch über das definiert, was jemand bekommt; Leistung ist aber auch das, was jemand leistet. Auch das, meine Damen und Herren, muss der Staat endlich wieder mehr honorieren.

(Beifall bei der CSU)

Wir setzen auch noch – die Zeit dafür ist, glaube ich, reif – auf das Ende, den Abbau des Soli. Er wird ohnedies jetzt schon nicht mehr überwiegend für den Aufbau Ost verwendet. Ich finde, meine Damen und Herren: Jetzt, so viele Jahre nach der Deutschen Einheit und nachdem so viel geleistet wurde, ist der richtige Zeitpunkt dafür gekommen, den Soli abzubauen, nicht in zehn Jahren, sondern in fünf Jahren, und dem Bürger endlich das Geld zu belassen. Das beste Steuergeld ist das Geld, das der Bürger behalten kann, nicht das, das der Staat nimmt.

(Beifall bei der CSU)

Ich fasse zusammen: Das ist ein starker Haushalt für ein starkes Land. Natürlich kann man über manches reden; das ist keine Frage. Aber ich glaube: In der Gesamtkomposition – und ein Haushalt ist wie eine Choreografie – greift alles ineinander, ist logisch und deckt die Schwerpunkte ab, die wir in Bayern definieren und die wir im Einklang mit der Bevölkerung für richtig halten. Ich sage Ihnen eines: Beim Arzt werden im Rahmen eines Bluttests die einzelnen Werte gecheckt. Der Haushalt ist auch so eine Art Labortest. Demnach sind wir, meine Damen und Herren, topfit.

Für mich ist bayerische Finanzpolitik Landespolitik pur und auch, sagen wir einmal, das Rückgrat aller anderen Politikfelder. Deswegen sage ich: Wir in Bayern und auch ich haben hier eine gemeinsame Mission. Wir wollen diese Stabilität der Finanzpolitik auch in Zukunft halten. Wir werden nicht bestimmen können, was von außen noch alles auf uns zukommt. Aber die Aufgabe, die wir leisten können, ist, uns für die Zukunft zu rüsten und für schwierige Zeiten stark zu machen, nicht Geld zu verteilen oder zu verschenken, sondern es dort einzusetzen, wo wir es für sinnvoll halten. Es bleibt die große Aufgabe und das Ziel – das sage ich ausdrücklich –, dass wir hier im Landtag, ich übrigens auch, das Versprechen von Horst Seehofer, bis 2030 schuldenfrei zu sein, gemeinsam erreichen. Dafür kämpfen wir gemeinsam und legen deswegen einen Haushalt vor, der eine echte Perspektive, eine echte Zukunftshoffnung für unsere Bürgerinnen und Bürger und dabei noch solide, stabil und sicher ist. Wer anders als wir kann das? – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, mache ich darauf aufmerksam, dass im Ältestenrat eine Gesamtredezeit von 96 Minuten vereinbart worden ist. Ausgangspunkt für die Verteilung war eine Redezeit der Staatsregierung von 32 Minuten; der Herr Staatsminister hat sechs Minuten länger geredet. Von daher gesehen ergibt sich eine entsprechend längere Redezeit auch für die Fraktionen. Darauf wollte ich nur hinweisen, damit Sie dies auch nutzen können, wenn Sie das wollen.

Nächster Redner ist der Kollege Güller von der SPD. Bitte schön, Herr Kollege.

Harald Güller (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Das war eine Haushaltsrede wie erwartet. Es war ja auch nichts anderes zu erwarten als eine Aneinanderreihung von Schlagworten, Selbstlob, Selbstbeweihräucherung und eine Personalitshow à la Söder, und zwar in Richtung der eigenen Fraktion: Ich bin der Einzige, der Kandidat werden kann.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch von der CSU)

In der Haushaltsrede wurden oft die Wörter "Zukunft" und "Investitionen" gebraucht. Lassen Sie uns in den kommenden Minuten überprüfen, wo sich für die Wörter "Zukunft" und "Investitionen", die Sie benutzt haben, im Haushalt Zahlen finden. Mit Worten kann man in diesem Haus leicht um sich werfen. Sie müssen sich aber an den Zahlen und Perspektiven messen lassen, die sich für ein gutes Bayern auch in 15 oder 20 Jahren im Haushalt finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, der Finanzminister hat von einem Haushalt der Rekorde gesprochen. Der Haushalt hat zwar mit 57,9 bzw. 59,3 Milliarden Euro eine Rekordhöhe, zeichnet sich aber auch durch einen Rekord an Einfallslosigkeit, fehlenden Impulsen und Antworten auf die Frage aus, wie Bayern zukunftsfähig zu machen ist. Der Haushalt wird den Anforderungen einer Weichenstellung für ein gutes Bayern in 15 und 20 Jahren nicht ansatzweise gerecht und greift die Probleme nicht wirklich auf und an.

(Manfred Ländner (CSU): Nicht zugehört!)

– Wenn Sie, Herr Ländner, zugehört hätten, hätte Ihnen zumindest das Thema Wohnungsbau gefehlt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD)

Das ist das drängendste Thema sowohl im ländlichen Raum als auch im städtischen Bereich. Wir hatten letztes Jahr 160 Millionen Euro im Haushalt und hatten 2014 bei der Förderung öffentlicher Wohnungen mit 1.904 einen Tiefstand. Alle Experten sagen: Wir brauchen in den nächsten fünf Jahren 100.000 neue Wohnungen in Bayern, um den Notstand und die steigenden Mietpreise auch nur annähernd in den Griff zu bekommen. Dazu gab es von Ihnen heute keinen Impuls, keine Vorschläge und keine Vorlagen im Haushalt.

(Beifall bei der SPD)

Entschuldigung! Ich muss mich verbessern. Sie haben eine Nachschubliste geliefert. In der Nachschubliste heißt es jetzt: Das zweite Bayerische Modernisierungsprogramm für die Wohnungsbauförderung machen wir mit der staatlichen Wohnungsraumförderung teilweise deckungsfähig. Das ist ein toller Kniff. Sie bewegen bisher 10 Millionen Euro, in Zukunft 20 Millionen Euro, von einem Topf in einen anderen Topf, ohne auch nur einen Euro dazuzulegen. Das ist ein Taschenspielertrick und wird dem, was der Freistaat Bayern braucht, nicht gerecht, nämlich mehr und bezahlbaren Wohnraum für unsere Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der SPD)

Fair wäre es gewesen, wenn Sie in Ihren Haushalt Ersatz für die 33.000 GBW-Wohnungen aufgenommen hätten, die Sie vor einigen Jahren verscherbelt haben. Die Mieterinnen und Mieter wurden – das haben wir schon immer gesagt – im wahrsten Sinne des Wortes verkauft und verraten. Jetzt steht das Thema, dass das Bieterverfahren nicht ordentlich gelaufen ist, im Raum, und das macht die Angelegenheit umso bitterer. Ich gehe davon aus, dass wir in diesem Haus in den nächsten Wochen und Monaten aufgeklärt werden und darüber intensiv zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man den Wohnungsbau im Haushalt anschaut, sieht man, was es heißt, wenn Sie permanent sagen, Sie arbeiten für die kleinen und mittleren Einkommen im Freistaat, für die Menschen, die billigen Wohnraum brauchen, die bezahlbaren Wohnraum brauchen und die überhaupt Wohnraum brauchen: Sie tun es nicht.

Sie tun es auch bei der Infrastruktur nicht. Die Menschen in Bayern, ob in Städten oder auf dem flachen Land, brauchen eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur. In Richtung der GRÜNEN, die wieder so fröhliche Finanzierungsvorschläge machen und sagen, im Straßenbau sparen wir, weil das so gut klingt, sei angemerkt: Das fördert die verdeckte Verschuldung, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen unsere Infrastruktur auf einem akzeptablen Stand halten. Ich rede nicht von Neubau, sondern ich rede von Ausbau und Instandhaltung. Offenbar haben es noch nicht alle kapiert: Wir brauchen eine Verbesserung der Infrastruktur auch für den öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land und ebenfalls für den Radverkehr. Das ist kein Widerspruch. Der Oberste Rechnungshof hat vor einigen Jahren von einem Investitionsstau von 720 Millionen Euro bei der Sanierung von Straßen gesprochen. Wir müssen hier etwas tun. Was machen Sie? – Sie tun so, als würden Sie den Haushalt sanieren, und schieben dabei Milliardenlasten in die Haushalte der nächsten Jahre und damit auf die nächste Generation. Das ist ungerecht und mit Sozialdemokraten nicht zu machen.

(Beifall bei der SPD)

Das Gleiche machen Sie bei staatlichen und kommunalen Gebäuden. Es geht an die Substanz, wenn Sie zu einer flächendeckenden energetischen Sanierung im ganzen Land schweigen.

Das Gleiche machen Sie bei dem Thema der Barrierefreiheit. Es gab große Worte des Herrn Ministerpräsidenten: Der Freistaat ist 2023 barrierefrei. Wenn Sie sich den

Haushalt anschauen, können Sie aus 2023 ganz gemütlich 2032 oder 2040 machen; denn im Haushalt finden sich nicht die notwendigen Ansätze. Das ist unfair gegenüber allen Menschen, die auf Barrierefreiheit angewiesen sind, es ist unfair gegenüber allen, die mobilitätseingeschränkt sind. Deswegen werden wir hier machtvolle Änderungsanträge stellen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

In einem Punkt gebe ich Ihnen recht, Herr Minister, nämlich beim Breitbandausbau. Ja, Sie haben jetzt mehr Mittel eingestellt. Danke, dass Sie den Anträgen der SPD-Fraktion aus den letzten Jahren nun endlich gefolgt sind. Danke, dass Sie uns nicht mehr für blöd halten, wie Sie das getan haben, als Sie gesagt haben: Wie kommen die Sozialdemokraten darauf, hier Gelder zu fordern? Alles geht doch hervorragend. Danke, dass Sie schlauer geworden sind. Aber kein Danke dafür, dass Sie den Ausbau des Breitbands und der Kommunikationsstruktur in Bayern um mehrere Jahre verzögert und uns damit in Richtung Schlusslicht in Deutschland gebracht haben.

(Beifall bei der SPD)

Beim Thema öffentliches WLAN können wir noch nachlegen; Sie werden auch da Gelegenheit haben, unseren Anträgen zu folgen.

Wie soll die Infrastruktur für ein modernes Bayern in 15 bis 20 Jahren aussehen? Die SPD will in die Zukunft und in eine moderne Familienpolitik investieren. Zu einer modernen Familienpolitik gehören Kitas in hoher Qualität und mit längeren Öffnungszeiten als heute. Schauen wir in Ihren Haushalt: Fehlanzeige, kein Impuls in diese Richtung. Die Impulse werden von der SPD gesetzt. Wenn wir im Freistaat Verantwortung und Mitverantwortung für den Haushalt haben, wird es kein Betreuungsgeld, sondern ab dem Moment des von uns bestimmten Haushalts kostenlose Kitas für alle Kinder geben. Das ist klar, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns die Investitionen in die Bildung an. Nach wie vor fehlt massiv Personal im Bereich der Grundschulen, der Mittelschulen, der Realschulen und der beruflichen Schulen, aber auch der Hochschulen. Wo sind hier Ihre Impulse? Sie sind im Haushalt nicht feststellbar. Sie reden über höhere Qualität in der Ausbildung, gehen aber zum Beispiel an dem Thema der digitalen Bildung komplett vorbei. Nicht einmal Ansätze einer Veränderung finden sich in diesem Haushalt.

Auch über die Impulse der SPD in den genannten Bereichen für eine gute Zukunft Bayerns werden wir in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss, durch unsere Änderungsanträge induziert, zu reden haben, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Schauen wir uns einmal das Thema Sicherheit an. Was haben wir da in den letzten Jahren erlebt? – Keine Rede des Herrn Ministerpräsidenten, des Herrn Finanzministers und insbesondere des Herrn Innenministers ohne einen Dank an die Polizei und unsere Sicherheitsbehörden. Keine Rede ohne: Wir müssen sicherer werden. Wir werden dort noch etwas machen.

Schauen Sie sich doch einmal an, wie viel Personal in den einzelnen Polizeiinspektionen fehlt! Schauen Sie sich an, welche Überstundenberge die Kolleginnen und Kollegen, die dort arbeiten, vor sich herschieben! Schauen Sie sich die veraltete und nicht mehr zeitgemäße Ausstattung an! Schauen Sie sich an, was Sie unter dem Sparkurs von Herrn Stoiber, fortgesetzt unter Herrn Seehofer, beim Personal in diesem Bereich angerichtet haben!

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich auch an, was Sie im Bereich der Strafverfolgung, in den Gerichten und in den Staatsanwaltschaften, angerichtet haben! Da rede ich nicht nur von den fehlenden Beamten, sondern auch von den Verwaltungsangestellten, die die Richter und Staatsanwälte entlasten könnten. Sie haben die Zukunftsfähigkeit dieses Landes,

die Sie verbal herbeireden, im Haushalt nicht realisiert. Auch hierzu wird es Anträge der SPD-Fraktion geben. Herr Minister, Sie werden die Chance haben, Ihren großen Worten von heute auch Taten folgen zu lassen.

Kolleginnen und Kollegen, an einem Punkt gebe ich Ihnen aber recht: Im Bereich Asyl müssen wir nicht vorrangig über den Haushalt reden. Da ist zwar auch viel zu tun – Asylkoordination, Asylhelfer, unbegleitete minderjährige Ausländer – und in den Bezirken, die Sie finanziell alleine lassen. Aber was nützt all das Geld, wenn Sie auf der einen Seite zwar Geld zur Verfügung stellen, aber auf der anderen Seite mit Ihren verbalen Ausfällen, die nur darauf abzielen, die Wählerinnen und Wähler der AfD zu sich zu holen, wieder alles einreißen?

(Beifall bei der SPD)

Was nützt die beste Asylbetreuung, wenn Sie Stimmung gegen alle Flüchtlinge machen, wenn Sie alle zum Sicherheitsrisiko erklären? Was nützt all die finanzielle Unterstützung, wenn Sie Ihr christliches Weltbild an dieser Stelle völlig vergessen haben? Was nützt es, wenn Sie Geld hierfür einstellen und Herr Scheuer auf der Straße gegen Flüchtlinge und Asylbewerber, aber auch gegen die Helferinnen und Helfer, die versuchen, sie zu integrieren, hetzt? – Es nützt nichts, Kolleginnen und Kollegen. Deswegen muss das Ganze weit über den Haushalt hinaus geändert werden.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich noch zum Thema Stellen kommen. Sie haben recht: Der öffentliche Dienst in Bayern arbeitet vorbildhaft. Deswegen haben wir gesagt: Er hat es nicht verdient, dass man mit der Rasenmähermethode über nötige Stellenmehrungen mit Stellenobergrenzen hinweggeht. Seit Jahren sagen wir – für die Fachleute: Artikel 6b des Haushaltsgesetzes –, dass die pauschale Einsparung von 2.740 Stellen Käse ist. Vielmehr muss man sich jeden Bereich einzeln anschauen.

Was sieht man versteckt im Haushaltsgesetz auf der Seite 34? – Dort heißt es: Wir nehmen die Streichung um 880 Stellen zurück. Bei diesen Stellen handelt es sich um einen Stellenabbau, der zwar im Haushaltsgesetz enthalten, aber – wörtliches Zitat – "seitens der Staatsregierung noch nicht mit konkreten Reformvorhaben hinterlegt war".

Exakt dies sagt die SPD-Fraktion, seit es den Artikel 6b in dieser Form im Haushaltsgesetz gibt. Genau dies beantragen wir seit dieser Zeit jedes Jahr. Heuer schreiben Sie in die Randbemerkungen: Ja, da haben die schon irgendwie recht gehabt. – Aber dann geben Sie uns auch recht, und streichen Sie die Stellenobergrenze generell, auch in Bezug auf die jetzt noch bestehenden. Gehen Sie einmal durch die Verwaltung! Nehmen Sie sich die Zeit, und schauen Sie sich jede einzelne Staatsaufgabe an! Dann können wir vernünftig darüber reden.

Wie ernst Sie es meinen, wenn Sie sagen, Sie machen jetzt Stellenhebungen im Haushalt, sieht man bei der Schlösser- und Seenverwaltung. Dort wird als Erstes der Präsident in eine höhere Gehaltsgruppe gehoben. Ich glaube, diejenigen, die Ihnen geholfen haben, schöne Bilder in einer Gondel auf einem See zu machen, die dafür sorgen, dass sich die Gäste in unseren Schlössern wohlfühlen, und darauf aufpassen, dass viele unserer Parks 365 Tage im Jahr 24 Stunden am Tag offen gehalten werden können, hätten Stellenhebungen und Stellenmehrungen viel mehr verdient als der Präsident an erster Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Für uns kommen zuerst die Mitarbeiter in den normalen Besoldungsgruppen. Erst dann kommt die Spitze des jeweiligen Hauses. Da gehen unsere Meinungen, Herr Minister, offensichtlich ganz deutlich auseinander.

Kolleginnen und Kollegen, man kann aber wohl nicht pauschal sagen, dass die CSU und der Minister nicht lernfähig seien. Schon seit Jahren fordern wir, dass es Stellenhebungen geben muss. Jetzt, an dieser Stelle, werden sie zum Teil gemacht. Aber wenn Sie A sagen, müssen Sie auch B sagen. Geben Sie endlich auch bei dem zwei-

ten Thema nach! Es ist doch ein Unsinn erster Rangordnung, eine pauschale Wiederbesetzungssperre von drei Monaten im öffentlichen Dienst auszusprechen. Wenn eine Stelle tatsächlich nicht mehr notwendig ist, braucht man keine dreimonatige Sperre, sondern die Stelle fällt weg. Ist eine Stelle im öffentlichen Dienst hingegen notwendig, dann braucht man eigentlich statt einer Sperre eine bestimmte Zeit, während der zwei Personen an etwas arbeiten, nämlich die eine der anderen die Arbeit übergibt, sie in die Arbeit einführt und zeigt, was zu tun ist.

(Beifall bei der SPD)

Die Lösung, die Sie haben, nämlich nach der Rasenmähermethode drei Monate Sperre zu fordern, ist nicht zeitgemäß.

Das nächste Thema: Wie viele Personen sind im Steuervollzug tätig? – Sie haben heute wieder das Thema Internationales Steuerzentrum genannt und dargestellt, wie viel Sie getan haben. Sie haben Herrn Jesuitenpater Jörg Alt zitiert. Herr Minister, wenn Sie ihn schon zitieren, dann müssen Sie ihn aber auch richtig zitieren.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Das ist der Punkt!)

Lesen Sie das Buch! Wenn Sie es wollen, dann schenken wir es Ihnen. Bei der Vorstellung hat er gesagt, dass Ihre Vorgänger die Finanzverwaltung in Bayern so herunter- und gegen die Wand gefahren haben, dass jetzt selbst Ihre halbherzigen Veränderungen genial sind.

Sie haben das Internationale Steuerzentrum so gelobt und sich mit einem Cappy mit der Aufschrift "Steuer-FBI" dreimal gezeigt. Wahrscheinlich waren mehr Menschen in der PR-Abteilung von Herrn Söder damit beschäftigt, die Presseartikel zu schreiben, als in diesem Steuerzentrum real an Steuerbeamten arbeiten. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der SPD)

Sie machen nur Show. Sie sprechen von 340 Millionen Euro Mehreinnahmen. Aber gleichzeitig tun Sie in der Masse der Steuerverwaltung nichts. Wir müssen an dieser Stelle mehr tun, Kolleginnen und Kollegen.

Wenn wir schon generell bei der Steuerpolitik sind, Herr Minister: Zu einer guten Haushaltspolitik gehört auch, dass man sich um einen ordentlichen Steuervollzug kümmert. Dazu gehören aber auch rechtliche Grundlagen. Wie kommen Sie dazu, die Erbschaftsteuer regionalisieren zu wollen? Wie kommen Sie dazu, den Erbschaftsteuersatz für Bayern heruntersetzen zu wollen? Hier geht es darum, Milliardenvermögen – da ist nicht der kleine Häuslebauer gemeint, der ein Haus vererbt –, endlich ordentlich zu besteuern. Warum sind Sie gegen eine neue Vermögensteuer? Dabei geht es nicht einmal um den einfachen Millionär. Da geht es um Leute mit zweistelligen Millionenbeträgen auf ihrem Konto, für nichts und wieder nichts. Diese Vermögen tragen nichts zu dieser Gesellschaft bei, und Sie sagen: Nein, das wollen wir nicht einbeziehen. – Das ist fahrlässig, das ist falsch.

(Beifall bei der SPD)

Hier vertritt die SPD andere Auffassungen. Wir finden das nicht gerecht. Bei der Schaffung neuer Steuertarife sind im Einkommen- und Lohnsteuertarif Veränderungen notwendig. Es sind Verschiebungen notwendig. Diejenigen, die in der Bundesrepublik höchste Einkommen erzielen, teils ohne Arbeit, müssen höher und gerecht besteuert werden. Schlupflöcher müssen gestopft werden. Diejenigen mit mittleren und niedrigen Steuerlasten müssen entlastet werden. Das ist richtig. Aber Sie haben vor Kurzem bei Apple eindrucksvoll gezeigt, was Sie damit meinen. Wenn Sie von der Entlastung mittlerer Einkommen sprechen, sprechen Sie eigentlich von Mitleid für Milliardäre und großen Konzernen wie Apple mit einer Steuernachzahlung von 13 Milliarden Euro bei einer Steuerlast in Irland in Höhe von 0,005 %. Und Sie sagen: Das wird das Unternehmen nur schwer verkraften können. Vielleicht hat das Folgen für das deutsch-amerikanische Verhältnis. Vielleicht hat es Folgen für mein Apple-Handy, auf dem ich auch während der Plenarsitzung so gerne herumspiele.

(Heiterkeit bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sauerei!)

Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht unser sozialdemokratisches Verständnis von Solidarität und Gerechtigkeit.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute eine schöne Zusammenfassung austeilen lassen: Haushalt ohne Schulden, Schuldenabbau fortsetzen, hohe Investitionsquote. – Beginnen wir bei der Investitionsquote. Wer Sie und Ihre PR-Shows kennt, weiß Bescheid. Wenn dort steht "hohe Investitionsquote", nicht "höchste Investitionsquote", nicht "beste", nicht "schon immer" oder "auf der Welt" und "im Universum",

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): In der ganzen Welt!)

dann ist an dieser Stelle irgendetwas faul. Schauen wir uns darum die Investitionsquoten der letzten Jahre an. Im Jahr 2015 waren es 11,8 %. Dieses Jahr sind es 11,7 %. Nächstes Jahr sind es wieder 11,8 %. Übernächstes Jahr sind es 11,5 %. Das bedeutet einen Rückfall vor das Jahr 2015. Herr Minister, wenn Sie dann darauf stolz sind, groß auszuteilen und von hoher Investitionsquote sprechen, sollten Sie sich ein ganz klein bisschen schämen. Vielleicht besteht die Möglichkeit, dass Sie während der Haushaltsberatungen dem einen oder anderen Antrag von uns zu Investitionen zustimmen. Dann wird die Investitionsquote zunehmen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist denn die Lage in Nordrhein-Westfalen, Herr Kollege? Wie ist es dort, wo Sie regieren?)

Herr Kreuzer: Erstens sind wir in Bayern.

(Peter Winter (CSU): Gott sei Dank!)

Zweitens, Herr Kreuzer: Als jemand, der mitverantwortlich dafür ist, dass in den Haushalten der letzten Jahre ein Stellenabbau stattgefunden hat und Einsparungen im Polizeibereich und im Schulbereich vorgenommen wurden, der mitverantwortlich dafür ist,

dass der Haushalt den Breitbandausbau nicht abgebildet hat, der mitverantwortlich dafür ist, dass der Haushalt ein Milliardenesaster in der Landesbank zu verarbeiten hat, der zugeschaut hat bei dem, was Ihr damaliger Ministerpräsident Stoiber und Ihre Minister und Ihre Staatssekretäre im Verwaltungsrat der Landesbank angerichtet haben,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie reden von Nordrhein-Westfalen!)

Herr Kollege, wäre ich ganz ruhig und ein ganz klein bisschen demütig.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das einzige Thema, das Sie seit Jahren haben! – Beifall bei der SPD)

Da würde ich nicht auf Nordrhein-Westfalen verweisen, sondern vor meiner eigenen Türe kehren und schauen, dass mein Haushalt ordentlich aufgestellt ist, anstatt dazwischenzuquatschen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie haben bloß ein Thema! Billig, billig, Herr Güller!)

– Vielen Dank, Herr Kollege.

Ich komme zum Thema Schuldenabbau. Schauen wir uns das an. Sie tilgen – das ist richtig und gut – nächstes und übernächstes Jahr jeweils 500 Millionen Euro aus dem Stabilisierungsfonds Finanzmarkt. Sie sind stolz auf einen Haupthaushalt ohne die Nebenhaushalte zu beachten, einen ausgeglichenen Haushalt im 13. Jahr. Sie sagen kein Wort über die Rücklagen. Wir hatten im Haushalt 2015 6,1 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Josef Zellmeier (CSU): Welche Lücke hat Nordrhein-Westfalen? – Thomas Kreuzer (CSU): Wie ist es in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller? – Isabell Zacharias (SPD): Wir sind in Bayern, Herr Kreuzer!)

Wir haben am Ende des Doppelhaushaltes noch 1,5 Milliarden Euro an Rücklagen.

(Isabell Zacharias (SPD): Genau!)

Sie können Nordrhein-Westfalen bringen, und Sie können noch dreimal dazwischenquatschen. Herr Kreuzer, ich sage es Ihnen dann zum vierten Mal: Von jemandem, der Mitverantwortung für das Landesbankdesaster trägt, lassen wir uns nicht sagen, wie man einen Haushalt aufzustellen hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Heiligs Blechle! Das heißt, Sie entnehmen Geld aus der Rücklage. Dieser Staatshaushalt hat Ende 2018 valutierte Schulden in Höhe von 24 Milliarden Euro. Wie wollen Sie diese 24 Milliarden Euro tilgen, wenn Sie nicht zwei Wetten eingehen? Die erste Wette ist diejenige auf den Länderfinanzausgleich, den Sie auf die lange Bank geschoben haben, indem Sie ständig Klagedrohungen vorgebracht haben, anstatt zu verhandeln.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich komme zu der zweiten Wette. Wie wollen Sie die Schulden im Haushalt ohne eine Niedrigzinspolitik der EZB tilgen? Der größte Profiteur der Niedrigzinspolitik der EZB sind die Staatshaushalte und insbesondere auch der bayerische Staatshaushalt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es! – Peter Winter (CSU): Nein! – Thomas Kreuzer (CSU): Das ist in Nordrhein-Westfalen, Herr Güller! – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am meisten profitieren! Selbst Geld einstecken!)

Sie geben hier den ganzen Tag den großen Retter der kleinen Leute, hetzen gegen die EZB und stecken dann klammheimlich das Geld ein, um den Haushalt zu sanieren. Sie sollten sich ehrlicherweise für eine der beiden Argumentationen entscheiden, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Bravo!)

Ich darf zum Abschluss kommen. Wir als SPD legen Anträge vor, die Investitionen in Wohnbau, zukunftsfähige Infrastruktur, zukunftsfähige Verkehrs- und Kommunikations-

wege und in die innere Sicherheit garantieren. Wir geben viele Impulse für ein zukunftsfähiges Bayern auch in 15 und 20 Jahren. Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in den kommenden Haushaltsberatungen konstruktiv über diese Themen reden. Wir können natürlich nicht alles in einem Doppelhaushalt und in zwei Jahren erledigen. Aber wir können die Weichen endlich richtig stellen. Wir können den Stillstand und das reine Reagieren auf Anforderungen von außen schnell beenden. Wir können wieder aktive Politik betreiben. Kolleginnen und Kollegen der CSU, dazu muss aber eine Bereitschaft Ihrerseits bestehen. Nicht nur Showveranstaltungen, nicht nur Schlagworte,

(Beifall bei der SPD)

es bedarf konkreter Diskussionen über die einzelnen Anträge. Gehen Sie auch auf die Belange der Menschen ein, die sich in zahlreichen Eingaben, Gesprächen und Briefen an uns wenden. Wischen Sie diese nicht vom Tisch. Folgen Sie außerdem einer Vielzahl der Anträge der Sozialdemokratie. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächsten Redner bitte ich Herrn Kollegen Winter zum Rednerpult.

Peter Winter (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Harald Güller, ich hatte gedacht, der neue finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion werde wahre neue Akzente setzen. Ich habe aber festgestellt, dass deine Rede ein Zusammenschnitt der letzten Reden des Kollegen Halbleib war. Etwas wirklich Neues ist heute leider nicht zutage getreten.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der SPD)

Die SPD stellt – Gott sei Dank! – den Haushalt in Bayern nicht auf.

(Zuruf von der SPD: Noch nicht!)

Damit würden nämlich die Weichen in Richtung Schuldenstaat gestellt. Ich habe die jüngsten Haushaltsforderungen der SPD zusammengerechnet. Wenn wir dem zustimmen, dann hätten wir Zustände wie in Nordrhein-Westfalen oder in Bremen. Bremen ist insoweit ja noch ein Stück weit "besser" als Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von der SPD: Das sagen die größten Schuldenmacher! Landesbank!)

Jetzt fällt mir der Satz ein: An der Zahl unserer Neider erkennen wir die Qualität unserer Arbeit. – Nach dieser Rede bin ich fest davon überzeugt, dass wir an unserem finanzpolitischen Weg festhalten sollten. Sonst, meine sehr verehrten Damen und Herren, wäre es hier mit Zwischenrufen wie "Es geht uns in Bayern gut!" schnell vorbei.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, lieber Herr Staatssekretär, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir könnten vielleicht noch einmal den Versuch unternehmen, mit Frau Hendricks in Berlin darüber zu reden, ob steuerpolitische Maßnahmen nicht doch endlich auf den Weg gebracht werden können, damit im Wohnungsbau etwas passiert. Das blockieren Sie doch!

(Florian von Brunn (SPD): Informieren Sie sich bitte, statt so einen Unsinn zu erzählen!)

Sprechen Sie doch einmal mit den Leuten in Berlin! Wir stellen in unserem Haushalt die Weichen für den sozialen Wohnungsbau und den Wohnungsbau für unsere Staatsbediensteten.

Unser Finanzminister hat dem Hohen Haus einen exzellenten Regierungsentwurf eines Doppelhaushalts 2017/2018 vorgelegt. Eine jung gebliebene, dynamische, 70 Jahre junge CSU-Fraktion hat sich fordernd und kreativ eingebracht. Viele unserer Initiativen sind darin festgeschrieben und zeigen Wirkung.

Die wirtschaftlichen Rahmendaten für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2017/2018 sind positiv. Unser Dank gilt vor allem unseren tüchtigen Bayern, ohne die das nicht möglich gewesen wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland war im Jahr 2015 durch ein solides, stetiges Wirtschaftswachstum geprägt. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 1,7 %. Bayern wies im vergangenen Jahr mit 2,1 % erneut ein überdurchschnittliches reales Wirtschaftswachstum auf. Der konjunkturelle Aufschwung geht weiter. Seit dem Jahr 2010 sind die jährlichen Wachstumszahlen positiv. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt hat seitdem in Bayern um insgesamt 12,3 % zugenommen. Damit liegt Bayern in der längerfristigen Betrachtung an der Spitze aller Bundesländer. Es wäre schön, wenn alle dies zur Kenntnis nehmen würden.

Auch der bayerische Arbeitsmarkt zeigte sich im Jahr 2015 in herausragender Form. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist mit 5,2 Millionen so hoch wie nie zuvor. Die Arbeitslosenquote in Bayern lag im Durchschnitt des Jahres 2015 bei nur 3,6 %. Zum Vergleich: Im Jahr 2014 waren es durchschnittlich 3,8 %. Das ist der niedrigste Wert seit der Jahrtausendwende. Damit hat Bayern noch vor Baden-Württemberg die niedrigste Arbeitslosenquote aller Bundesländer. Ich erinnere daran, dass der Bundesdurchschnitt bei 6 % liegt.

Besonders erfreulich ist, dass sich die Arbeitsmarktsituationen in den sieben bayerischen Regierungsbezirken in den vergangenen Jahren weiter angeglichen haben. So betrug die Spannweite der Arbeitslosenquoten im Jahr 2015 nur noch 1,2 Prozentpunkte. Auch das gehört zur Förderung und Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Die jüngsten Arbeitsmarktzahlen – für September – bestätigen diese Entwicklung. Bayern liegt mit 3,4 % deutlich vor allen anderen Bundesländern. Die Bandbreite zwischen den bayerischen Regierungsbezirken liegt bei nur noch 1,1 Prozentpunkten. Innerhalb der vergangenen zehn Jahre wurden in Bayern eine Million neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen und die Zahl der Arbeitslosen um fast

39 % reduziert. Die Arbeitslosenquote sank von 6,1 % im September 2006 auf 3,4 % im September 2016. Diese mehr als erfreulichen Zahlen belegen: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Bayern sind absolute Spitze in Deutschland.

Auch die Quote der erwerbsfähigen Hartz-IV-Bezieher im Verhältnis zur Zahl der Einwohner unter 65 Jahren ist in Bayern mit 3,6 % die niedrigste im Vergleich aller Bundesländer; der Durchschnitt liegt nämlich bei 7,9 %.

Nach einer aktuellen Studie der Bertelsmann Stiftung leben in Bayern bundesweit die wenigsten Kinder in Armut; wir haben vorhin über das Thema debattiert. Ich war vor Kurzem in Nordrhein-Westfalen. Dort habe ich den Slogan gehört: "Hannelore lässt die Kinder zurück!" Im Umkehrschluss sage ich: "Horst nimmt sie mit!"

(Beifall bei der CSU)

Auch im Hinblick auf die Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse ist Bayern laut einer aktuellen PwC-Studie bestens aufgestellt. Darin heißt es: "Bayern führt weiterhin mit Abstand die Nachhaltigkeitsrangliste an ..." Bremen dagegen nimmt erneut, ebenfalls mit großem Abstand, die Schlussposition ein.

Auch die Ratingagenturen haben im Juli 2016 die bayerische Haushaltspolitik mit ihren jeweils besten Bewertungen ausgezeichnet. Damit hat der Freistaat Bayern bei beiden großen Ratingagenturen, Moody's und Standard & Poor's, das Spitzenrating mit stabilem Ausblick. Die Bewertung wird begründet mit dem klugen Haushaltsmanagement, dem vergleichsweise niedrigen Schuldenstand, der starken Wirtschaftskraft und der anhaltenden Fähigkeit des Freistaates Bayern, seine Schulden zurückzuführen. All diese Zahlen und Bewertungen zeigen: Bayern ist für seine Bürgerinnen und Bürger – wir erleben es an den Zuzugszahlen – ein Platz an der Sonne.

(Beifall bei der CSU – Unruhe bei der SPD)

Wir, die CSU-Landtagsfraktion, werden gemeinsam mit der Bayerischen Staatsregierung dafür sorgen, dass es so bleibt.

Bereits im Mai 2016 haben wir die finanzpolitischen Leitlinien für den Doppelhaushalt 2017/2018 mit der Staatsregierung vereinbart, um den bayerischen Spitzenplatz weiter zu festigen. So haben wir das Ausgabenwachstum auf 3 % pro Jahr begrenzt. Ohne die zunehmend unverhältnismäßigen Zahlungen in den Länderfinanzausgleich – auch darüber haben wir debattiert – läge der Jahresdurchschnitt im Regierungsentwurf bei rund 2,5 %. Alle anderen Zahlen, über die hier spekuliert wird, stimmen nicht.

Wir halten die Personalausgabenquote stabil, bei rund 38,6 % im Jahr 2017 und 39,1 % im Jahr 2018.

Wichtig ist daneben vor allem, dass wir trotz der Herausforderungen im Asylbereich keine neuen Schulden machen und unseren Schuldenabbau mit insgesamt einer Milliarde Euro konsequent fortsetzen.

Und was sagen zum Beispiel die GRÜNEN zur Vereinbarung der finanzpolitischen Leitlinien? – Liebe Frau Stamm, Sie fordern eine Kurskorrektur und singen das alte Lied der angeblichen Unterfinanzierung des Bildungssystems, des angeblich zu langsam wachsenden Ganztagsangebotes und des nach Ihrer Ansicht mangelnden Unterhalts staatlicher Gebäude und der Infrastruktur. Auch die Vorsorge für die steigenden Pensionsausgaben sei, so die Pressemitteilung der GRÜNEN vom 11. Mai 2016, gestrichen worden. Dazu ein paar Anmerkungen: Die Oppositionsparteien werden heute wiederum, wie sie das bei allen Debatten tun, vieles schlechtreden. Dazu werden auch alte Schreckgespenster, zum Beispiel das Thema versteckte Schulden, an die Wand gemalt. Hier ist ein Blick auf die Seite 353 im Einzelplan 13 des Regierungsentwurfs hilfreich. Dort finden Sie den voraussichtlichen Stand des Bayerischen Pensionsfonds zum Ende des Haushaltsjahres 2018. Er liegt bei rund 2,9 Milliarden Euro. Von wegen "gestrichen".

Wir werden weiterhin Jahr für Jahr dem Pensionsfonds 100 Millionen Euro zuführen. In diesem Zusammenhang darf auch die Schuldentilgung als zweite Säule unserer Vorsorge für künftige Pensionsaufwendungen nicht vergessen werden. Von 2012 bis

2018 werden wir insgesamt rund 4,6 Milliarden Euro im Interesse künftiger Generationen und zur Stärkung der Pensionsvorsorge tilgen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das verstehen wir unter nachhaltiger Haushaltspolitik.

Wir werden in den nächsten Wochen intensiv über die neuen Vorschläge diskutieren. Ich bin schon auf Ihre Vorschläge gespannt, wie Sie zu einem ausgeglichenen Haushalt kommen. Ich gebe gerne zu: Auch wir würden gerne da oder dort noch mehr tun. Wir brauchen dazu eine insgesamt deutlichere Entlastung beim Länderfinanzausgleich. Ich wünsche unserem Ministerpräsidenten in Berlin viel Glück, dass er das im Interesse Bayerns erreicht. Wir könnten dann den Schuldenabbau weiter beschleunigen und hätten eine noch bessere Pensionsvorsorge durch noch weniger Schuldzinsen.

Die Zinsausgabenquote wird im Haushaltsjahr 2018 auf nur noch 1,2 % sinken. Das ist sensationell. Wir geben somit einen immer geringeren Teil der Gesamtausgaben für Schuldzinsen aus. Das Beste daran ist, dass dies längerfristig und auf Dauer wirken wird.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Güller, Sie fordern regelmäßig mehr Betriebsprüfer und Steuerfahnder für Bayern. Mir stellt sich dabei folgende Frage: Wenn wir offenbar zu geringe Steuereinnahmen in Bayern haben, warum steigt dann Jahr für Jahr der Betrag, den Bayern in den Länderfinanzausgleich zahlen muss? Da kann doch etwas nicht stimmen. Sie wissen doch, dass dieser Betrag mit der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen in Bayern und der Entwicklung der Steuereinnahmen in den anderen Bundesländern zusammenhängt. Darunter sind auch Länder, in denen Sie die Verantwortung tragen.

Die Wahrheit lautet: Selbst in Zeiten, in denen unsere hervorragende bayerische Finanzverwaltung Jahr für Jahr neue Rekordsteuereinnahmen erzielt, kann es der SPD nie genug sein. Das ist die sozialdemokratische Haltung: Wir brauchen in jedem Fall

noch mehr Steuereinnahmen, egal, wie hoch die Steuereinnahmen sind. Dabei übersehen Sie leider, dass es in erster Linie darauf ankommt, mit dem vorhandenen Geld gut und klug auszukommen. Wir setzen klare Schwerpunkte und behalten mit diesem Doppelhaushalt 2017/2018 unseren finanzpolitischen Kurs im ureigensten Interesse Bayerns bei. Um diesen Kurs beneiden uns viele. Aus manchen Reden der Opposition höre ich heraus, dass das auch bei Ihnen der Fall ist.

Wir unterscheiden uns hier deutlich, um ein Beispiel zu bringen, von Ministerpräsidentin Kraft aus Nordrhein-Westfalen, die der SPD angehört.

(Doris Rauscher (SPD): Gut, dass wir die haben!)

– Ja, gut, dass wir die haben. Mit diesem Beispiel kann ich Ihnen vorführen, wie Sie in Ihren Ländern Finanzpolitik betreiben. Gott sei Dank können wir anhand von Beispielen belegen, wie gut wir sind.

Aufgrund unserer soliden Haushaltspolitik bleibt Bayern das Land mit der niedrigsten Pro-Kopf-Verschuldung. Zum Jahresende 2015 lag die Verschuldung in Bayern bei einem Betrag von 2.317 Euro pro Einwohner. Zum Vergleich: Die Verschuldung der übrigen westlichen Flächenländer ist mit 8.637 Euro pro Person mehr als dreimal so hoch. Selbst das Land Baden-Württemberg, das auf Platz zwei der Flächenländer West liegt, hat mit 5.055 Euro eine mehr als doppelt so hohe Pro-Kopf-Verschuldung. Durch den weiteren Abbau unserer Staatsschulden werden wir die Pro-Kopf-Verschuldung noch weiter reduzieren und damit unseren Gestaltungsvorsprung noch weiter vergrößern.

Unsere Zinsausgaben sinken, auch dank des Schuldenabbaus, von derzeit rund 838 Millionen Euro auf rund 684 Millionen Euro im Jahr 2018.

Wir alle können uns noch an die schwierigen Beratungen über den Nachtragshaushalt 2016 erinnern. Das war eine große Kraftanstrengung. Aufgrund der hohen Flüchtlingszahlen stiegen die Ausgaben für Zuwanderung und Integration von rund 1,2 Milli-

arden Euro im Jahr 2015 auf rund 3,3 Milliarden Euro im Nachtragshaushalt 2016. Das ist fast das Dreifache.

Zwischenzeitlich sind die Zugangszahlen nach Deutschland durch verschiedene Maßnahmen, insbesondere durch die Schließung der Balkanroute, zurückgegangen. Auf dieser Grundlage liegen die Ausgaben für Asyl und Integration im Regierungsentwurf des Doppelhaushalts immer noch bei rund 2,4 Milliarden Euro für das Jahr 2017 und bei rund 2,2 Milliarden Euro für das Jahr 2018. Damit stellen wir innerhalb von vier Jahren über 9 Milliarden Euro für die Folgen der Flüchtlingspolitik zur Verfügung. Das muss man immer wieder in Erinnerung rufen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist gelebte Humanität und Mitmenschlichkeit. Wir brauchen da keine Nachhilfe, von wem auch immer.

(Beifall bei der CSU – Gisela Sengl (GRÜNE): Sie haben die Nachhilfe der Kirche gebraucht!)

– Ich habe gesagt "von niemandem", auch nicht von Ihnen.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ich habe gesagt: von der Kirche!)

– Und ich habe gesagt: "von niemandem, auch nicht von Ihnen". – Der Bund beteiligt sich jetzt endlich mit einem Drittel an den Kosten, nämlich mit 729 Millionen Euro im Jahr 2017 und mit 658 Millionen Euro im Jahr 2018. Aber die Zahlen verdeutlichen, dass auch ein starkes Land wie Bayern diese Ausgaben langfristig nicht schultern kann. Im Regierungsentwurf steigen die bereinigten Gesamtausgaben auf rund 57,9 Milliarden Euro im Jahr 2017 und auf rund 59,3 Milliarden Euro im Jahr 2018. Die Steigerung im Jahr 2017 beträgt gegenüber dem Vorjahr ohne die Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich rund 2,7 % und im Jahr 2018 2,2 %. Durch diesen begrenzten Anstieg stellen wir sicher, dass sich der Staatshaushalt im Rahmen des Wirtschaftswachstums bewegt.

Wir halten unsere finanzpolitischen Leitlinien ein und können neben den notwendigen Ausgaben für das Thema Asyl auch in die wichtigen Zukunftsfelder innere Sicherheit, Bildung, Familien, Digitalisierung und Infrastruktur zum Wohle der Menschen Bayerns investieren.

Die schrecklichen Geschehnisse in Würzburg, München und Ansbach sind ein Angriff auf unsere Sicherheit und auf unsere Freiheit. Würzburg und Ansbach haben uns gezeigt: Der islamistische Terror ist leider auch in Bayern angekommen. Wir müssen auf die Terrorgefahr, die organisierte Kriminalität, die Internet- und die Computerkriminalität regieren. Daher ist die weitere Stärkung der inneren Sicherheit ein absoluter Schwerpunkt dieses Doppelhaushalts. Wir wollen in den Jahren 2017 bis 2020 in jedem Jahr zusätzlich 500 Polizistinnen und Polizisten einstellen. Insgesamt sind dies also 2.000 neue Polizeistellen für mehr Präsenz und Sicherheit.

Daneben werden wir die größte Modernisierungsoffensive für unsere bayerische Polizei auf den Weg bringen. Allein die Sachmittel der Polizei, mit denen die Polizeiausstattung kontinuierlich weiter verbessert wird, sollen im Doppelhaushalt um 182 Millionen Euro auf insgesamt über 800 Millionen Euro steigen. Damit rüsten wir unsere Polizei mit modernen Dienstwaffen, ballistischen Helmen, neuartigen Schutzwesten und gepanzerten Fahrzeugen aus.

Neben den neuen Stellen bei der Polizei werden wir auch für eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Strafvollzug 250 zusätzliche Stellen in der Justiz schaffen.

Wir sorgen damit für mehr Schutz und stärken unseren Rechtsstaat in seiner Wehrhaftigkeit. Insgesamt starten wir damit die größte Sicherheitsoffensive in der Geschichte Bayerns; denn unsere Freiheit braucht vor allem auch Sicherheit.

(Beifall bei der CSU)

Besonders wichtig ist uns, dass dieser Regierungsentwurf nicht nur bei den wichtigen Themen Zuwanderung und innere Sicherheit die notwendigen Antworten gibt, sondern auch unsere einheimische Bevölkerung unterstützt.

Ein zentraler Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushalts liegt daher auch wieder auf der Bildung. Die demografische Rendite von 1.243 Stellen bleibt vollständig im Schulbereich, insbesondere für die Umsetzung der Ganztagsgarantie, die Grundschulgarantie und die Inklusion. Zudem sind von den insgesamt 3.165 zusätzlichen Planstellen und unbefristeten Beschäftigungsmöglichkeiten im Regierungsentwurf allein 1.305 Stellen im Bereich Bildung vorgesehen.

Die Bildungsausgaben steigen von rund 18,4 Milliarden Euro in 2016 auf circa 18,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 19,4 Milliarden Euro in 2018. Mit diesen zusätzlichen Mitteln stärken wir weiter die Ganztagsangebote für unsere Schülerinnen und Schüler. Angesichts dieser zusätzlichen Bildungsmilliarde von einer Unterfinanzierung des bayerischen Bildungssystems zu sprechen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist mehr als realitätsfern.

(Beifall bei der CSU)

Wir geben jeden dritten Euro für unsere Talente von morgen aus. Wir geben unseren Kindern eine Zukunft.

Familien und Kinder sind die Basis für unsere Gesellschaft. Darum tun wir viel, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Bayern weiter zu verbessern und möglichst allen Familienmodellen gerecht zu werden. Und das kündige ich jetzt schon an: Daran werden wir auch nicht rütteln lassen, auch nicht in den Haushaltsberatungen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen die Mittel für die Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege, für die Beitragsentlastung der Eltern und den Krippenausbau von rund 1,8 Milliarden Euro in 2016 auf 1,9 Milliarden Euro in 2017 und rund 2 Milliarden Euro in 2018.

Für das bayerische Betreuungsgeld sind im Doppelhaushalt insgesamt 450 Millionen Euro eingeplant und für das Landeserziehungsgeld 161 Millionen Euro.

Mit der Erhöhung der Mittel in 2018 um 19 Millionen Euro können wir bereits in dieser Legislaturperiode eine Anhebung der Einkommensgrenzen für ab dem 1. Januar 2017 geborene Kinder finanzieren. Damit belaufen sich die Ausgaben für Familien und Kinder im neuen Doppelhaushalt auf sage und schreibe rund 4,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Wunderbar!)

Die aktuell steigenden Geburtenraten sind ein wichtiges Signal für die Zukunft unseres Landes.

Wir verbessern die Infrastruktur in Bayern mit insgesamt 82 Millionen Euro zusätzlich für den Straßenbau und insgesamt 88 Millionen Euro für die Städtebauförderung. Darauf haben wir als CSU-Landtagsfraktion bei der Haushaltsaufstellung besonderen Wert gelegt. Im Regierungsentwurf stehen damit insgesamt 540 Millionen Euro für Investitionen in unsere Staatsstraßen zur Verfügung sowie insgesamt 349 Millionen Euro für die Straßenplanung.

In der Wohnraum- und Studentenwohnraumförderung wollen wir den Bewilligungsrahmen auch mithilfe von Bundesmitteln um 66 Millionen Euro auf rund 468 Millionen Euro aufstocken, lieber Herr Kollege Güller.

Wir helfen auch unseren Kommunen bei der Behebung von Wohnungsnot, insbesondere in den Ballungsräumen in Bayern; denn wir führen das im Jahr 2016 aufgelegte kommunale Wohnraumförderprogramm mit unverändertem Bewilligungsrahmen von jährlich 150 Millionen Euro fort.

Wir helfen aber auch unseren Staatsbediensteten bei der schwierigen Suche nach bezahlbarem Wohnraum in den Ballungsräumen. Da kann ich schon mal feststellen: Das tun wir gemeinsam im Haushaltsausschuss. Mit dem im Oktober 2015 beschlossenen Maßnahmenpaket zum Wohnungsbau in Bayern werden 1.000 Wohnungen in Mün-

chen durch die Stadibau auf den Weg gebracht. Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2016 wurden die ersten Schritte zur Umsetzung des Bauprogramms eingeleitet, insbesondere durch die Veranschlagung von Förderdarlehen. Die Ausgabemittel betragen 20 Millionen Euro. Der Betrag aus Verpflichtungsermächtigungen beläuft sich auf 80 Millionen Euro.

Im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 werden die Ausgabemittel mit jährlich 20 Millionen Euro fortgeführt. Zudem sind Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 40 Millionen Euro in 2017 und zusätzlich 30 Millionen Euro in 2018 vorgesehen. Die Stadibau arbeitet derzeit mit Hochdruck an der Planung und Umsetzung.

Wir bauen voraussichtlich im Jahr 2017 im Prinz-Eugen-Park, in der Erzgießereistraße sowie in der Linprunstraße, außerdem in der Soyerhofstraße und in Freiham. Das ist ein kraftvolles Paket vor allem für die Landeshauptstadt München. Deshalb vertrauen wir darauf, dass sie uns auch beim notwendigen Baurecht unterstützt.

(Beifall bei der CSU)

Im neuen Doppelhaushalt stehen damit insgesamt rund 870 Millionen Euro zur Verfügung, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern.

Wir werden auch neue Anreize für die ökologische Landwirtschaft setzen. Für Neuantragstellungen im Kulap, unserem Kulturlandschaftsprogramm, sind insgesamt rund 69 Millionen Euro vorgesehen. Die Kulap-Ausgaben steigen im Regierungsentwurf damit um rund 133 Millionen Euro auf 523 Millionen Euro; das sind 34,1 %. Damit können wir besonders umweltschonende Bewirtschaftungsverfahren weiterhin besser fördern.

Zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen wollen wir die Ansätze für die Dorferneuerung auf jährlich 61,9 Millionen Euro erhöhen. Damit verbessern wir kontinuierlich die Lebensqualität in den ländlichen Räumen. Im Rahmen der Haushaltsberatung

gen werden wir prüfen, ob wir für die Dorferneuerung weitere Mittel zur Verfügung stellen können.

Wir wollen die Arbeitsplätze der digitalen Revolution in Bayern haben. Deshalb wollen wir in den kommenden beiden Jahren erneut 2,5 Milliarden Euro in "Bayern digital" investieren und damit den weiteren Breitbandausbau für den digitalen Aufbruch in Unternehmen, Schulen und Hochschulen fördern. So machen wir Bayern fit für die Herausforderungen der digitalen Zukunft.

Mit dem kommunalen Finanzausgleich im Jahr 2017 stärken wir wie in der Vergangenheit unsere Kommunen. Der kommunale Finanzausgleich ist bereits 2014 auf die Rekordsumme von knapp über 8 Milliarden Euro gestiegen. Im Jahr 2017 nähern wir uns mit insgesamt rund 8,82 Milliarden Euro bereits der 9-Milliarden-Euro-Marke. Der Regierungsentwurf sieht einen Anstieg um rund 260 Millionen Euro gegenüber 2016 vor; das entspricht einer Steigerung von 3 %.

(Beifall bei der CSU)

Die reinen Landesleistungen steigen um rund 249 Millionen Euro auf rund 8,32 Milliarden Euro. Änderungen des kommunalen Finanzausgleichs können nach der Steuerschätzung noch erfolgen, was unseren Kommunen ebenfalls zugutekommt.

Beim Ländervergleich der Steuerverbundquote wird gerne übersehen, dass sich die Leistungen des Freistaats Bayern an seine Kommunen keineswegs im kommunalen Finanzausgleich erschöpfen, sondern weit darüber hinausgehen. Dazu gehört insbesondere die Förderung der Breitbanderschließung und der Kinderbetreuung. Zusammen mit dem kommunalen Finanzausgleich steigen diese Leistungen insgesamt auf rund 15,4 Milliarden Euro im Jahr 2016; das sind rund 26 % unserer Gesamtausgaben. Das heißt, jeder vierte Euro geht an unsere Städte, Märkte und Gemeinden.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der CSU: Das ist auch gut so!)

Auch im bundesweiten Vergleich stehen die bayerischen Kommunen gut da. Die Bertelsmann Stiftung kommt in ihrer letzten Untersuchung über die Kommunalfinanzen in Deutschland zu dem Schluss: "In keinem anderen Bundesland nahmen die Kommunalhaushalte eine vergleichbar positive Entwicklung."

Zum Schluss möchte ich den Blick auf die Beratungen im Haushaltsausschuss richten. In der kommenden Woche, am 19. Oktober, werden wir dort mit den Beratungen beginnen. Ich bin, unter uns gesagt, bereits jetzt darauf gespannt, welche Fraktionen der Opposition dieses Mal den Rekord bei den Mehrforderungen zum Doppelhaushalt aufstellen.

Die Messlatte wurde beim letzten Mal hoch gelegt. So hatten beispielsweise die FREIEN WÄHLER in ihren Anträgen zum Doppelhaushalt 2015/2016 Mehrausgaben von insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro gefordert, und zwar ohne ein Wort zur Gegenfinanzierung zu verlieren oder einen vernünftigen Vorschlag zu machen.

(Zuruf von der CSU: Hört, hört!)

Das ist die nachhaltige Haushaltspolitik der FREIEN WÄHLER. Dazu passt auch ihr Steuerkonzept, das ich nicht in Bausch und Bogen verdammen will. Wenn man jedoch auf der einen Seite Steuern, Pauschalen und Freibeträge senken will, auf der anderen Seite aber Milliarden Euro an Mehrausgaben stehen hat, dann soll mir doch mal einer sagen, wie er das unter einen Hut bringen will. Darauf bin ich ganz besonders gespannt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, jetzt mal im Ernst.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): War das bis jetzt alles nicht ernst?)

Sie können es mir ruhig abnehmen: Wir pflegen – das will ich auch einmal herausstellen – bei allen Diskussionen im Haushaltsausschuss ein durchaus gutes Miteinander. Auch wir würden hier und dort gerne noch eine Schippe drauflegen; wir sind uns aber

vor allem unserer Verantwortung gegenüber dem bayerischen Steuerzahler und auch gegenüber den uns nachfolgenden Generationen bewusst.

(Beifall bei der CSU)

Genau deswegen geben wir schon seit vielen Jahren, seit 13 Jahren, um es genau zu sagen, nur das aus, was wir zuvor auch erwirtschaftet haben. Wir haben auch die Rücklagen erwirtschaftet, auf die man in schwierigen Zeiten bei unvorhersehbaren Ausgabenmehrungen zurückgreifen kann. Diese Rücklagen sind nicht auf den Bäumen gewachsen, sondern die haben wir in guter, vorausschauender Weise geschaffen, damit sie uns in schwierigen Zeiten zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dem Schuldenausbau, den wir auch weiterhin konsequent betreiben werden – –

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schuldenausbau?)

– Mit dem Schuldenabbau natürlich. Entschuldigung! – Herr Gehring, ich danke Ihnen; Sie passen wenigstens auf. – Mit dem Schuldenabbau gehen wir sogar noch einen Schritt weiter. Wir geben unseren Kindern mehr Gestaltungsspielraum und haben weniger Altlasten. Ich betone es noch einmal: Das ist verantwortungsvolle Haushaltspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe daher eine Bitte: Nörgeln Sie nicht, und stimmen Sie diesem exzellenten Doppelhaushalt zu.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bleiben Sie bitte am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Stamm.

Peter Winter (CSU): Wie schön!

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender, sehr geehrter Herr Winter, das war ja durchaus ein Lob, als Sie auf das gute Miteinander hingewiesen haben. Zu Recht haben Sie die GRÜNEN im Zusammenhang mit den Mehrausgaben nicht genannt; denn unsere Anträge sind gegengerechnet.

Auch wir wünschen dem Herrn Ministerpräsidenten alles Gute für die anstehenden Verhandlungen zum Länderfinanzausgleich. Es ist jetzt wirklich an der Zeit, die Klage gegen den Länderfinanzausgleich zurückzuziehen; denn sie ist so etwas von unsinnig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe mich gemeldet, als Sie sich über den Pensionsfonds ausgelassen und mich dabei namentlich erwähnt haben. Sie müssen doch zugeben, dass auch die Staatsregierung und die CSU-Fraktion inzwischen die Unsinnigkeit eingesehen haben: Erst wird 2008 endlich ein Gesetz zur Vorsorge für Beamtinnen und Beamten geschaffen, und sechs Jahre später wird es schon wieder eingestampft.

Wir haben hier eine konservative Rechnung aufgestellt. Genau kann man das Ganze aber gar nicht errechnen, weil nämlich, wie auch Ihnen bekannt ist, die Verwaltung mehrfach gesagt hat: Wir wissen gar nicht, für wie viele neu eingestellte Beamte und Beamtinnen welche Summe in den Fonds zurückgelegt werden müsste.

Da weiß ich noch, dass Ihr Spruch lautete: Eigentlich kann das Ministerium doch besser im Ausschuss – – So ungefähr haben Sie es jedenfalls gesagt. Wörtlich zitiert ist das vielleicht nicht; aber Ihr Grinsen bestätigt meine Vermutung. Das Ministerium kann uns also gar nicht sagen, für wie viele Menschen nach dem alten Gesetz welche Summe zurückgelegt werden müsste. Nichtsdestoweniger haben wir konservativ gerechnet, dass damit eine Unterfinanzierung von 2 Milliarden Euro im Beamtenpensionsfonds vorhanden wäre.

Wenn man von Ihrem derzeitigen Schuldenstand ausgeht und die Unterfinanzierung nur im Beamtenpensionsfonds einrechnet – ich rede da gar nicht von den Straßen und von anderem –, dann kommt man zu einem Schuldenstand in Höhe von 32 Milliarden Euro, noch bevor Sie das Tilgen überhaupt angefangen haben. Das ist das Erste.

Das Zweite ist: Durch die Schuldentilgung werden durchaus Zinsen erspart. Das geben wir zu. Das ist auch in Ordnung. Wenn man dieses Modell wählen will, dann sollte man jedoch ehrlich sein und transparent vorgehen und die Zinsen, die dadurch erspart werden, gefälligst in den Pensionsfonds oder in die Pensionsrücklage stecken und nicht einfach im Haushalt verfrühstückten, so wie es jetzt passiert. Darum meine Aufforderung: Stecken Sie die ersparten Zinsen bitte in die Rücklage.

Peter Winter (CSU): Frau Kollegin Stamm, ich sage immer das, was ich für richtig halte. In diesem Fall sage ich: Ein Blick in den Haushalt genügt. Dort sind 2,8 Milliarden Euro für die Pensionsvorsorge ausgewiesen. Wir fahren doppelgleisig; das heißt, mit der Rückführung der Schulden werden die frei werdenden Zinsen für die Pensionsrückstellungen frei.

Ich frage mich: Was gibt es denn dagegen einzuwenden? Das ist ein vorausschauendes Konzept. Darunter verstehen wir eine nachhaltige Haushaltspolitik. Warum Sie immer wieder dieses Beispiel anführen und in Ihrer Pressemitteilung auch noch verlauten lassen, dass die Pensionsvorsorge gestrichen worden sei, das können Sie mir beim besten Willen nicht erklären.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor uns liegt ein Haushalt mit Rekordeinnahmen. Ich möchte einmal den Vergleich ziehen zu 2008, als wir in den Land-

tag eingezogen sind: Wir haben aktuell 30 % mehr Einnahmen zur Verfügung als seinerzeit 2008. Deswegen richte ich gleich zu Beginn einen herzlichen Dank an die Menschen, die hierfür verantwortlich sind: die Steuerzahler, die Arbeitnehmer, die Unternehmer, die Menschen, die dafür sorgen, dass wir Geld verteilen können.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich hoffe, das bleibt auch so. Solche Fehler, wie sie sich die Bayerische Staatsregierung geleistet hat, als sie zuschaute, wie das Vorzeigeunternehmen KUKA an die Chinesen ging, sollte man sich nicht häufiger leisten; denn sonst wird es bald vorbei sein mit den Rekordeinnahmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich bin aber sehr wohl der Meinung, Herr Staatsminister, dass wir jetzt endlich einmal diejenigen entlasten müssten, die Jahr für Jahr mehr Steuern bezahlen und die Jahr für Jahr darunter leiden, dass es über die kalte Progression jedes Jahr zu einer Steuererhöhung kommt.

Herr Kollege Winter, da muss ich Ihre Kritik schon zurückweisen, übrigens auch im Namen von Staatsminister Söder; denn wenn Sie uns hier kritisieren, kritisieren Sie auch ihn. Wir verfolgen hier nämlich die absolut gleichen Ziele.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Ha! Ha! Nehmen Sie sich nicht so wichtig, Herr Kollege!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, Sie fragten nach dem Volumen unserer Änderungsvorschläge und nach der Gegenfinanzierung. Hätten Sie beim letzten Mal aufgepasst, dann wüssten Sie, dass wir sehr wohl Vorschläge gemacht haben. Passen Sie deswegen dieses Mal gut auf, damit Sie beim nächsten Doppelhaushalt nicht wieder einen solchen Unsinn über die Vorschläge der FREIEN WÄHLER erzählen.

(Zuruf von der CSU: Das war die Wahrheit!)

Das Volumen der Änderungsanträge für 2017 beträgt 1,5 Milliarden Euro, für 2018 beträgt es 1,7 Milliarden Euro. Die Gegenfinanzierung kann ich Ihnen gleich sagen; sehen Sie einfach in den Haushalt und vor allen Dingen in den Haushaltsvollzug. Der Haushaltsvollzug der Jahre 2010 bis 2014 zeichnete sich dadurch aus, dass er um zwei bis drei Milliarden Euro über dem lag, was veranschlagt war. Das heißt, wenn die Haushalte ehrlich aufgestellt worden wären, hätte man damals schon einen Überschuss gehabt. Zwei bis drei Milliarden Euro Mehreinnahmen, allein das reicht aus, um unsere Änderungsvorschläge mehr als nur zu finanzieren.

(Peter Winter (CSU): Ich hatte nach Einsparvorschlägen gefragt!)

Aber ich habe sehr wohl noch einen weiteren Bereich, die Einsparungen; Sie müssten nur ein wenig geduldiger sein, Herr Kollege Winter. Es gibt einen Einsparungsposten, Herr Staatsminister: den Länderfinanzausgleich. Da müsste man aber endlich liefern, und dafür ist nicht die Opposition verantwortlich, sondern dafür sind die verantwortlich, die an der Regierung sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben die Klage unterstützt, weil wir der Auffassung sind, dass diese Klage ernst gemeint ist und sie sich dann auch auf eine substantielle Argumentation stützen muss. Wir zahlen 5,4 Milliarden Euro. Wenn das sittenwidrig ist oder über unsere Verhältnisse geht, kann es hier nicht um ein Volumen von 10 % gehen, weil 10 % Rundungsgrößen wären. Wenn der Länderfinanzausgleich verfassungswidrig wäre, dann müssten wir sicherlich das Doppelte von dem zahlen, was gerechtfertigt wäre, und hätten dann ein Einsparvolumen von 2,7 Milliarden Euro. Ansonsten werden Sie eine Klage nicht schlüssig begründen können; denn wegen 500 Millionen Euro hin oder her ist ein Länderfinanzausgleich sicher nicht vom Bundesverfassungsgericht zu korrigieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trauen Sie sich doch, Herr Staatsminister! – Seit wie vielen Jahren sprechen wir über diesen Länderfinanzausgleich? – Trauen Sie sich, seien Sie so kraftvoll, wie Sie es in den Medien und nach außen immer verkörpern, und lösen Sie dieses Problem! Für die weitere Karriereplanung wird das sehr förderlich sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, richtige Haushaltspolitik heißt richtige Schwerpunktsetzung für die Zukunftsfähigkeit Bayerns. Dafür sind wir angetreten, dafür sind wir hier im Bayerischen Landtag. Ich will Ihnen auch sagen, wo unsere Fraktion die Schwerpunkte setzt.

Der erste und wesentliche Schwerpunkt ist eine Wende zur Stärkung der Kommunen. Wir haben die Kommunalmilliarde versprochen, und wir halten Wort.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen zu stärken heißt auch, deren Finanzkraft zu stärken. Wenn man von Verschuldung spricht, kann man nicht nur den Freistaat als Insel der Seligen preisen, sondern muss die Kommunen in das Gesamtkonstrukt mit hineinnehmen; denn der Freistaat Bayern ist Treuhänder für die Einnahmen der Kommunen, die er im Rahmen des FAG gerecht an die Kommunen zu verteilen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Hier wollen und müssen wir mehr Schwerpunkte setzen; denn das, was wir hier, in Berlin oder in Brüssel alles an Segnungen, an tollen Programmen beschließen, müssen die Menschen vor Ort, die Ehrenamtlichen, die Vereine, die Verbände in den Kommunen umsetzen. Die Menschen vor Ort gestalten die Zukunft, nicht wir hier im Maximilianeum. Wir setzen nur die Rahmenbedingungen, ausführen müssen das aber die Menschen vor Ort, und dafür benötigen sie Geld und Mittel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Warum ist denn Bayern besser als andere Bundesländer? – Das liegt nicht an der Bayerischen Staatsregierung, sondern daran, dass wir in Bayern gewachsene Strukturen und ein gutes Miteinander haben. Wir sind dafür verantwortlich, dass das bestehen bleibt.

Ich will Ihnen das an einem ganz wesentlichen Beispiel darstellen: Die Integration ist für die Kommunen die Herkulesaufgabe schlechthin. Wir haben zwar keine bundespolitische Verantwortung, aber wir müssen uns darum kümmern, dass die Menschen, die nun einmal hier sind, gut aufgenommen und gut betreut sowie Bestandteil unserer Gesellschaft werden. Wo sind denn die großen Verfechter der Leitkultur? – Ich habe nichts gegen diesen Begriff; aber wer vermittelt denn diese Leitkultur? Sie in ein Gesetz zu schreiben ist schön und recht, dann aber zu sagen: "Macht mal!", geht so nicht.

Wir müssen die Leitkultur oder die Grundwerte – egal, wie Sie es nennen – den Menschen vermitteln, damit sie die Chance und die Möglichkeit haben, belebende Elemente unserer Gesellschaft zu werden. Der Ministerpräsident – er ist jetzt nicht da – hat große Pläne, die einen von Berlin nach München und die anderen von München nach Berlin zu schieben. Ich hoffe nur, dass er uns mit Herrn Scheuer verschont; denn ich sage Ihnen eines: Für einen, der im Kirchen- und im Fußballverein ist, brauchen wir nicht viel Geld für Integration. Wenn einer in der Kirche, im Fußballverein ist und dann noch eine gute Arbeit hat, dann ist er für meine Begriffe das Idealbild eines Zuwanderers. Ich sage: Verschonen Sie uns mit Scheuer, sonst wird's teuer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir müssen in der Flüchtlingspolitik das reparieren, was eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung mit ihrer Flüchtlingspolitik 2015 verursacht hat. Die Kanzlerin hat gesagt: "Wir schaffen das!" Dieser Satz ist falsch. Wir auf der kommunalen Ebene müssen es schaffen. Wir haben uns den Aufgaben zu stellen. Wir können nicht sagen: Das Boot

ist voll, wir haben eine Obergrenze. – Nein, wir müssen uns mit den Themen auseinandersetzen, die uns gestellt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Finanzminister, für den nächsten Doppelhaushalt können Sie segensreich wirken, indem Sie als neuer Bundesinnenminister das BAMF und die Abläufe dort organisieren und dafür sorgen, dass bei jedem Flüchtling tatsächlich sechs Monate nach der Einreise feststeht – –

Wollen Sie eine Zwischenbemerkung machen?

(Staatsminister Dr. Markus Söder: Das machen wir, wenn Sie den Bundesverkehrsminister machen! – Heiterkeit bei der CSU)

Also, dann gehören wir einem gemeinsamen Kabinett an. Das kann durchaus lustig werden, Herr Kollege Söder. Ich freue mich darauf. – Bitte sorgen Sie dafür, dass sechs Monate nach der Einreise feststeht, wer bleiben kann und wer nicht. Sollten Sie nicht Bundesinnenminister sein, sondern Bayerischer Ministerpräsident werden, dann könnten Sie das wiederum Ihrem Bundesinnenminister Seehofer mit auf den Weg geben.

Ich sage Ihnen: In diesem Bereich müssen Sie endlich handeln, statt endlos zu reden. Wer fünf Jahre bellt, wird heiser und nicht mehr gehört.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die CSU hat in der Flüchtlingspolitik gute Arbeit geleistet, aber leider nur im PR-Bereich. Sie haben so viele Säue durchs Dorf getrieben, dass man leider den Überblick verloren und nicht bemerkt hat, dass den Ankündigungen keine Taten folgten. Was ist denn mit der Klage gegen die Bundesregierung wegen der Flüchtlingspolitik? Hat sie sich auf dem Weg nach Karlsruhe verirrt? Wurde sie vielleicht von Kretschmanns Beamten abgefangen? Ich weiß es nicht. Sie haben lange und laut getönt, und noch

heute sagen Sie: Die Flüchtlingspolitik passt nicht. Von der Klage hat man aber nie wieder etwas gehört.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die zweite Kernforderung betrifft die innere Sicherheit. Hier attestiere ich, dass sich die Staatsregierung bewegt hat. Stoiber hat versucht, die Polizei kaputtzusparen. Was Stoiber betrifft, haben Sie rechtzeitig die Reißleine gezogen. Was den Haushalt betrifft, haben wir die Staatsregierung jetzt endlich nach hartnäckigen Bemühungen – hier danke ich den Kollegen Hanisch und Gottstein im Innenausschuss und den Kollegen Streibl und Meyer im Rechtsausschuss – dazu gebracht, dass im Haushalt genügend Personal berücksichtigt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was allerdings noch fehlt, sind ausreichend Stellen bei den Verwaltungsgerichten zur Bewältigung der Asylverfahren. Es gehört auch zu einer kurzen Verfahrensdauer, dass man ausreichend viele Asylrichter hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das sind rentable Investitionen, sowohl im Hinblick auf die Kosten als auch auf die Menschlichkeit. Es ist menschlich, einem Flüchtling nach sechs Monaten zu sagen, ob er bleiben kann oder nicht. Deswegen ist die Investition in mehr Verwaltungsrichter eine richtige Investition.

Ich hatte bereits von der Asylmilliarde gesprochen und komme nochmal darauf zurück. Die Frage ist: Wie gliedert sich diese Asylmilliarde auf? – Für die Jahre 2017 und 2018 werden für die Bezirke jeweils 150 Millionen Euro für die Kosten der Unterbringung unbegleiteter Volljähriger über 18 Jahren veranschlagt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur Erhöhung der FAG-Mittel: Die FREIEN WÄHLER wollen, dass 15 % der Schlüsselmasse an die Kommunen gehen. Es gilt das Versprechen: Sobald wir an der Regierung beteiligt sind, werden wir das zu einer unverhandelbaren Forderung machen. Aktuell gehen wir schrittweise vor. Momentan gehen 12,75 % an die Kommunen. Für

2017 fordern wir eine Erhöhung auf 13,5 % und für 2018 auf 14,25 %. Nach der nächsten Landtagswahl – wenn wir dann eine Regierungsbeteiligung haben – soll es eine Erhöhung auf 15 % geben. Das bedeutet 242,5 Millionen Euro mehr für 2017 und 522 Millionen Euro für 2018.

Des Weiteren wollen wir für den Bauunterhalt und die Barrierefreiheit jeweils 55 Millionen Euro mehr einstellen. Außerdem wollen wir mehr Mittel einstellen für die Erhöhungen aus den Leistungen aus dem ÖPNV-Gesetz, nämlich jeweils 215 Millionen Euro, für die Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen je 70 Millionen Euro, für die Schülerbeförderung je 105 Millionen Euro, für ein Sonderinvestitionsprogramm für kommunale Schwimmbäder je 15 Millionen Euro und schließlich für die Erhöhung des Kfz-Steuerverbundes für den kommunalen Straßenbau je 97 Millionen Euro. Dies bedeutet, Stichwort Kommunalmilliarde, 950 Millionen Euro für 2017 und 1,23 Milliarden Euro für 2018.

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Kommunen ist ein Meilenstein und ein wesentlicher Markstein für unsere zentrale Forderung nach gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich kann mich noch sehr gut an die Zeit erinnern, als Edmund Stoiber die Regentschaft führte. Er hat immer gesagt, München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest ist Bayernliga. Das muss umgekehrt werden.

Herr Staatsminister Söder, ich gebe Ihnen recht, die Bayerische Staatsregierung bewegt sich, wenn auch noch zu langsam. Ich darf aber feststellen: Wir haben gut angetrieben, und langsam läuft die Staatsregierung. Aber – wie bereits gesagt – wir müssen noch schneller laufen; denn die Orientierung an gleichwertigen Lebensverhältnissen ist auch ein Garant für die Zukunftsfähigkeit dieses Landes.

Ich bedanke mich sowohl bei der CSU-Fraktion als auch bei der SPD-Fraktion dafür, dass wir am Ende der letzten Legislaturperiode gemeinsam die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Bayerischen Verfassung verankern konnten. Ich erwarte, dass wir diesen Verfassungsgrundsatz auch mit Leben füllen.

Was brauchen wir, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern zu schaffen? – Neben der Stärkung der Kommunen brauchen wir eine Stärkung der Verkehrsinfrastruktur. Hier gebe ich dem Kollegen Güller ausdrücklich recht. Gleichwertige Lebensverhältnisse und eine bessere Lebensqualität der Menschen bedingen nun einmal die Verkehrsinfrastruktur, und zwar sowohl für den Individualverkehr als auch den öffentlichen Personennahverkehr und den Fahrradverkehr. Deswegen brauchen wir mehr Geld für den Staatsstraßenbau. Wir brauchen aber auch mehr Personal bei den Staatlichen Bauämtern und bei den Autobahndirektionen, um die Vorgaben des Bundesverkehrswegeplans zügig umzusetzen. Das muss auch eine wesentliche Aufgabe der Landespolitik sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch beim nächsten Punkt kann ich mich dem anschließen, was der Kollege Güller gesagt hat. Wir brauchen wesentlich mehr Investitionen in den Wohnungsbau. Hier sind die Investitionen in den letzten Jahren tatsächlich stark gesenkt worden.

Natürlich müssen wir diesen Bereich beleben, und zwar nicht nur wegen der Integration von Neubürgern, sondern auch wegen der einheimischen Bevölkerung. Es kann nicht sein, dass durch ein Unterangebot an Wohnungen die Preise steigen. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, und zwar insbesondere in den Metropolen, aber nicht nur in den Metropolen, sondern in ganz Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich erkennen wir an, dass sich in diesem Bereich etwas getan hat. Aber, Herr Staatsminister Söder, sich selbst zum Gegenstand der Schöpfungsgeschichte zu machen und zu sagen, am Anfang war fast nichts da,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Am Anfang war Söder!)

und nach sieben Tagen ist dann die Welt erschaffen worden,

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Durch Söder!)

das ist schon ein bisschen dick aufgetragen. Mit Ihren Parteifreunden waren wir immer sehr kritisch. Aber so herabsetzen muss man die Vorgänger auch nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir erkennen an, dass am Anfang etwas da war und dass Sie mit unserer Unterstützung mehr daraus gemacht haben. Aber ganz so pathetisch sollten Sie es nicht ausdrücken.

(Zuruf von der CSU: Auf welchem Planeten lebst du? – Zuruf des Abgeordneten Karl Freller (CSU))

– Herr Kollege Freller, Sie gehören auch zu denen, die er gemeint hat. – Die Themen Soziales und Bildung sind natürlich auch wesentliche Eckpfeiler für gelingende Integration. Hier möchte ich zwei Dinge herausgreifen. Das eine ist, wir müssen größere Anstrengungen im Bereich der frühkindlichen Bildung entwickeln. Auch hier hat sich schon etwas getan, aber es ist noch nicht genug. Wir müssen noch besser werden. Wenn wir Fehlentwicklungen in den jungen Jahren vermeiden können, müssen wir in späteren Jahren nicht doppelt oder dreifach für deren Korrektur bezahlen.

Zum anderen möchte ich – leider ist die Staatsministerin Müller nicht mehr da – an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten aus dem Jahr 2013 erinnern. Das Jahr 2023 ist nicht mehr allzu fern, und im Jahr 2023 sollte demnach ganz Bayern barrierefrei sein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier noch ein paar Schwerpunkte setzen. Barrierefreiheit hat nicht nur etwas mit Behinderung zu tun. Die Barrierefreiheit dient auch Senioren. In einer alternden Gesellschaft müssen Senioren stärker berücksichtigt werden. Dazu gehört ganz zentral die Barrierefreiheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, als Nürnberger sind Sie natürlich allkompetent, auch im Bereich der Landwirtschaft. Das Höfesterben in der Stadt Nürnberg ist wahrscheinlich überschaubar. In ganz Bayern ist das Höfesterben ungebremst weitergegangen. Leider befinden wir uns schon auf dem Weg zu Agrarfabriken. Leider sind wir dabei, die kleinbäuerliche Landwirtschaft aufzugeben. Das wollen wir nicht. Wir wollen Lösungen statt warmer Worte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich ist es gut, die Mittel für das Kulap zu erhöhen. Herr Staatsminister, als Unternehmer und wirtschaftsaffiner Mensch sind Sie sicher mit mir einer Meinung, dass eine vernünftige und auskömmliche Bezahlung für die erzeugten Produkte der Schlüssel ist. Die Lösung besteht nicht in der Zahlung irgendwelcher Gelder, die am Ende dazu führen, dass die Kasse doch stimmt. Wir müssen dort ansetzen, wo das Problem liegt. Das sind die Preise, die für die Erzeugnisse bezahlt werden. Dafür brauchen wir eine Lösung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern muss für die Zukunft fit gemacht werden. Unsere Haushaltsanträge tragen dazu bei. Ich freue mich auf gute Haushaltsberatungen. Herr Vorsitzender, ich hoffe, dass die Beratungen den Charakter der Ernsthaftigkeit bewahren.

(Peter Winter (CSU): Das liegt an euch!)

Alle Anträge, egal, von wem sie kommen und ob einem die Farbe passt, sollten ernsthaft und unvoreingenommen diskutiert und abgewogen werden. In der Vergangenheit hat man alles, was von der anderen Seite kam, in Bausch und Bogen verdammt. Wahrscheinlich hat man die Anträge noch nicht einmal gelesen. Als Gipfel des Gan-

zen hat die CSU-Fraktion auf ihre Fraktionsreserve verwiesen. Ich weiß nicht, an welcher Stelle die Reserve in der Verfassung steht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man darf noch ein paar Kleinigkeiten hier und da verteilen, damit jeder zufrieden ist. Wenn wir das Budgetrecht des Landtags ernst nehmen, müssen wir diejenigen sein, die unvoreingenommen und sachlich über den Haushalt diskutieren. Den Anträgen, die man für richtig hält, sollte man zustimmen. Die Anträge, die man für falsch hält, sollte man ablehnen. Man sollte nicht wie früher bei der KPdSU als Einheitspartei eine Einheitsmeinung vertreten und einen Einheitshaushalt beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU: Oh! – Kerstin Schreyer (CSU): Das ist unverschämt!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tragen Sie dazu bei, einen Haushalt für den Freistaat, für die Kommunen und für die Menschen aufzustellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Kollegin Claudia Stamm.

Claudia Stamm (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! An dieser Stelle hätte ich gerne den Herrn Ministerpräsidenten begrüßt, auch wenn ich weiß, dass er an wichtigen Verhandlungen teilnimmt. Er hat in der letzten Plenarsitzung im Rahmen seiner Regierungserklärung bereits den Haushalt eingebracht, bevor der Haushalt überhaupt diskutiert worden ist. Wir dürfen bereits zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode erleben, dass sich eine Regierungserklärung schon vor der Ersten Lesung im Landtag mit dem Haushalt befasst.

Aber ja, es stimmt: Bayern steht haushalterisch und zahlenmäßig gut da. Sie haben jedoch den Anspruch aufgegeben, den Haushalt zu gestalten. Wahrscheinlich hatten Sie diesen Anspruch noch nie. Warum sage ich das, wenn Bayern so gut dasteht? – Sie können klagen, nochmals klagen oder eine Klage androhen. Sie klagen gegen Koalitionspartner. Verzeihen Sie, aber Politik ist das nicht. Zunächst einmal bedeutet Politik, Konzepte zu erarbeiten und in den Dialog zu treten. Man sollte um die besten Ideen ringen. Ihr Job wäre gewesen, mit Ihren Koalitionären um den richtigen Weg zu ringen. Sie sollten keine öffentlichen Schlachten ausfechten. Vor allem sollten Sie nicht beständig in Karlsruhe klagen oder mit einer Klage drohen.

Als bestes Beispiel eignet sich der Länderfinanzausgleich, über den wir heute schon geredet haben. Diese Klage ist überflüssig, überflüssiger und am überflüssigsten. Es ist nicht glaubwürdig, gleichzeitig zu verhandeln und in Karlsruhe zu klagen. Hoch und runter die gleiche Litanei: Der Länderfinanzausgleich sei ungerecht, Bayern müsse zu viel zahlen. Ja, es stimmt: Auf der Grundlage des geltenden Gesetzes muss Bayern in diesem Doppelhaushalt wieder mehr zahlen. Das Gesetz haben Sie jedoch verhandelt und verabschiedet. Wir sollten wieder mehr Sachlichkeit in die Debatte bringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf den Punkt gebracht: Sie wollen offenbar nicht gestalten. Hören Sie endlich auf mit dem Lamentieren. Wir GRÜNE sind auf Ihrer Seite, wenn Sie das System, das von den 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten ausgehandelt worden ist, endlich durchbringen. Die Idee ist gut und richtig. Damit würde man sich endlich von der Neiddebatte entfernen, die ständig geführt wird. Auch heute hat der Herr Finanzminister eine Neiddebatte gegen andere Bundesländer geführt. Sie als Mehrheitsfraktion hätten es in der Hand gehabt, früher ein tragfähiges Konzept für einen derzeit unwirksamen Länderfinanzausgleich zu erarbeiten und zu gestalten. Werden Sie endlich vernünftig, und ziehen Sie Ihre Klage zurück!

(Beifall bei den GRÜNEN – Zwiegespräch des Abgeordneten Wolfgang Fackler (CSU))

– Herr Fackler, ich freue mich, wenn Sie Ihre Gespräche beendet haben. – Sie und andere führende Personen in Ihrer Partei polarisieren anstatt zu gestalten. Das haben wir heute wieder erlebt. Der Herr Finanzminister hat sich öffentlich für den unsäglichen Tweet über Paris entschuldigt. Gleichzeitig steht er hier und verteidigt seinen Tweet. Das kann ich kaum fassen. Selbst Kirchenleute haben ihn in Schutz genommen, weil er sich entschuldigt hat. Nein, es wird wieder gespalten. Bedürftige Menschen werden gegen andere bedürftige Menschen ausgespielt, die Rentnerin gegen den unbegleiteten minderjährigen Flüchtling.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Haushalt ist wie jeder Haushalt zuvor ohne Konzepte und Ideen und will nicht gestalten. Der Haushalt basiert auf einem Gießkannenprinzip: überall ein bisschen mehr. Darf es noch ein bisschen mehr sein? Der Haushalt setzt keine Schwerpunkte und will nicht wirklich gestalten. Es nutzt keinem Kind, wenn Sie eine Transferleistung nach der anderen draufsatteln, sondern unseren Kindern nutzt eine gute vorschulische Bildung. Das zeigen alle Studien. Dies legt den Grundstein für Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Peter Winter (CSU): Das machen wir in Bayern!)

Sehr geehrter Herr Kollege Winter, wir schichten die Transferleistungen um. Unsere Vorschläge sind gegenfinanziert. Schichten Sie um, und investieren Sie in die Qualität von Kindertagesstätten! Mit diesem Haushalt steigen wir zum ersten Mal in die Beitragsfreiheit in Kindergärten ein. Dies ist nun finanziell mit diesem Haushaltsvolumen darstellbar. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist jedoch völlig falsch, in das letzte Kindergartenjahr zu investieren. Sie müssten das erste Kindergartenjahr beitragsfrei machen. Dort müssen Sie versuchen, Kinder mit Defiziten in der deutschen Sprache aufzufangen. Das wäre ein Weg in Richtung Chancengerechtigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist, dass es in diesem Haushalt nach wie vor heißt: Ideenlosigkeit in Schwarz, nichts Neues auf weiter Flur. Der Haushalt ist wieder mit einem Finanzierungssaldo aufgestellt. Die Einnahmen decken eben nicht die Ausgaben. Das ist vorhin anders gesagt worden. Wiederum schrumpfen die Rücklagen. Schwarz auf weiß heißt es in Ihren offiziellen Angaben, dass die Rücklagen von 6 Milliarden Euro im Jahr 2015 auf 1,5 Milliarden Euro schrumpfen.

Wieder sorgt der Staat nicht genug für die Pensionen seiner Beamtinnen und Beamten vor. Wie absurd das ist, hatten wir vorhin schon kurz in der Diskussion gehört. Schon 2008 haben CSU und Staatsregierung eingesehen: Man muss etwas für die Pensionsvorsorge tun, sonst gibt es einen Riesenberg verdeckter Verschuldung. Es war eigentlich schon viel zu spät. Aber keine sechs Jahre später wird genau dieses System wieder eingestampft, und Sie wollen angeblich bis 2030 alle Schulden tilgen. Dazu Folgendes:

Wenn man so wie Sie die Schulden ohne die Schulden der Landesbank berechnet – Sie rechnen die Schulden der Landesbank gar nicht mit ein – und in Ihrem Tempo tilgt, sind wir trotzdem erst im Jahr 2054, nicht im Jahr 2030 so weit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn man die Schulden der Landesbank mit hineinrechnet – das wäre, glaube ich, ziemlich legitim –, dann sind wir bei diesem Tempo im Jahr 2072. Also wird es nichts mit der Schuldentilgung bis 2030.

Wenn man schon Ihren Plan verfolgt, müssten Sie wenigstens die Zinsen, die durch diese Schuldentilgung frei werden, in die Pensionsrücklage stecken, anstatt auch die noch einfach im Haushalt verschwinden zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Haushaltsentwurf will den kommenden Generationen einfach Gestaltungsspielraum lassen, Stichwort Generationengerechtigkeit; denn unseren Kindern einen Staatshaushalt mit dieser Unterfinanzierung für die Zahlung der Pensionen zu hinterlassen, ist einfach nur verantwortungslos.

Sehr geehrte Staatsregierung, wenn wir jetzt die Schulden und das Minus in der Pensionsrücklage nehmen, dann sind wir exakt bei dem Schuldenstand, den wir hatten, als Sie angefangen haben zu tilgen, nämlich bei 32 Milliarden Euro. Und sorry: Dafür wollen Sie sich doch nicht ernsthaft feiern lassen, wenn Sie doch beim gleichen Schuldenstand sind wie damals, als Sie angefangen haben zu tilgen, oder? – Also, Ihr Entwurf zum Staatshaushalt 2017/2018 heißt in Kurzform: volle Kassen, aber keinerlei Wille zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig erleben wir ein Phänomen beim Finanzminister, das wir auch heute wieder gesehen haben, seine Vorgehensweise: einfach mal populistisch platt draufhauen, ohne zu schauen, was die Folgen sind. Wir kennen schon die Schelte auf Mario Draghi, den Chef der Europäischen Zentralbank, die es auch heute wieder gegeben hat: heftig draufhauen; er geht ans Sparbuch der armen Frau, er geht an das Konstrukt der Sparkassen. – Das mag ja alles stimmen, aber gleichzeitig verschweigt der Finanzminister, dass er von genau dieser Zinspolitik profitiert, und zwar nicht wenig.

(Peter Winter (CSU): Was soll denn das? – Hans Herold (CSU): Keine Ahnung, die Frau!)

Das heißt: Im Jahr 2008 hatten wir Zinsausgaben in Höhe von 930 Millionen Euro; am Ende dieses Doppelhaushaltes, im Jahr 2018, sind wir bei 370 Millionen. Genau dieses Zinersparnis aufgrund der absolut schlimmen, immer wieder gescholtenen Politik von Mario Draghi verschwindet einfach so im Haushalt. Trotzdem kann die CSU ihren Haushaltsentwurf nur mit einem kräftigen Griff in die Haushaltsrücklage von mehr als einer Milliarde Euro finanzieren. So viel will die CSU vom Sparbuch Bayerns abheben.

Dass Ministerpräsident Seehofer zur gleichen Zeit die größte Steuersenkung aller Zeiten verspricht, lieber Peter Winter, ist genauso wenig seriös wie ein Steuerkonzept der FREIEN WÄHLER.

(Beifall bei den GRÜNEN – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir haben eben ein anderes Weltbild als Sie!)

Es zeigt, wie wenig faktenorientiert die CSU daherredet. Doch, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, eines kann ich Ihnen versprechen: Es bleibt nicht bei diesem Haushaltsentwurf. Ich habe zwar erst ein Wahljahr hier in diesem Hohen Haus erleben dürfen, aber ich kann Ihnen versprechen: Im Wahljahr wird der Nachtragshaushalt nochmal massiv und kräftig ansteigen,

(Peter Winter (CSU): Ja, wenn es notwendig ist!)

weil landauf, landab die Wahlgeschenke verteilt werden müssen. An dieser Stelle sage ich: Hören Sie endlich damit auf, Bedürftige gegen Bedürftige auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich möchte noch einmal daran erinnern: Der Nachtragshaushalt für das Wahljahr 2013 ist um 7 % gestiegen – 7 %! 2013 war das, lange, bevor die vielen Geflüchteten bei uns angekommen sind. Hören Sie auf, die Rentnerin gegen einen minderjährigen Geflüchteten auszuspielen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Sie etwas für die arme Rentnerin tun wollen, dann schaffen Sie mit uns gemeinsam das Ehegattensplitting ab, am besten morgen mit Bestandsschutz. Da sind wir dabei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Also: Obwohl dieser Haushalt bereits jetzt in den Ausgaben wahllos ansteigt, bleiben weitere und wirklich wichtige zukunftsweisende Projekte wie Energiewende und Klimaschutz massiv unterfinanziert. Ideenlosigkeit in Schwarz. Dem Haushalt fehlt eine Ausrichtung in die Zukunft. Wo ist denn Ihre Energiewende? – Tatsächlich – schade, Frau Aigner ist jetzt nicht da – gibt es mehr Beamte im Ministerium. Das ist doch lächerlich. Wir wissen, wie Energiewende geht. Sie müssen sie umsetzen. Wir brauchen keine Beamten im Ministerium, um die Energiewende umzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleichzeitig werden Investitionen in Energiewende und Klimaschutz sträflich vernachlässigt. Wo ist denn die dringend notwendige Förderung ökologischer Landwirtschaft? – Die Nachfrage nach Bioprodukten steigt jedes Jahr. Das wissen wir alle. Bayern schafft es nicht mal, die Nachfrage nach Biomilch zu decken. Bei konventioneller Milch haben wir eine Überproduktion von 170 %. Was machen Sie in Ihrem Haushaltsentwurf? – Nichts, null Komma null. Hier wollen wir von der konventionellen Landwirtschaft in die Biolandwirtschaft umschichten, auch bei der Vermarktung. Wir setzen nicht auf den massenhaften Export konventioneller Produkte. Wir wollen mehr Bio für Bayern.

(Peter Winter (CSU): Mehr Biobier!)

Die Nachfrage ist in Bayern da.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie wollen Sie Verkehrsprobleme in den bayerischen Ballungszentren lösen, etwa mit einem einzigen Projekt, nämlich der Stammstrecke in München, mit dem zweiten Tunnel? Und wie wollen Sie dann irgendwo im Land noch etwas finanzieren? Es ist völlig unsinnig, so an die Verkehrsprobleme in der Fläche heranzugehen, sie etwa mit einer dritten Startbahn für München zu lösen oder mit der Förderung des Nahluftverkehrs, die immer noch im Haushalt steht. Auch diese muss gestrichen werden. Natürlich

brauchen wir mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr, für Investitionen in der Fläche, genau da brauchen wir es, um gleichwertige Verhältnisse in Bayern schaffen zu können. Der Radverkehr muss viel mehr gefördert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind zwei wichtige Punkte, die einfach mal im Haushalt umgesetzt werden müssen.

Wo ist Ihre Offensive für den Wohnungsbau? – Das ist wirklich eines der drängendsten Probleme. Sie haben es zumindest jahrelang, man kann schon fast sagen: über Jahrzehnte, verschlafen und gehen es jetzt leider wieder nur halbherzig an. Der Bund stellt für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich pro Jahr knapp 200 Millionen Euro zur Verfügung. Was machen Sie? – Sie kürzen die Landesmittel von rund 154 Millionen Euro auf gut 80 Millionen Euro und untergraben damit das Ziel, ausreichend bezahlbaren Wohnraum in Bayern zu schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber bei dem Thema Wohnen sind Sie wahrscheinlich zurzeit recht empfindlich; das würde ich auch verstehen. Erzählen wir die Geschichte doch mal von Anfang an – kurz; denn nachher kommt noch unser Dringlichkeitsantrag dazu. Aber weil Sie bei der Landesbank ein totales Desaster herbeiführen, muss man angeblich – das ist noch als "angeblich" zu sehen – die quasi staatseigenen Wohnungen verkaufen, die GBW. Aber wie Sie das handhaben, Herr Finanzminister, Sie als jemand, der sehr interessiert an soliden Einnahmen für unser Land sein müsste, wie Sie das so handeln, wenn internationale Konzerne oder ein Konsortium wie im Fall der GBW auf Steuervermeidung aus sind, ist auf jeden Fall erklärungsbedürftig. Bei Apple haben Sie schon öffentlich bekundet, dass Sie vollstes Verständnis für diese Haltung haben. Aber dann wären Sie als Finanzminister völlig fehl am Platz. Sie sind nicht Sprecher von Wirtschaftsunternehmen, sondern Sie müssen zusehen, dass ein jeder und eine jede seine bzw. ihre Steuern anständig zahlt. Damit würden Sie für Gerechtigkeit sorgen.

Beim Thema Steuergerechtigkeit gibt es – ich gebe es zu – auch etwas Positives: Sie haben endlich befolgt, was die Oppositionsfraktionen jahrein, jahraus, tagein, tagaus gesagt haben, und endlich mehr Anwärterstellen im Bereich der Finanzverwaltung ausgebracht. Es wurde aber auch Zeit. Wir haben heute schon gehört, dass es auch mehr Polizisten gibt. Ja, jetzt sind wir bei dem Stand, den wir hatten, bevor Stoiber den Sparkurs eingeschlagen und den ganz großen Rotstift angesetzt hat. Jetzt sind wir erst wieder bei dem, was damals eingespart wurde. Jetzt haben wir wieder mehr Lehrkräfte. Alles richtig, aber warum erst jetzt? – Vor allem frage ich mich: Kann sich noch jemand daran erinnern, wie es war, als Ministerpräsident Seehofer 2013 seine erste Regierungserklärung in dieser Legislaturperiode abgegeben hat? Hier war er gestanden – dort oben saß der Chef des Beamtenbundes – und hat fast schon drohend nach oben gesagt: Lieber Herr Habermann, in dieser Legislaturperiode wird es keine einzige neue Stelle geben. Kann sich daran noch jemand erinnern? Ich kann mich daran noch ziemlich gut erinnern, und ich habe auch gesehen, wie Herr Habermann, der Chef des Beamtenbundes, reagiert hat. Aber so war es nicht, und es ist auch gut, dass es nicht so war, weil wir die Stellen brauchen. Aber dann müssen Sie endlich auch richtig für die Beamtenpensionen vorsorgen.

Was wir vor allem nicht brauchen, sind 700 zusätzliche Stellen, damit ein selbsternannter Heimatminister seinen Plan durchbringen kann, Teilbehörden irgendwohin ins Land zu bringen. Fakt ist: Die Beamtinnen und Beamten wollen nicht dorthin ziehen, und Sie müssen 700 Stellen zusätzlich schaffen, damit dieser Plan umgesetzt werden kann. Das ist ein Armutszeugnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir schichten natürlich auch diese Stellen zu etwas Sinnvollem um. Es ist wirklich erschreckend, dass Sie mit so viel Geld so wenig anfangen können.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, jetzt spreche ich noch einen Punkt an, bei dem gerade die Sozialpolitikerinnen und -politiker unter Ihnen, wie ich finde, eigentlich

nur peinlich berührt sein können. Wir sprechen von einem Haushaltsvolumen von 58 Milliarden Euro; 58 Milliarden Euro enthält der Haushalt 2017. Aber Sie schaffen es nicht, die Kürzungen im Landesbehindertenplan – er betrifft ältere Menschen mit Behinderung –, die es einmal gab, auszugleichen. Wir sprechen bei 58 Milliarden Euro von 3 Millionen Euro, die Sie immer noch nicht aufbringen wollen. Ich finde, das muss Ihnen unangenehm sein; etwas anderes kann ich mir nicht vorstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir strukturieren den Haushalt um, zum Beispiel bei dem Unsinn weiterer Transferleistungen wie des Betreuungsgeldes. Da wird Geld dafür ausgegeben, dass jemand eine öffentliche Einrichtung nicht in Anspruch nimmt. Wenn jemand nicht in die Oper geht, geben wir ihm in Zukunft auch Geld dafür, dass er nicht in die Oper geht. Wir schichten dieses Geld um und stecken es in die frühkindliche Bildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hohe Ausgaben für neue Staatsstraßen und Subventionen für Unternehmen schichten wir zugunsten des Klimaschutzes um. Wir investieren ordentlich in solide Kommunalfinanzen und in Bildung. Wir schichten mit unserem grünen Entwurf um, auch wenn wir uns damit nicht bei jedem und jeder lieb Kind machen können und auch wenn Sie dann nicht einen eigenen Wahlkampf als Ministerpräsidentenkandidat führen können. Aber es ist auch nicht Aufgabe der Politik, überall lieb Kind zu sein, sondern unsere Aufgabe ist es, zu gestalten und Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen schichten wir das Geld um.

Wir schichten das Geld von den Transferleistungen um und stecken es in bessere Qualität im vorschulischen Bereich. Alle Studien zeigen, dass genau das der richtige Weg ist. Ich finde, Sie sollten endlich das Gleiche tun und nicht immer nur mangelnden Integrationswillen beschwören. Wir setzen in unserem Entwurf auf mehr Qualität und bessere Betreuung. Unser Haushaltsentwurf setzt auf Generationengerechtigkeit. Statt auf PR-mäßige Schuldentilgung mit falschen Versprechen und falschen Zahlen

zahlen wir in den Pensionsfonds, wie es das alte Gesetz vorgesehen hat. Wir setzen auf Nachhaltigkeit, und wir investieren ordentlich in die Energiewende. Da müssen wir den Kommunen unter die Arme greifen. Deswegen gibt es mehrere Sonderprojekte, -titel und -ideen. Wir sagen: Ihr Kommunen müsst jetzt wirklich Geld in die Hand nehmen, um eure Gebäude zu sanieren. Aber zusätzlich gibt es einen höheren Anteil am Steuerverbund für die Kommunen, langfristig 15 %. Wir setzen auf ein partnerschaftliches Miteinander mit den Kommunen und legen ihnen keine goldenen Zügel an.

Wir setzen auch auf unsere Kinder. Geld fließt sowohl in die Vorschule und eine bessere Schulversorgung als auch in ein besseres Angebot an Schulpsychologen und eine Extremismusprävention. Dafür haben Sie fast keine Landesmittel vorgesehen, sondern geben einfach nur das weiter, was der Bund zahlt. Wir setzen auf Mobilität abseits vom Auto, auf öffentlichen Nahverkehr und auf Radwege.

Ich fasse zusammen: Mit unserem Haushaltsentwurf denken wir an die Kinder von heute, die Erwachsenen von morgen, weil wir ihnen mit genug Vorsorge für den Bauunterhalt und die Beamten keinen riesigen Berg an verdeckter Verschuldung überlassen. Unser Haushaltsentwurf ist gegengerechnet, nachhaltig und generationengerecht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Mistol.

Jürgen Mistol (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Takte zu den Kommunal финанzen sagen. Heute war ja schon viel, ganz unbescheiden, von Rekorden die Rede. Doch Ihre Jubelgesänge auf einen Finanzausgleich der Superlative, verehrter Herr Söder, gehen ziemlich an der Realität vorbei, was man insbesondere sieht, wenn man genauer hinschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der kommunale Finanzausgleich wächst im Vergleich zum Vorjahr zwar um 3 % auf rund 8,8 Milliarden Euro. Aber es ist nicht alles Gold, was glänzt; denn der Finanzausgleich ist bei Weitem nicht so rekordverdächtig, wie es auf den ersten Blick erscheint. Erfreulich ist sicher, dass der Freistaat über die Verbundzuwächse hinaus 30 Millionen Euro frisches Geld zur Verfügung stellt; die restlichen 230 Millionen Euro stammen allein aus den sprudelnden Steuereinnahmen. Enttäuschend ist aber aus unserer Sicht, Herr Söder, dass Sie sich erneut der Forderung der Kommunen verweigern, ihren Anteil am allgemeinen Steuerverbund zu erhöhen. Er bleibt unangetastet bei 12,75 %. Wir GRÜNE sagen, das ist deutlich zu wenig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, die Kommunen sind die Garanten der Daseinsvorsorge. Handlungsfähige, finanziell gut ausgestattete Kommunen sind Voraussetzung für die Lebensqualität der Menschen und für einen attraktiven Wirtschaftsstandort. Der kommunale Finanzausgleich ist das Herzstück, um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen zu gewährleisten.

Wir haben vor der Sommerpause im Innenausschuss über ein Antragspaket der SPD für einzelne kommunale Fördervorhaben diskutiert. Wir waren im Gegensatz zur SPD der Meinung, dass kleinteilige Förderprogramme nicht richtig sind, und die Kollegen von der CSU haben ihre Ablehnung so ungefähr damit begründet, dass dafür der allgemeine Steuerverbund zur Verfügung steht. Aber den muss man dann natürlich erhöhen, und das ist damals von den Kollegen im Innenausschuss, auch denen von der CSU, signalisiert worden. Dazu haben Sie jetzt die Gelegenheit. Wir haben dazu einen Antrag gestellt, und ihm können Sie dieses Mal zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nur so, liebe Kolleginnen und Kollegen, kann der finanzielle Spielraum der Kommunen aus unserer Sicht deutlich und nachhaltig vergrößert werden. Die Verantwortlichen in den Kommunen wissen schließlich selbst, wofür sie das Geld ausgeben wollen. Wir

brauchen keine goldenen Zügel, wie es die Kollegin Claudia Stamm schon gesagt hat, und wir brauchen keine Förderprogramme für alles und jedes. Aber die Staatsregierung und die CSU sind offensichtlich von der Vorstellung getragen, sie wüssten besser, was für die Kommunen in Oberfranken oder im Bayerischen Wald gut ist. Ich sage Ihnen: Die Verantwortlichen in den Städten und Gemeinden wissen mindestens genauso gut wie Sie, meine Damen und Herren von der CSU, was gut ist, vielleicht sogar noch besser.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein letzter Satz. Der Investitionsstau in den Kommunen ist groß. Ich nenne nur zwei Beispiele. Bei der energetischen Sanierung gibt es einen riesigen Handlungsbedarf, und das andere ist die Barrierefreiheit. Zurzeit ist in der ganzen Stadt plakatiert: Bayern barrierefrei. Es wäre aber besser, nicht in eine solche große Werbekampagne mit Großflächenplakaten zu investieren, sondern die Kommunen zu unterstützen, damit sie die Barrierefreiheit vor Ort umsetzen können. Der Investitionsstau ist auf jeden Fall groß. Geben Sie den Kommunen die finanziellen Mittel, die sie brauchen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Der nächste Redner ist der Kollege Herold.

Hans Herold (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Pohl, ich habe Ihrer Rede sehr aufmerksam zugehört. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihr Hinweis auf die KPdSU war völlig daneben, lieber Herr Kollege Pohl.

(Beifall bei der CSU)

Recht hatten Sie allerdings – darin kann ich Ihnen nur zustimmen –, als Sie gesagt haben, Bayern sei fit. Die Kollegin Stamm hat darauf hingewiesen, dass Bayern gut dastehe. Das ist insbesondere auch an dem Doppelhaushalt 2017/2018 ersichtlich.

Herr Pohl, Sie haben vorhin die Anstrengungen der Staatsregierung in Bezug auf die innere Sicherheit lobend erwähnt. Nachdem von der Opposition die Stellensituation in der Steuer- und auch in der Finanzverwaltung immer wieder kritisiert wird, möchte ich darauf hinweisen, dass ich in dieser Woche bei einer Vereidigung in der Meistersingerhalle in Nürnberg war. Dort hat unser Staatsminister Dr. Markus Söder 1.277 Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärter vereidigt. Ich denke, das ist eine richtig gute Politik, letztendlich auch eine Politik für die Zukunft.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich noch ein Wort zu dem Thema Behördenverlagerung sagen. Auch das hat Frau Stamm kritisiert. Ich als Vertreter des ländlichen Raumes, der auch kommunalpolitische Verantwortung hat, sage Ihnen: Das sind ganz wichtige strukturpolitische Maßnahmen. Ich bin sehr dankbar dafür, dass in meinen Stimmkreis Behördenverlagerungen durchgeführt werden. Das ist ein ganz entscheidender und wichtiger Punkt, gerade zur Stärkung des ländlichen Raumes und natürlich auch für unser Ziel, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Bayern zu schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin unserem Finanzminister, dem Staatssekretär und der Staatsregierung für den kommunalen Finanzausgleich sehr dankbar. Sie werden zugeben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass der Finanzausgleich gerade in der Ära von Dr. Markus Söder Jahr für Jahr deutlich erhöht wurde. Ich bin sehr froh darüber, dass wir im Jahr 2017 einen kommunalen Finanzausgleich haben werden, wie er noch nie bei uns da gewesen ist, nämlich in Höhe von 8,82 Milliarden Euro. Das sind wichtige Maßnahmen zur Stärkung der Kommunen, insbesondere im ländlichen Raum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Bezug auf die Stärkung des ländlichen Raumes möchte ich noch das Thema Infrastruktur ansprechen. Hierfür sind ganz entscheidende Mittel vorgesehen. Ich nenne nur die Erhöhung der Mittel für die Staatsstraßen, aber auch – dies sage ich ganz deutlich – für die Breitbandförderung, für den Ausbau des Breitbandnetzes. Das sind Maßnahmen für eine deutliche Verbesserung des ländlichen Raumes. Deswegen bin ich sehr dankbar dafür, dass auch hier entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden.

Abschließend möchte ich noch sagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass ich sehr stolz bin, dass es die Staatsregierung als einzige in ganz Deutschland geschafft hat, bereits zum 13. Mal einen Haushalt ohne Neuverschuldung aufzustellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Es gibt eine Zwischenbemerkung von Herrn Pohl.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Zwei Bemerkungen: Erstens. Wir sind nicht auf einem Auge blind. Deswegen gibt es Lob und Kritik.

Zweitens. Herr Kollege Herold, auch wenn Ihre Partei eine Staatsrätin eingesetzt hat und es nach dieser Logik auch einen Staatsratsvorsitzenden geben muss, vergleiche ich die CSU natürlich nicht mit der KPdSU, sondern ich sage, ihr sollt es anders machen als die.

Hans Herold (CSU): Danke für diesen Hinweis.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme hat nun Herr Dr. Söder um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte noch einige Bemerkungen machen: erstens zu Herrn Güller. Herr Güller, Sie haben den Wohnungsbau in den Mittelpunkt Ihrer Argumentation gestellt. Das ist in der Tat – da haben Sie völlig recht – eine große Aufgabe. Der Freistaat Bayern gibt bis zum Jahr 2019 2,6 Milliarden Euro für den Wohnungsbau aus.

Aber wenn ich mir einmal anschau, was Ihre SPD-Kollegen machen, die Sie verehren und schätzen – ob Sie sie wählen, weiß ich nicht –, dann frage ich: Was ist denn eigentlich aus der Mietpreisbremse geworden? – Die Mietpreisbremse von Herrn Justizminister Maas, SPD, ist ein einziger Flop, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

– Herr von Brunn, hören Sie zu! Das ist immer das schlechte Gewissen bei Ihnen.

Zweitens. Haben wir nicht versprochen, dass beim Bauen etwas vorangeht? Haben wir nicht gesagt, dass die Standards schneller kommen müssen? Haben wir nicht gesagt, dass der Wohnungsbedarf nur dann befriedigt werden kann, wenn das Bauen erleichtert wird? – Zuständig für Baurechtsnovellen ist die Bundesumweltministerin, Frau Hendricks. Was ist passiert? – Nichts. Das ist ein totaler Flop von der SPD an dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer ist denn im Bund für den Wohnungsbau zuständig? Wer ist der nach eigener Einschätzung wichtigste Staatssekretär der SPD aller Zeiten? – Das ist Florian Pronold. Ich sage Ihnen eines: Beschließen Sie doch auf Ihren SPD-Parteitag in Bayern endlich, dass Herr Pronold mehr Geld gibt. Aber sagen Sie uns nicht, dass wir zu wenig tun; denn wir leisten mehr als die SPD auf Bundesebene.

(Beifall bei der CSU)

Drittens. Bezüglich der Steuern haben wir eine grundlegend andere Auffassung. Bei der Erbschaftsteuer haben die SPD-Länder ja am Schluss zugestimmt. Aber der SPD geht es bei der Erbschaftsteuer um etwas anderes als uns. Wir haben immer gesagt: Mittelständische Firmen als Familienunternehmen brauchen keine Steuererleichterungen, sondern sie brauchen die Chance, ihre Substanz so zu halten, dass sie den Betrieb überhaupt noch übergeben können. Wir wollten keine Steuererhöhungen. Wir wollten auf keinen Fall einen Verlust von Arbeitsplätzen; denn wenn Arbeitsplätze verloren gehen, nützen auch hohe Steuersätze nichts, weil Arbeitslose keine Steuern zahlen können, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Auch bezüglich der Regionalisierung bin ich fundamental anderer Auffassung als Sie. Bei der Gewerbesteuer akzeptieren wir doch auch, dass die Kommunen ein selbstständiges Hebesatzrecht haben, weil es ihr Geld ist; das ist völlig okay. München hat ja einen entsprechenden Hebesatz. Warum ist es nicht okay, wenn die Erbschaftsteuer allein den Ländern zugutekommt, dass sie dann auch selbstständig darüber entscheiden können?

Jetzt gibt es einen Vorschlag der Mehrheit der Länder – Bayern und Hamburg sind dagegen –, die Grundsteuer explodieren zu lassen. Meine Damen und Herren, das ist doch eine völlig absurde Situation. Ich finde, derjenige, der Steuereinnahmen bekommt, sollte auch das Recht haben, über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden. Andere haben nichts davon und müssen insofern auch nichts entscheiden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Zu den anderen Punkten wie Vermögensteuer, Reichensteuer usw.: Es kommt immer wieder heraus – egal, ob es um PR oder um Steuern geht; da nagen Sie an irgendetwas. Das merke ich. Das tut Ihnen weh, und das treibt Sie um. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie es doch einfach besser. Dann stehen Sie noch mehr in der Zeitung.

Aber in Bezug auf die Steuern kann es auf jeden Fall kein Argument sein, immer nur zu sagen: Die anderen sollen zahlen.

Wir haben jetzt wachsende Steuereinnahmen. Wissen Sie, warum die in Bayern wachsen? – Die wachsen, weil wir eine gute Wirtschaft haben. Wer glaubt, mit höheren Steuersätzen eine bessere Wirtschaft zu bekommen, der scheitert. Das Modell NRW wollen wir in Bayern nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte noch etwas bezüglich der Beamten sagen. Sowohl die Bayerische Finanzgewerkschaft – bfg – als auch der Bayerische Beamtenbund – Sie waren ja zum Teil dabei – haben sich sehr lobend über die Bayerische Staatsregierung geäußert. Wir hatten auch schon andere Zeiten. Liebe Ingrid Heckner, man kann wohl sagen: Die bayerischen Beamten wissen, wer ihr verlässlicher Partner ist. Die bayerischen Beamten schätzen die Vorsorge des gesamten Hohen Hauses, wenn ich das so sagen darf. Sie respektieren auch, dass wir bei der derzeitigen Entwicklung, anders als andere Bundesländer, ihre Arbeit mehr wertschätzen. Wir behalten den Kurs auch bei, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Pohl, zu Ihnen fällt mir jetzt nichts ein.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Schon wieder alles vergessen?)

– Nein, aber das steht für sich. Das kann gut und schlecht sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch zu Frau Stamm zwei, drei Bemerkungen, die mir wichtig sind. Liebe Frau Stamm, zunächst einmal: Die Zinersparnis in Bayern kommt nicht wegen Draghi. Wissen Sie, woher die Zinersparnis in Bayern kommt? – Sie kommt daher, weil dieser Teil des Parlaments nicht auf Draghi setzt, sondern auf eine eigene solide Haus-

haltspolitik, und Schulden tilgt. Unsere Zinersparnis kommt von der Schuldentilgung, meine Damen und Herren, nicht von Europa. Wir sind stolz darauf, dass das bei uns stattfindet.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch beim Länderfinanzausgleich eine fundamental andere Auffassung. Wenn wir Ihrem Vorschlag gefolgt wären, gar nichts zu machen, irgendwie zu verhandeln, bloß keine Klage einzureichen und vielleicht ganz still irgendwo Briefe oder SMS zu schreiben, dann wären wir nicht so weit gekommen. Es ist wirklich dem Einsatz der Staatsregierung, ganz besonders des Ministerpräsidenten zu verdanken, dass wir mit der Klage, mit klarem Druck und mit klarem Einsatz etwas erreicht haben, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt kurz davor stehen, eine solche Entscheidung zu treffen. Es wurde gesagt, das seien nur ein paar hundert Millionen Euro. Meine Damen und Herren, wir reden hier von Hunderten Millionen, einer Milliarde Euro Steuergeld. Das ist für jeden Steuerzahler sehr viel Geld.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Das ist Papier! – Zuruf von der SPD)

Mit einer Milliarde Euro kann man viel verbessern und bewerkstelligen. Aber, meine Damen und Herren, dass wir überhaupt so weit sind, liegt nur an der Strategie der Bayerischen Staatsregierung. Diese war richtig. Ich sage Ihnen ehrlich: Wenn es zu keiner Entscheidung kommen sollte, dann geht die Sache ihren Weg weiter. Wir hoffen und setzen darauf. Aber wenn man nicht von vornherein eine ordentliche Position hat und nicht bereit ist, zu zeigen, dass man für diese Position kämpft, kann man nicht erwarten, am Ende ein Ergebnis zu erzielen. Das haben wir gemeinsam getan.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme zu einem letzten Punkt. Ich muss ehrlich sagen, ich fand die Rede von Herrn Güller in dieser Hinsicht deutlich fordernder. Sie sagen nämlich immer wieder

das Gleiche. Sie sagen immer wieder Nein zu Straßen und wollen dafür mehr für den Klimaschutz. Das ist nicht so originell.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Aber Ihre Rede war wahnsinnig originell!)

– Wir versuchen, in der Staatsregierung immer Originalität zu zeigen.

(Claudia Stamm (GRÜNE): "Ich bin der Beste!")

An einer Stelle möchte ich für die Bürgerinnen und Bürger einen Unterschied zwischen Ihrer Position und unserer Denke herausarbeiten. Dieser Unterschied wird beim Thema Behördenverlagerung sehr offenkundig. Das ist im Grunde genommen ein Geständnis nach dem Motto: Um Gottes willen, Beamte müssen München verlassen, um draußen in der Region zu arbeiten.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ihr Grundverständnis, ob es sich um das LEP oder um das Heimatverständnis handelt, ist immer das Gleiche. Sie sind allein zentralistisch und tun sich grundlegend schwer, zu akzeptieren, dass es außerhalb von München auch noch Räume gibt, die Unterstützung benötigen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CSU – Claudia Stamm (GRÜNE): Für was brauchen Sie dann 700 neue Stellen? Das ist völlig unlogisch!)

– Ich habe jedem Ihrer Sätze zugehört, ohne dazwischenzubrüllen.

(Zuruf von der CSU: Das kann man jetzt aber wirklich abstellen! – Zuruf von den GRÜNEN)

– Doch, ich habe Ihnen zugehört. Ich habe Sie gehört. Ob ich es verstanden habe, weiß ich nicht.

(Heiterkeit bei der CSU)

Jeder hat das Recht, hier seine Meinung kundzutun. Akzeptieren Sie das endlich einmal.

Eines sage ich zum Schluss. Ich habe einiges herausgehört. Sie sagen schweren Herzens, nolens volens, im Grunde genommen sei es gar nicht so übel, was hier als Haushalt vorliegt. Das verstehe ich dann wieder, ich bedanke mich dafür. Meine Damen und Herren, ich finde, wenn wir uns darauf einigen könnten, wäre das eine sehr saubere Arbeitsgrundlage. Ich stelle mir vor, über welche Probleme wir in Nordrhein-Westfalen reden würden, über welche Probleme wir dort reden würden, was wir kürzen und was wir streichen müssten oder dass wir die Polizisten nicht ordentlich bezahlen.

(Harry Scheuenstuhl (SPD): Personaltausch!)

Stellen Sie sich das mal vor! Ich finde, Sie sollten Verständnis dafür haben, dass Bayern ein super Land ist, dass wir hier einen ordentlichen Haushalt haben und dass wir im Vergleich zu anderen eine echte und ehrliche Zukunftsperspektive haben. Auf dieser Arbeitsgrundlage sollten wir die Ausschussberatungen vornehmen.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ja wohl. Dann ist das somit beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/12805

zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/14275

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13 FAG
(Drs. 17/12805)

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hu- bert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/14276

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13d FAG
(Drs. 17/12805)

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Margare- te Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/14277

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum
Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017
(Drs. 17/12805)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass folgende Än-
derungen durchgeführt werden:

§ 1 wird wie folgt geändert:

1. Der Nr. 1 wird folgende Nr. 1 vorangestellt:

„1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 werden nach
dem Wort „Kinderbetreuung“ die Wörter
„sowie der Integration“ eingefügt.“

2. Die bisherigen Nrn. 1 bis 6 werden die Nrn. 2
bis 7.

Berichterstatter zu 1: **Martin Bachhuber**
Berichterstatter zu 2-3: **Bernhard Pohl**
Berichterstatter zu 4: **Thomas Mütze**
Mitberichterstatter zu 1: **Günther Knoblauch**
Mitberichterstatter zu 2-4: **Martin Bachhuber**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für
Staatshaushalt und Finanzfragen federführend
zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale
Fragen, Innere Sicherheit und Sport und der
Ausschuss für Verfassung, Recht und Parla-
mentsfragen haben den Gesetzentwurf mitbe-
raten.
Der Ausschuss für Verfassung, Recht und
Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf
endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Ge-
setzentwurf und die Änderungsanträge Drs.
17/14275, Drs. 17/14276 und Drs. 17/14277 in
seiner 134. Sitzung am 24. November 2016
beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Aus-
schuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
SPD: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
B90/GRÜ: Ablehnung
mit der in I. enthaltenen Änderung Zustim-
mung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14277 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14275 und 17/14276 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/14275, Drs. 17/14276 und Drs. 17/14277 in seiner 62. Sitzung am 30. November 2016 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14277 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14275 und 17/14276 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen hat den Gesetzentwurf und die Änderungsanträge Drs. 17/14275, Drs. 17/14276 und Drs. 17/14277 in seiner 62. Sitzung am 1. Dezember 2016 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung

SPD: Ablehnung

FREIE WÄHLER: Ablehnung

B90/GRÜ: Ablehnung

der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 17/14277 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Enthaltung

FREIE WÄHLER: Enthaltung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Hinsichtlich der Änderungsanträge Drs. 17/14275 und 17/14276 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Enthaltung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 17/12805, 17/14638, 17/14656

Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)

§ 1

Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes vom 22. Dezember 2015 (GVBl. S. 473) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In Art. 1 Abs. 1 Satz 3 Nr. 3 werden nach dem Wort „Kinderbetreuung“ die Wörter „sowie der Integration“ eingefügt.
2. Art. 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In den Nrn. 2 und 3 Satz 1 wird jeweils die Angabe „16,70 €“ durch die Angabe „17,85 €“ ersetzt.
 - b) In Nr. 4 wird die Angabe „33,40 €“ durch die Angabe „35,70 €“ ersetzt.
3. Art. 10 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Satznummerierung gestrichen.
 - b) Satz 2 wird aufgehoben.
4. Art. 10b Abs. 3 wird aufgehoben.
5. Art. 13a wird wie folgt gefasst:

„Art. 13a

Gemeinden, die
 1. Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen sind,
 2. Träger der Straßenbaulast für Ortsdurchfahrten im Zuge von Staatsstraßen sind oder
 3. am 30. Juni 2009 mehr als 5 000 Einwohner hatten und bis 30. Juni 2011 keine Zuweisungen nach Art. 13b Abs. 2 Satz 1 in der bis 31. Dezember 2010 geltenden Fassung gewählt haben,

erhalten jährliche pauschale Zuweisungen zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung der in ihrer Straßenbaulast stehenden Straßen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“

6. Art. 13b wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst:

„¹Die Landkreise erhalten zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Kreisstraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“
 - b) Abs. 2 wird wie folgt gefasst:

„(2) Die kreisangehörigen Gemeinden, die nicht die Voraussetzungen des Art. 13a erfüllen, erhalten zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung ihrer Gemeindestraßen pauschale Zuweisungen auf Basis der ihnen im Jahr 2016 für das Jahr 2016 bewilligten Zuweisungen.“
 - c) Abs. 3 wird aufgehoben.
7. Art. 13f Satz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In dem Satzteil vor Nr. 1 wird die Angabe „27 900 000 €“ durch die Angabe „33 900 000 €“ ersetzt.
 - b) In Nr. 1 wird das Wort „sowie“ durch ein Komma ersetzt.
 - c) In Nr. 2 wird nach dem Wort „übernehmen,“ das Wort „und“ gestrichen.
 - d) Der Nr. 3 wird das Wort „und“ angefügt.
 - e) Nach Nr. 3 wird folgende Nr. 4 eingefügt:

„4. für den Bau von selbstständigen Radwegen im Sinn von Art. 53 Nr. 2 des Bayerischen Straßen- und Wegegesetzes, die für den überörtlichen Radverkehr von besonderer Verkehrsbedeutung sind (Radschnellwege), bei denen die Gemeinden Träger der Baulast bzw. die Landkreise Träger der Sonderbaulast sind,“
8. In Art. 13h wird die Angabe „252 000 000 €“ durch die Angabe „246 000 000 €“ ersetzt.“

9. Art. 23a Abs. 4 wird wie folgt gefasst:

„(4) Das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat durch Rechtsverordnung für die Bewilligung, Abrechnung und Auszahlung der ergänzenden Finanzaufweisungen nach Art. 7 Abs. 4

1. das Verfahren näher zu regeln und
2. die zuständigen Staatsbehörden zu bestimmen oder diese Aufgaben auf eine juristische Person des privaten Rechts, die die erforderliche Zuverlässigkeit und Sachkunde bei der verfahrensrechtlichen Behandlung von Altlastensanierungen besitzt, widerruflich zu übertragen.“

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2017 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Martin Bachhuber

Abg. Günther Knoblauch

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Claudia Stamm

Abg. Peter Winter

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Christine Kamm

Abg. Harald Güller

Abg. Hans Herold

Abg. Susann Biedefeld

Staatsminister Dr. Markus Söder

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 17 bis 19** gemeinsam auf:

**Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes
(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017) (Drs. 17/12805)
- Zweite Lesung -**

hierzu:

Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion
(Drs. 17/14656)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 17/14275 und 17/14276)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drs. 17/14277)

und

**Haushaltsplan 2017/2018
Einzelplan 13 für den Geschäftsbereich Allgemeine Finanzverwaltung**

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion
(Drsn. 17/14089 und 17/14655)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion
(Drsn. 17/14009 mit 17/14020)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER
(Drsn. 17/13980 mit 17/13987)

Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(Drsn. 17/14225 mit 17/14239)

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018 - HG 2017/2018)

(Drs. 17/12806)

- Zweite Lesung -

hierzu:

Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion

(Drsn. 17/14287 und 17/14657)

Änderungsanträge von Abgeordneten der SPD-Fraktion

(Drsn. 17/14282 mit 17/14285)

Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER

(Drsn. 17/14278 mit 17/14281)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drs. 17/14286)

In die Beratung mit einbezogen werden die vorgenannten, zum Plenum eingereichten Änderungsanträge der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/14656 zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes 2017, auf Drucksache 17/14655 betreffend die Schlüsselzuweisungen beim Kapitel 13 10 und auf Drucksache 17/14657 zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2017/2018.

Im Ältestenrat wurde für die gemeinsame Aussprache eine Gesamtredezeit von drei Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die Fraktion der CSU 44 Minuten, auf die SPD-Fraktion 34 Minuten sowie auf die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich an der Redezeit der stärksten Fraktion. Sie kann deshalb bis zu 44 Minuten sprechen, ohne dass sich dadurch die Redezeit der Fraktionen verlängert. Bevor ich die Aussprache eröffne, gebe ich bekannt, dass die SPD-Fraktion zu ihren Änderungsanträgen zum Einzelplan 13 und zum Haushaltsgesetz auf den Drucksachen 17/14020 und 17/14284 namentliche Abstimmung beantragt hat. – Ich eröffne

die gemeinsame Aussprache. Als erster Redner hat der Herr Kollege Bachhuber das Wort. Bitte sehr.

Martin Bachhuber (CSU): Herr Präsident, Herr Staatsminister Dr. Söder, Hohes Haus! Um es vorwegzunehmen: Ich spreche nur zum kommunalen Finanzausgleich. Zum Finanzausgleichsgesetz und zum Haushaltsgesetz sprechen dann der Kollege Winter und der Kollege Herold.

Der Grundsatz bei der Aufstellung des kommunalen Finanzausgleichs ist der Vergleich der Finanzentwicklung von Staat und Kommunen. Ich freue mich, wiederholt feststellen zu können, dass der 10-Jahres-Vergleich auch diesmal zugunsten der Kommunen ausfällt. Nicht nur sprudeln die Steuereinnahmen weiterhin, wie wir schon oft gehört haben. Die Kommunen konnten die Ausgaben für freiwillige Leistungen im Jahr 2014 auf über 6,8 Milliarden Euro steigern. Das sind 21 % ihrer Gesamteinnahmen. Ich meine, das ist ein enorm hoher Anteil. Ich darf festhalten: Wäre der Freistaat Bayern nicht der verlässliche Partner der Kommunen, wäre dies in dieser Höhe nicht möglich. Das Schöne und Beruhigende daran ist, dass der Blick in die Zukunft keine Verschiebungen zulasten der Kommunen erkennen lässt. Nach wie vor bestehen hohe Belastungen im Asylbereich. Dies trifft den Staat wie die Kommunen, wobei jeder seinen Anteil tragen muss. Der Vorsitzende des Städtetages, OB Maly, sagt hierzu in seinem Rundbrief 2016: "Der Freistaat Bayern hat, anders als andere Bundesländer, einen Großteil der Kosten erstattet." – Damit stehen Bayerns Kommunen besser da.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Jawohl! – Peter Winter (CSU): Da hat er recht!)

Meine lieben Kollegen, auch der Ländervergleich unterstreicht die gute Finanzlage der bayerischen Kommunen. Sie haben seit Jahren die mit Abstand höchste Investitionsquote. Während die westlichen Flächenländer 2015 im Durchschnitt auf 13,3 % kommen, sind es in Bayern fast 23 %. Der Krisenindikator der kommunalen Kassenkredite spielt bei uns praktisch keine Rolle. Sie machen nur 1,6 % der Gesamtverschuldung

aus. Die Kommunen anderer Bundesländer wären froh, wenn sie auch nur annähernd auf solche Werte kämen. Deshalb war es keine Überraschung, dass die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über den kommunalen Finanzausgleich eine Einigung gebracht haben. Hierzu darf ich nochmal OB Maly zitieren. Er ist bekanntlich nicht unbedingt der CSU zuzurechnen.

(Reinhold Strobl (SPD): Sehr gut beobachtet!)

Er schreibt: Das Verhandlungsergebnis über den kommunalen Finanzausgleich 2017 ist ein Kompromiss, in dem sich alle Beteiligten wiederfinden können. Positiv fällt der aufkommensbedingte Anstieg des kommunalen Anteils im allgemeinen Steuerverbund ins Gewicht. Dadurch werden die Schlüsselzuweisungen nächstes Jahr insgesamt steigen. Wir haben einen Schwerpunkt bei den Investitionen setzen können. Insbesondere beim Schulhausbau und dem Bau von Kindertagesstätten werden mehr Mittel bereitgestellt. – Dieser Kompromiss ist akzeptabel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Gespräch am 1. Dezember 2016, das zwischen den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung, Herrn Dr. Markus Söder, Herrn Staatsminister Marcel Huber, Herrn Ausschussvorsitzenden Peter Winter und den Vertretern der kommunalen Spitzenverbände stattfand, hat sich positiv ausgewirkt. Dabei haben sich beide Seiten darauf verständigt, dass der Freistaat Bayern seine Kommunen bei der Bewältigung der Jugendhilfekosten für junge Volljährige zusätzlich stark unterstützt. Die Erstattung ist auf eine Gesamthöhe von zusätzlich 112 Millionen Euro für beide Jahre begrenzt. Die Finanzierung erfolgt, wie wir eben gehört haben, im Rahmen der in den Jahren 2016 bis 2018 im Einzelplan des Sozialministeriums veranschlagten Haushaltsmittel. Der Freistaat Bayern erstattet den Kommunen demnach in den Jahren 2017 und 2018 einen Teil der Jugendhilfekosten für volljährig gewordene Flüchtlinge, die noch Jugendhilfebedarf haben. Die Erstattung erfolgt in Form von Pauschalen im Gesamtumfang von, wie bereits gesagt, 112 Millionen Euro zusätzlich. Die Kostenpauschale beträgt im Jahr 2017 40 Euro und im Jahr 2018

30 Euro pro Tag. Damit entlastet der Freistaat Bayern seine Kommunen noch stärker als bisher bei der Bewältigung der Aufgaben im Bereich Asyl und Integration.

Hohes Haus, der kommunale Finanzausgleich 2017 übertrifft die in den Vorjahren erzielten Rekordwerte nochmals. Bereits der Regierungsentwurf sah einen Anstieg um 260 Millionen Euro auf über 8,82 Milliarden Euro vor. Im Regierungsentwurf beruhte der Kommunalanteil am allgemeinen Steuervolumen auf einer Schätzung, da der Verbundzeitraum zum Zeitpunkt der Aufstellung noch nicht abgelaufen war. Nach Ablauf des Verbundzeitraums am 30. September 2016 ergibt sich im Jahr 2017 ein um rund 73,5 Millionen Euro höherer Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund. Auch hier soll dieser Aufwuchs von rund 67,5 Millionen Euro entsprechend dem Wunsch der kommunalen Spitzenverbände in die Schlüsselzuweisungen fließen, die übrigen 6 Millionen Euro in die Zuweisung nach Artikel 13 des FAG, insbesondere für Ortsumfahrungen im Zuge von Staatsstraßen, die in gemeindlicher Sonderbaulast stehen.

Zur Umsetzung dieser Änderungen, die endgültig erst nach den Haushaltsberatungen feststanden, sind noch Anpassungen insbesondere im Einzelplan 13 und im FAG-Änderungsgesetz 2017 erforderlich. Dazu haben wir entsprechende Änderungsanträge eingebracht, zu denen ich jetzt schon um Zustimmung bitte. Unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung und der endgültigen Berechnung des allgemeinen Steuerverbundes steigt der kommunale Finanzausgleich 2017 damit sogar um insgesamt 352 Millionen Euro auf rund 8,91 Milliarden Euro. Damit ist ganz klar belegt: Der kommunale Finanzausgleich 2017 stärkt die Verwaltungshaushalte vor allem durch eine Anhebung der Finanzausweisungen und verbessert die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch eine massive Anhebung der Fördermittel für den kommunalen Hochbau.

(Beifall bei der CSU)

Ich komme ganz kurz zu den einzelnen Leistungen. Die Schlüsselzuweisungen 2017 wachsen um 131 Millionen Euro auf 3,36 Milliarden Euro an. Morgen bekommen die Kommunen ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk, eine vorgezogene Bescherung.

(Harald Güller (SPD): Das steht ihnen zu! Das ist kein Geschenk der Staatsregierung! – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Strukturelle Änderungen bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen sind für 2017 nicht vorgesehen. Die Änderungen der letzten Jahre zugunsten strukturschwacher Kommunen entfalten auch im Jahr 2017 ihre positiven Wirkungen. Die Finanzaufwendungen zu Aufgaben des übertragenen Wirkungsbereichs und des staatlichen Landratsamts steigen um 34 Millionen Euro auf 462 Millionen Euro. Damit können – das wurde von den Spitzenverbänden sehr lobend anerkannt – die Pro-Kopf-Beiträge deutlich um 2,30 Euro auf 35,70 Euro je Einwohner angehoben werden. Kreisfreie Städte erhalten diesen Betrag in voller Höhe. Landkreise und kreisangehörige Gemeinden teilen sich diesen Betrag. Die Mittel für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen können auf dem hohen Niveau von 150 Millionen Euro gehalten werden. Mit diesem hohen Mittelaufschlag können wir weiterhin konsolidierungswillige Gemeinden und Landkreise mit Strukturschwäche oder besonders negativen Bevölkerungsentwicklungen, die sich in finanzieller Notlage befinden, gezielt unterstützen.

Massiv verbessert – darauf bin ich schon eingegangen – wird die Förderung des kommunalen Hochbaus. Die Fördermittel steigen um 70,2 % auf 500 Millionen Euro. Das ist eine noch nie da gewesene Summe für Schulen, Kindertageseinrichtungen und andere kommunale Hochbaumaßnahmen. Die hohen Finanzmittel ermöglichen die Anhebung der Fördersätze. Der Orientierungswert bei der Förderung von Schulen und Kindertageseinrichtungen steigt um 10 % auf 50 %. Der Ansatz für die Finanzierung von Krankenhausbaumaßnahmen steigt um 3,4 Millionen Euro auf 503 Millionen Euro an. Dieser Ansatz stellt sicher, dass die Mittel aus dem Krankenhausstrukturfonds des Bundes in voller Höhe abgerufen werden können.

In den letzten Jahren – das freut natürlich alle Bürgermeister gerade der kleineren Gemeinden – wurde die Investitionspauschale auf mindestens 110.000 Euro angehoben. Das erreichte hohe Niveau kann auch 2017 beibehalten werden. Insgesamt werden 406 Millionen Euro bereitgestellt. Ebenfalls fortgeführt werden die Mittel für den kommunalen Straßenbau und Straßenunterhalt in Höhe von 314,3 Millionen Euro.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden ebenfalls auf hohem Niveau fortgeführt. Wie im Vorjahr stehen 648 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Staatsminister Dr. Söder, ich danke Ihnen für diesen Haushalt, der kommunalfreundlich ist wie kein anderer in unserer Bundesrepublik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Hans Herold (CSU): Genauso ist es!)

Der kommunale Finanzausgleich 2017 ist erneut ein Beleg für die faire Partnerschaft zwischen Staat und Kommunen. Er trägt sicher dazu bei, dass Bayerns Kommunen weiter ganz vorne an der Spitze der Republik stehen. Ich bitte daher um Zustimmung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz und zu den Prämien im Haushalt 2018.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Bachhuber. – Zur nächsten Wortmeldung darf ich dem Kollegen Knoblauch von der SPD das Wort erteilen. Bitte schön.

Günther Knoblauch (SPD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem kommunalen Finanzausgleich kommt sicher eine ganz besondere Bedeutung für das Gemeinwesen in unserem Land zu. Deshalb sind wir sicher froh, wenn die Entwicklung beim Finanzausgleich wegen der erhöhten Steuereinnahmen nach oben geht. Wir haben Rekordsteuereinnahmen; darüber freuen wir uns. Wir müssen uns aber in erster Linie bei den Bürgerinnen und Bürgern draußen für ihre Arbeit und Leistungskraft bedanken. Aber ich möchte einen weiteren Dank aussprechen, weil wir immer darüber reden, dass die Bürgermeister, die Stadträte und die Gemeinderäte in ihrer

Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern einen hervorragenden Job machen. Sie machen einen tollen Job, und dafür herzlichen Dank; denn sie setzen letztlich das um, was für uns wichtig ist. Das ist das Fundament unseres Staates.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wenn die Bürger zufrieden sind, dient dies sicher der Stabilität der Demokratie.

Lieber Kollege Bachhuber, eines muss man schon sagen. Man braucht es nicht als Weihnachtsgeschenk zu bezeichnen, wenn die Schlüsselzuweisungen erhöht werden. Das ist geregelt. Wenn die Steuern nach oben gehen, erhöht sich eben auch die Schlüsselzuweisung. Das ist genauso wie bei der Beteiligung an einem Unternehmen. Das ist weder vom Finanzminister noch von der CSU ein besonderes Geschenk, sondern beruht auf einer Regelung, die in Bayern momentan besteht.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Leider ist der Anteil am Steuerverbund nach wie vor prozentual nicht angehoben worden. Selbst die Zuweisungen für die Übernahme staatlicher Aufgaben der Kommunen und der Landkreise nach Artikel 7, den Sie so hervorheben, sollten – ich betone das immer wieder – sollten doppelt so hoch sein wie die 1,15 Euro, die die Landkreise jetzt bekommen. Man muss sich anschauen, was sie draußen für den Staat leisten. Ich muss sagen, der Freistaat lässt sich seine Aufgaben von den kreisangehörigen Gemeinden mitfinanzieren. Das ist doch eine Tatsache.

Ich vergleiche einmal die Jahre von 2008 bis heute. Vor zehn Jahren lag der kommunale Finanzausgleich bei 6,6 Milliarden Euro; damals hat der Haushalt des Freistaates 39 Milliarden Euro umfasst. Damit haben die Kommunen einen Anteil von 16,9 % erhalten. 2016 haben sie 8,6 Milliarden von den 55 bis 56 Milliarden Euro Einnahmen des Gesamthaushalts erhalten; das waren 15,3 %. Dieses Jahr geht es noch weiter herunter: 9 Milliarden Euro von insgesamt 60 Milliarden sind 15,1 %. Der Unterschied beträgt über 1 Milliarde Euro. Sie sagen, die Kommunen bekommen 350 Millionen

Euro mehr. Eigentlich würde den Kommunen 1 Milliarde mehr zustehen, als Sie errechnet haben. Wir werden uns für die Zukunft Gedanken machen müssen – ich bitte auch, darüber im Finanzministerium und im Innenministerium nachzudenken –, dass wir nicht nur den ganz kleinen Gemeinden einen Investitionszuschuss geben, sondern auch an die zentralen Orte denken, die ihre Aufgaben im Interesse des ländlichen Raumes und der Landkreise erfüllen. Sie werden nämlich in ihrem Kulturprogramm und mit ihren Hallenbädern, Eisplätzen, Musikschulen usw. alleingelassen. Dafür gibt es überhaupt nichts. Das sollte man bei den Schlüsselzuweisungen vielleicht stärker berücksichtigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Lassen Sie mich noch ein paar Punkte ansprechen, die aus meiner Sicht unendlich wichtig sind. Wir versuchen seit Jahren, die Lebensqualität draußen bei den Kommunen zu erhalten. Die CSU weigert sich aber kontinuierlich ganz hartnäckig, beispielsweise einen Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder einzurichten. Wir haben in Bayern ungefähr 890 Bäder. 43 sind schon geschlossen worden, 263 sind sanierungsbedürftig und 65 von Schließung bedroht; das sind Ermittlungen der Staatsregierung und nicht von uns. Deshalb müssen wir darauf achten, dass die Lebensqualität draußen im Land nicht verloren geht. Da verweigert sich die CSU der Lebensqualität. Wenn es so weitergeht – ich meine auch die Vorgabe der 40 Sportklassen –, wird es bei den Kommunen immer schlimmer werden.

Die kommunalen Spitzenverbände, meine Damen und Herren – das ist von Herrn Bachhuber auch schon angesprochen worden –, stimmen allem zu. Begeistert war Uli Maly nicht. Er hat einfach Staatsraison bewiesen. Ich möchte Ihnen einmal aufzeigen, wie Verhandlungen so ablaufen. Für die Breitensportanlagen haben wir 1995 die Regelung getroffen, dass die Kommunen keine Förderung mehr bekommen. Dann hat die CSU-Staatsregierung in Verhandlungen gesagt: Sie bekommen nur Geld, wenn die Spitzenverbände auf die Förderung des Breitensports verzichten. Dieses Pistole-auf-die-Brust-Setzen wirkt sich bis heute aus. Die Kommunen, die eigentlich das En-

gagement der Sportvereine usw. unterstützen wollen, können das nicht, weil sie vom Freistaat keine Förderung bekommen. Damit wird auch vieles im ländlichen Raum kaputt gemacht.

Über die energetische Sanierung von Gebäuden möchte ich gar nicht sprechen. Das ist auch eine Großbaustelle; denn auf der einen Seite werden die Kriterien verschärft, und auf der anderen Seite sagt man: Bei dem, was du machst, sind wir grandios beisammen.

Eines noch insgesamt. Sicher ist ein Finanzausgleich in dieser Größenordnung vom Betrag her – ich habe auch gesagt, wie viel Prozent er ausmacht – noch nicht da gewesen. Aber wir müssen auch die Bereiche mit besonderem Handlungsbedarf sehen. Die Staatsregierung hat selbst ausgewiesen, dass das das halbe Staatsgebiet ist. Diese Daten sind ja ermittelt worden. Wir müssen feststellen, dass es nicht nur Kommunen gibt, die Burghausen heißen oder im Umfeld von München liegen und denen es mit den Einnahmen sehr gut geht, sondern dass es viele Kommunen gibt, die nicht wissen, wie sie den nächsten Haushalt ausgleichen und den Anforderungen der Bürger gerecht werden. Da müsste man etwas machen, und zwar rechtzeitig und nicht, wenn es schon zu spät ist. Deshalb fordern wir Sie auf, darüber nachzudenken, wie man mit den freiwilligen Leistungen umgeht. Hierzu müssten wir uns etwas überlegen, sonst nutzt uns der Finanzausgleich überhaupt nichts, und die Kommunen draußen gehen vor die Hunde.

In diesem Sinne wünsche ich, dass diese Einsicht auch einmal der CSU kommt und dass man nicht bloß schön redet, sondern die tatsächlichen Probleme draußen erkennt.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Knoblauch. – Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER erteile ich Herrn Kollegen Pohl das Wort. Bitte sehr.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Staatsminister Söder, Sie haben mich heute Vormittag nahezu in weihnachtliche Verzückung versetzt, als Sie sagten, man müsse den Bürgermeistern zuhören, und Bayern stärken heiße die Regionen stärken und nicht die Landeshauptstadt. Das sind ganz neue Töne aus der CSU. Das gab es vor zehn Jahren noch nicht.

(Zurufe von der CSU: Oh!)

Ja, es ist sehr interessant, dass jetzt insbesondere diejenigen laut rufen, die diesem Hause damals noch nicht angehörten. Ich kann Ihnen nur sagen, dass vor zehn Jahren die offizielle Doktrin des damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten hieß: München ist Champions League, Oberbayern ist Bundesliga, und der Rest von Bayern ist Bayernliga. Dagegen ist das, was Sie heute Vormittag gesagt haben, schon ein wohlthuender Kontrast.

Ich sage, Sie haben von den FREIEN WÄHLERN gelernt; denn die FREIEN WÄHLER haben das schon damals als falsch bezeichnet. Wir haben schon damals sehr deutlich gesagt, dass Bayern nur über die Regionen entwickelt werden kann, dass es nur dann noch stärker werden kann, wenn wir die Kräfte aller Landesteile bündeln.

Wir FREIEN WÄHLER meinen – und deswegen ist dieser Haushalt für uns der wichtigste Haushaltsteil –, dass Politik nur vor Ort gelingen kann: in den Kommunen, bei den Menschen, bei den Ehrenamtlichen, in den Vereinen und Initiativen, aber nicht fernab in Brüssel, in Berlin, in München. Wir müssen den Rahmen vorgeben, aber wir müssen auch ganz viel Vertrauen in die Akteure vor Ort haben, die Akteure, die das umsetzen sollen, was wir hier beschließen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Aber dazu braucht man natürlich, liebe Kolleginnen und Kollegen, einen stabilen Finanzrahmen. Dazu sind heute Vormittag zwei Bemerkungen gefallen, die ich schon noch einmal kurz beleuchten möchte, weil ich sie so nicht stehen lassen kann.

Zum einen wird immer und immer wieder behauptet, bei Oppositionsanträgen fehle die Gegenfinanzierung. Bei der Fraktion der GRÜNEN hat der Herr Staatsminister das eingeschränkt, aber an die FREIEN WÄHLER und insbesondere an die SPD ging der Vorwurf, wir würden, wenn wir den Haushalt verantwortlich aufstellen müssten, über unsere Verhältnisse leben.

(Zuruf von der SPD: Das ging hauptsächlich an euch!)

Das ist in zweierlei Hinsicht klar zu widerlegen, liebe Kolleginnen und Kollegen; denn wir haben bei den 3,2 Milliarden Euro, die wir in diesem Doppelhaushalt mehr ausgeben wollen, einen ganz klaren Schwerpunkt auf die Kommunen gelegt, mit über 2 Milliarden Euro.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dieses Geld, liebe Kolleginnen und Kollegen, käme den kommunalen Haushalten unmittelbar zugute.

Wenn man die Verschuldung eines Landes anschaut, dann muss man die kommunalen Schulden und die Landesschulden zusammenrechnen. Wir sitzen in einem Boot. Wenn es um die Verteilung von Schlüsselzuweisungen geht, ist der Freistaat Bayern der Treuhänder für die Kommunen.

Die Kommunen sind nicht etwa das kleine Kind, das unter dem Weihnachtsbaum eine schöne Bescherung erlebt, lieber Kollege Bachhuber, nein, sie haben einen verfassungsrechtlich garantierten Anspruch. Der Freistaat hat dafür zu sorgen, dass die Kommunen finanziell ordentlich und gut ausgestattet sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was heißt das? – Schauen wir uns den großen Bereich Zuwanderung und Migration an, eine sicherlich große, wenn nicht gar die größte Herausforderung, vor der wir in den nächsten Jahren stehen. Ich habe es heute Vormittag schon gesagt: Sie können natürlich über Obergrenzen und über illegale Flüchtlingspolitik der Bundesregierung und Ähnliches diskutieren, aber das wird nicht hier entschieden. Vielmehr müssen wir uns vor Ort darum kümmern, dass sich die Menschen hier gut und sinnvoll entwickeln, sich integrieren, Bestandteil dieser Gesellschaft werden.

Wir reden aber noch von Geld, Herr Staatsminister. Da haben Sie den Vorwurf bekommen, Ihre Steuerversprechungen in einem Umfang von 100 Milliarden, Kollege Güller, seien mit heißer Nadel gestrickt; so habe ich es zumindest verstanden. Was ich an diesen Steuerversprechungen in der Tat zu kritisieren habe: Herr Staatsminister, Sie sind doch eigentlich ein Mann der Tat und nicht der Worte. In diesen Fragen kommen Sie mir vor wie ein Wanderprediger, der durch die Lande zieht und ständig seine Forderungen vor sich herträgt, die wir alle teilen und alle vernünftig finden.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Aber nachdem die CSU Teil der Bundesregierung ist, sollten Sie jetzt endlich einmal liefern. Sie sind seit 2005 an der Regierung, also im zwölften Jahr. Es wäre durchaus angemessen – wenn man sagt: die sieben dünnen Jahre sind vorbei, wir haben jetzt schon fünf fette Jahre –, dass Sie irgendwann einmal liefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

In einem Punkt bin ich aber bei Ihnen: Ich kann nicht nachvollziehen, dass man immer behauptet, Steuersenkungen seien ausschließlich oder logischerweise Einnahmeverminderungen für den Staat. Das ist so nicht richtig.

(Zuruf von der SPD: Hat auch keiner gesagt!)

Sinnvolle Steuerreduzierungen können sogar zu Mehreinnahmen führen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Deswegen kann man nicht ohne Weiteres sagen: Wer Steuern senkt, verkürzt die Spielräume des Handelns. Wir sind der Meinung, dass sinnvolle Steuersenkungen, gerechte Steuersenkungen – ich nenne hier insbesondere den Abbau der kalten Progression, aber auch eine Abschaffung des Solidaritätszuschlags – Wachstumskräfte entfachen und dazu führen können, dass wir zumindest nicht weniger Steuereinnahmen haben werden, liebe Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nun aber zurück zu den Kommunen. Wir FREIEN WÄHLER sagen: Wenn wir die Kommunen vor Ort stärken, kann sich der Freistaat Bayern noch besser entwickeln, als er sich derzeit entwickelt.

Ich komme noch einmal zurück auf das Thema Integration. Letzte Woche hatten wir eine Marathonsitzung zum Integrationsgesetz. Wir haben uns über Begrifflichkeiten verkopft. Wenn ich draußen bin, fragt mich keiner nach der Definition und der Sinnhaftigkeit einer Leitkultur. Die Menschen wollen, dass diejenigen, die zu uns kommen, sich in diese Gesellschaft integrieren und keine Parallelgesellschaften bilden.

Aber wer das macht und wie man das macht, das sind Fragen, denen wir uns zu stellen haben. Das passiert vor Ort, und dafür müssen wir den Kommunen das notwendige Geld in die Hand geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegen, wenn wir Migranten in Niederbayern integrieren wollen, dann stellen Sie sich einmal vor, wir hätten vier Integrationskurse: Der eine Integrationskurs wird von Herrn Scheuer geleitet, der andere von Herrn Aiwanger, der dritte von Herrn Pro-nold und der vierte von Herrn Hallitzky. Wenn Sie die vier Gruppen dann zueinander-führen, glauben Sie, dass sie das Gleiche an Leitkultur und Integration mitbekommen haben? Ich zweifle daran.

Ich sage deswegen: Lassen wir das die Profis machen, und halten wir uns als politische Akteure bitte aus diesen Details heraus. Geben wir das Geld denjenigen, die sich auf diese Arbeit, auf die Integrationsarbeit in hervorragendem Maße verstehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine ganze Reihe von Anträgen gestellt. Ich greife hier das wesentliche Anliegen heraus, die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund. Ich sage Ihnen, das dient natürlich der Bewältigung auch der Integrationsaufgabe, vor allem aber dient es allen Menschen. Wir müssen schon ein wenig aufpassen, dass wir die eine Gruppe nicht gegen die andere Gruppe ausspielen. Integration ist wichtig, aber wir sind für alle Menschen da, für die Benachteiligten genauso wie für die Nichtbenachteiligten. Jeder Bürger hat Anspruch darauf, dass er eine vernünftige, lebenswerte Gesellschaft vorfindet, und diese lebenswerte Gesellschaft wird insbesondere vor Ort in den Kommunen gepflegt. Das ist auch ein Grund dafür, dass wir in Bayern etwas besser dastehen als andere Regionen in der Republik. Wir stehen nicht nur finanziell, sondern auch mit den gesamten Lebensumständen besser da.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben gesagt, die Erhöhung des kommunalen Finanzanteils am allgemeinen Steuerverbund ist unsere Forderung, seit wir dem Bayerischen Landtag angehören. Natürlich sagen Sie, Kollege Bachhuber, dass die Kommunen jedes Jahr einen Einnahmerekord hätten. Das ist schon richtig, das ist aber der allgemeinen Steuerentwicklung geschuldet. Die allgemeine Steuerentwicklung verdanken wir den Bürgerinnen und Bürgern, den Unternehmern, denen, die in Deutschland und in Bayern Steuern zahlen. Dass davon die Kommunen auch profitieren, ist nur recht und billig.

Es kann und wird auch wieder schlechtere Zeiten geben. Deswegen brauchen wir eine Verstetigung des Kommunalanteils auf einem höheren Niveau. Wir haben im Hinblick darauf, dass die Steuereinnahmen gut sind, unsere Forderung auf mehrere Jahre verteilt. Wir wollen im Jahr 2017 von 12,75 % auf 13,5 % kommen. Im Jahr 2018 wollen

wir auf 14,25 % kommen und 2019 die 15 % erreichen. Die GRÜNEN haben auch Initiativen in diesem Sinne ergriffen, wenn sie auch nicht so viel fordern wie wir. Immerhin haben sie auch angedeutet, dass sie mehr Geld für die Kommunen wollen. Die SPD will es sowieso. Das fordert sie seit Jahren. Sie hat unserem Antrag zugestimmt, und ich hoffe, dass auch in die Reihen der Mehrheitsfraktion Bewegung hineinkommt. Wir wissen, dass es dieses merkwürdige Gesetz gibt, wonach man bei Haushaltsanträgen der Opposition nicht zustimmen darf, egal wie sinnvoll oder weniger sinnvoll die Anträge sind. Wahrscheinlich würden Sie sogar noch dagegen stimmen, wenn man dem Ministerpräsidenten Strauß aus Steuermitteln ein Denkmal setzen würde.

(Josef Zellmeier (CSU): Stellen Sie halt einen Antrag! – Peter Winter (CSU): Das könnt ihr doch einmal probieren!)

– Das heißt, wenn wir so einen Antrag stellen würden, würden wir auch bei anderen Themen mit euch ins Geschäft kommen? Darüber wird zu gegebener Zeit zu reden sein, lieber Kollege Winter.

Zu unseren weiteren Schwerpunkten im kommunalen Bereich gehört die Barrierefreiheit. Wenn der Ministerpräsident – davor habe ich hohen Respekt – an diesem Rednerpult sagt, Bayern werde 2023 barrierefrei sein, dann ist das ein Versprechen, das eingehalten werden muss, dann aber auch auf allen Ebenen, und damit auch auf kommunaler Ebene. Dafür muss man den Kommunen nach dem Gedanken der Konnexität mehr Geld als bisher zur Verfügung stellen. Die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in kommunaler Hand ist genauso wichtig wie die Barrierefreiheit von Gebäuden in privater Hand.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich ist auch der kommunale Straßenbau und Straßenunterhalt ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt. Hier haben wir jeweils 97 Millionen Euro mehr vorgesehen. Warum? Der Zustand der kommunalen Straßen wird immer schlechter, und die Verschlechterung dieses Zustandes ist eine schleichende Verschuldung. Wir haben keine doppische Haushaltsführung, aber natürlich darf man

nicht nur den Kassenstand sehen. Wir müssen auch die Entwicklung des Staatsvermögens sehen.

Schülerbeförderung, Schwimmbäder und Sanierungen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sind weitere Schwerpunkte, die wir gesetzt haben. Die CSU-Fraktion hätte gut daran getan, das eine oder andere zu verwirklichen, und zwar nicht mit Verzögerung, sondern gleich. Das hätte auch ein gewisses Zeichen von Größe bedeutet. Damit will ich mich aber nicht aufhalten. Insgesamt kann man durchaus sagen, dass es den Menschen und den Haushalten im Freistaat Bayern relativ gut geht. Im kommunalen Bereich – der Kollege Knoblauch hat zu Recht darauf hingewiesen – gibt es aber noch deutliche Unterschiede. Wenn alles in Butter wäre, wäre nicht halb Bayern, wie der Kollege Muthmann zu Recht gesagt hat, Raum mit besonderem Handlungsbedarf. Es gibt genügend Handlungsbedarf, packen wir es an!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Pohl. – Für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht jetzt Kollegin Stamm. Bitte schön.

Claudia Stamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der bayerische Haushalt ist eine Geschichte von Zwergen und selbsternannten Königen. Er sollte aber eine Geschichte von Tugenden sein, die einem Haushalt innewohnen, und das sind Ehrlichkeit und Sparsamkeit.

Bevor wir einen Blick auf den aktuellen Haushalt werfen, lassen Sie uns erst einmal in die Zukunft schauen. Wohin soll denn die Reise mit dem bayerischen Haushalt gehen? Wo steht der Haushalt zum Beispiel im Jahr 2030, und wie hoch sollen die Ausgaben noch steigen? Wenn es so weitergeht, werden sie offenbar auf 80 Milliarden Euro steigen.

Wir erinnern uns: Ein großes, aber lediglich dahingeworfenes und damit leeres Versprechen lautete: Bayern soll 2030 schuldenfrei sein. Wie viele Schulden haben wir

denn dann? Jetzt ist vorgesehen, in den Jahren 2019 und 2020 jeweils 500 Millionen Euro zu tilgen. Rechnerisch wären die Schulden dann 2072 getilgt, aber nicht 2030.

Gleichzeitig steigen die Pensionsverpflichtungen sicherlich auf 8 Milliarden Euro an. Das heißt, die Ausgaben für die Pensionen übersteigen die jetzige Summe für den Länderfinanzausgleich. Lassen Sie uns eines klarstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir stehen zu den Pensionsversprechen für die Beamten, sehr geehrter Herr Harbermann. Dann muss man aber auch dafür Vorsorge treffen. Das tut die Staatsregierung eben nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was machen wir eigentlich, wenn die Einnahmen nicht mehr so sprudeln wie in den vergangenen sechs Jahren und wenn dann kein Geld mehr in der Rücklage ist, weil laut offizieller Planung der Staatsregierung 2018 die Rücklage nur noch 1 Milliarde Euro vorzuweisen hat? Das soll jetzt kein Horrorszenario werden; dazu besteht im Moment noch kein Anlass. Bei allen Jubelmeldungen über Bayern haben Sie aber keine Antwort auf alle diese Fragen. Feststeht, dass Sie endlich Antworten auf diese Fragen finden müssen, sonst bekommen wir massive Haushaltsprobleme.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie kommen wir da raus? – Wir müssen die Ausgaben endlich auf wesentliche Projekte konzentrieren. Wir müssen Prioritäten setzen, damit uns die Ausgaben in Zukunft nicht über den Kopf wachsen. Das wurde mit diesem Haushalt aber wieder nicht gemacht. Wir müssen mehr in Bildung investieren, damit Bayern ein starkes Land bleibt und bleiben kann, und wir müssen den Pensionsfonds zu einem echten Pensionsfonds machen. Lediglich 100 Millionen Euro pro Jahr für die Vorsorge, das ist ein Witz! Gerade angesichts der zahlreichen Stellenmehrungen brauchen wir wirkliche Vorsorge.

Unsere Vision sieht folgendermaßen aus: Wir sorgen mit Klimaschutz vor; die Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist so gut finanziert, dass genügend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und möglichst kein Unterricht ausfällt. Wir fordern ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, in denen Inklusion gelebt werden kann. Kurz: Wir fordern, dass die Jugend mit guter Bildung für die Zukunft gerüstet ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach unserer Vision wird die Landwirtschaftsförderung mehr und mehr auf Bio umgestellt. Der öffentliche Nahverkehr in den Städten – und im ländlichen Raum! – wird so gut finanziert und ausgebaut, dass wir deutlich weniger Autoverkehr brauchen. Der Haushalt ist mit Rücklagen für steigende Pensionsausgaben und für wirklich unvorhergesehene Ausgaben gerüstet, damit es nicht mehr vorkommt, dass immer wieder ein bisschen draufgesattelt wird.

Wenn ich vor diesem Hintergrund auf den vorliegenden Doppelhaushalt blicke, dann sage ich Ihnen deutlich: Lassen Sie Ihr Selbstlob einfach mal stecken!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Minus 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2017, minus 0,6 Milliarden Euro im Jahr 2018 – das sind die Fakten. Von wegen "postfaktisch", Herr Minister Söder! So hoch war das Einnahmenminus, als der Haushalt im September aufgestellt wurde. Jetzt sollen es noch einmal 25 Millionen Euro weniger im Jahr 2017 und 34 Millionen Euro weniger im Jahr 2018 sein; diese Zahlen ergeben sich aus der Nachschubliste, die die Ausgaben enthält, die im Laufe der Beratungen hinzugekommen sind. Kleinere Veränderungen im Steuerrecht verursachen ein Minus von 22 Millionen Euro im Jahr 2017 und ein Minus von 425 Millionen Euro im Jahr 2018.

In der Summe ergibt sich für das Jahr 2017 ein Minus von 1,2 Milliarden Euro; diese werden der Rücklage entnommen. Im Jahr 2018 muss die Rücklage um gut 1 Milliarde Euro geplündert werden.

Im Jahr 2017 muss der Staat 1,2 Milliarden Euro hernehmen, um die vielen, vielen Ausgabenwünsche zufriedenzustellen. Die CSU-Klientel hat offensichtlich eine Menge teurer Wünsche. Ernsthaftige Investitionen in die Zukunft kann ich, im Gegensatz zu den Behauptungen von CSU und Staatsregierung, in diesem Haushalt nicht erkennen.

Im Jahr 2018 nehmen Sie gut 1 Milliarde Euro vom Sparbuch. Bislang ist es gut 1 Milliarde; denn 2018 ist, wie wir alle wissen, ein Wahljahr. Ich garantiere Ihnen, dass Sie im Vorfeld der Wahl bei den Ausgaben noch einmal ordentlich draufsatteln werden, dass noch einmal ordentlich "investiert" wird. Das war bisher in jedem Landtagswahlkampfjahr so. Diesmal werden Sie erst recht auf diese Methode zurückgreifen, da Sie – das sage ich Ihnen schon heute voraus – Panik bekommen werden, dass die Sprüche, mit denen Sie mit der AfD in Konkurrenz treten, nicht mehr ausreichen könnten, um die Wähler einzufangen. Daher wird es zusätzlich zu Ihren rechten Sprüchen noch schnell Geschenke für die Wähler geben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist – ich fasse es gern zusammen –: Der Haushalt ist trotz Rekordeinnahmen mit 2,2 Milliarden Euro im Minus. Die Rücklagen entwickeln sich laut offiziellen Prognosen folgendermaßen: Im Jahr 2015 waren gut 6 Milliarden Euro in den Rücklagen. Im Jahr 2018 wird es noch gut 1 Milliarde Euro sein. An diesen Zahlen wird deutlich, wie die Rücklagen geplündert werden. Wenn man sich dies vor Augen hält, dann erkennt man, dass Herr Minister Söder seine vielen Versprechungen und Ankündigungen, die Steuern massiv zu senken – er hat sie heute Vormittag wiederholt –, nur deswegen machen kann, weil er selbst weiß, dass er sich nicht durchsetzt. Anders ist es nicht zu erklären. Da auch ihm bewusst ist, dass er sich in Berlin nicht durchsetzen kann, hören wir von ihm alle Jahre wieder, besonders laut und vernehmbar vor jeder Wahl, dass der Mittelstand dringend steuerlich entlastet werden müsse.

Ja, in diesem Punkt bin ich Ihrer Meinung, Herr Minister. Richtig so! Der Mittelstand muss entlastet werden. Dies ist aber nur mit einer seriösen Gegenfinanzierung mög-

lich. All die unrealistischen Ideen des bayerischen Finanzministers sind allerdings keine Gegenfinanzierung. Im Gegenteil, dadurch würden weitere Löcher in die Staatskasse gerissen. Der Betrag, den Bayern aus der Erbschaftsteuer einnimmt, ist jüngst sogar nochmals gestiegen; mittlerweile sind es 1,4 Milliarden Euro. Das ist kein kleiner Beitrag zur Finanzierung des Haushalts. Wenn sich der bayerische Finanzminister mit seiner Forderung nach Abschaffung der Erbschaftsteuer durchgesetzt hätte – zum Glück ist ihm das nicht gelungen –, dann müssten wir diese 1,4 Milliarden Euro auch noch der Rücklage entnehmen. Anders formuliert: Es gäbe längst keine Rücklage mehr. Das ist übrigens nicht meine Rechnung, sondern die Rechnung der Staatsregierung. Angesichts der Zahlen ist es völlig absurd, wenn Sie immer wieder den Eindruck erwecken, Bayern könne auf diese Einnahmen verzichten. Das Gegenteil ist der Fall.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem wäre es höchst ungerecht – anders kann man es nicht bezeichnen –, wenn Erben entlastet und Bezieher mittlerer Einkommen immer stärker belastet würden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, in den Haushaltsberatungen, die an vielen Tagen mehrere Stunden dauerten, meist von 8 Uhr bis 16 Uhr, haben wir Ihnen zahlreiche Möglichkeiten aufgezeigt, den Haushalt nach Plan umzustrukturieren. Leider haben Sie wieder einmal nichts davon umgesetzt. Stattdessen haben Sie überall etwas draufgesattelt, das heißt, überall etwas mehr Geld veranschlagt. Dagegen steht unser Konzept, das grüne Konzept. Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft.

Ja, man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Glücklicherweise ist heute schon zweimal darauf hingewiesen worden, dass wir zu jedem unserer Anträge Gegenfinanzierungsvorschläge vorgelegt haben. Wir wollen die Mittel umschichten.

Es ist notwendig, klar festzulegen, was Aufgabe des Staates ist und was nicht dazugehört. Dann ist zu klären, wie die Erfüllung der Aufgaben finanziert werden soll. Diesen Fragen müssen wir uns stellen. Man kann sich nicht überall lieb Kind machen, wenn

man benennt, was nicht Aufgabe des Staates ist bzw. welche Umschichtungen zugunsten wichtigerer Aufgaben vorgenommen werden sollen. Das ist Politik, nichts anderes. Politik muss die Rahmenbedingungen setzen. Politik muss den Einzelnen und die Einzelne befähigen, handlungsfähig zu sein.

Es gehört nicht zu unseren Aufgaben, eine weitere Transferleistung in dreistelliger Millionenhöhe mal eben draufzusatteln. Herr Kollege Weidenbusch ist leider nicht da; wir hatten im Haushaltsausschuss eine sehr angeregte Diskussion. Es ist keine Staatsaufgabe, Eltern dafür zu fördern, dass sie ihr Kind nicht in die Krippe schicken. Dies als Staatsaufgabe zu definieren, ist einfach falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es wäre unsere Aufgabe, das Geld, das dafür verwendet wird, richtig anzulegen, nämlich in bessere Betreuung und Bildung im vorschulischen Bereich. Alle Studien besagen, dass der Grundstein für Chancengerechtigkeit in der Vorschule gelegt wird. Alle Studien stellen ebenso fest, dass die westlichen Länder, insbesondere wir, das reiche Deutschland, es nicht schaffen, genügend Geld in die Vorschule zu investieren.

Ja, ich wünsche mir ein Bayern, in dem der Schulabschluss endlich weniger als bisher vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Ich wünsche mir ein Bayern, in dem Familien ermutigt werden, ihre Kinder in die Kindertagesstätte zu geben, und zwar in eine mit ordentlich bezahlten Erzieherinnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ordentlich bezahlte Erzieherinnen, dafür wäre das Betreuungsgeld sinnvoll investiert. Aber Hauptsache, Sie behalten recht und drücken Ihr Betreuungsgeld irgendwie durch.

Wir haben weitere Umschichtungen beantragt, die für die Zukunft stehen, nicht aber für Ihre rückwärtsgewandte Politik: 130 Millionen Euro wollen wir beim Neubau von Staatsstraßen kürzen; dabei haben wir konservativ und ehrlich gerechnet. Stattdessen

wollen wir mehr Geld für den öffentlichen Nahverkehr und die Radwege zur Verfügung stellen.

23 Millionen Euro wollen wir beim Marketing für die konventionelle Landwirtschaft kürzen. Stattdessen wollen wir den Öko-Landbau – und so weiter, und so weiter – fördern.

Wir haben Ihnen etliche andere Möglichkeiten aufgezeigt, den Haushalt zukunftsfest zu machen, das heißt, umzuschichten zugunsten von Klimaschutz, Energiewende, Bildung und Inklusion. Unser Haushaltsentwurf ist gegengerechnet und an der Zukunft orientiert. Die Bereiche energetische Sanierung und Bauunterhalt sollen mehr Geld bekommen.

Unser Haushaltsentwurf hält internationales Recht ein, weil bei uns Inklusion eben kein Fremdwort ist. Wir wissen, dass es für die Inklusion mehr Lehrkräfte als bisher braucht. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Es braucht endlich einen wirklichen Schritt in Richtung barrierefreies Bayern und nicht nur leere Versprechungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unser Haushalt investiert in die Kinder von klein an, von der dualen Ausbildung bis zum Hörsaal. Unser Haushalt ist nachhaltig; denn wir investieren tatsächlich in die Zukunft unserer Kinder. Das und nichts anderes muss die Maxime unseres Handelns sein.

Dazu gehört auch, dass wir nachfolgende Generationen nicht mit Altlasten überfordern, etwa, wenn es um die Altersversorgung der Beamtinnen und Beamten geht. Es braucht eben auch hier eine vorsorgende Politik, einen Pensionsfonds, der seinen Namen verdient, damit die Versorgungsausgaben nicht die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich überholen.

Der Kompromiss, den die 16 Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten zum Länderfinanzausgleich ausgehandelt haben, ist gut. Es ist auch kein Wunder, dass er gut ist; denn dieser Kompromiss entspricht genau einem grünen Konzept von vor über sechs Jahren.

(Beifall bei den GRÜNEN – Thomas Kreuzer (CSU): Oh Gott!)

Ich kann Ihnen nachher noch die Drucksachenummer mitgeben, falls Sie für die Weihnachtsferien eine Lektüre brauchen. Allerdings wird die Idee, nach der der Länderfinanzausgleich jetzt gestaltet ist, in den kommenden drei Jahren nichts ändern. Auch nach 2020 wird er angesichts der Haushaltspolitik des bayerischen Finanzministers nicht viel bringen.

Der Kompromiss zum Länderfinanzausgleich ist gut, weil die Ausgleichszahlungen zwischen den Ländern endlich wegfallen. Die Neiddebatten, die wir hier so oft gehört haben und die vom Ansatz her so unsäglich falsch sind, weil sie an der Sache vorbeigehen, sind dann hoffentlich endlich vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was die Einnahmen angeht, die wir durch den Kompromiss nach dem grünen Vorbild erlösen: Es handelt sich um 1,3 Milliarden Euro für Bayern. Bayern wird sich also 1,3 Milliarden Euro sparen. Sie verpuffen aber, wenn der Finanzminister so weitermacht, nämlich ohne Plan und Konzept Geld ausgeben, ausgeben und nochmals ausgeben.

Die Einnahmen in Bayern sind 2014 um fast 3 Milliarden Euro gestiegen. 2018 werden die Einnahmen voraussichtlich um 2 Milliarden Euro steigen. Was ist aber der Effekt? – Minister Söder kann den Haushalt 2017 und 2018 nicht ohne massive Entnahmen vom Sparbuch ausgleichen. 1,3 Milliarden Euro Erlöse aus dem neuen System des Länderfinanzausgleichs gehen bei seinem internen Wahlkampf um den Posten des Ministerpräsidenten einfach unter.

Eigentlich waren die Erlöse aus dem neuen Länderfinanzausgleich aber für etwas ganz anderes vorgesehen. Erinnern wir uns alle: Es gab das Konzept oder die einmal dahingeworfene Nummer von der Schuldentilgung bis 2030. Es sollte so sein, dass die Erlöse, die man mit dem neuen Konzept des Länderfinanzausgleichs erzielt, in die Schuldentilgung gehen. Die Schuldentilgung wird aber nicht funktionieren, weil es tatsächlich so ist, dass die CSU-Haushalts- und Steuerpolitik allen alles verspricht.

Jetzt komme ich vom großen Länderfinanzausgleich zum kleinen Länderfinanzausgleich. Die Kollegen haben es vorher schon gesagt: Es ist nicht Ihr Verdienst, dass der kommunale Finanzausgleich so hoch ist – es tut mir herzlich leid. Die Höhe geht auch nicht auf eine besondere Kommunalfreundlichkeit der CSU zurück – hören Sie endlich damit auf! Die Höhe ergibt sich schlicht und ergreifend aus der hohen Gesamtsumme der Steuern. Das ist es einfach. – Punkt; fertig!

Den Anteil, den die Kommunen bekommen, haben Sie eben nicht erhöht. Sie sind nicht in einen höheren Anteil eingestiegen. Dies wäre aber dringend notwendig, um die Kommunen endlich unabhängiger zu machen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

insbesondere unabhängiger von den zahllosen Einzelförderungen im kommunalen Finanzausgleich, mit denen wir die Kommunen übrigens bevormunden. Wir streben für die Kommunen schrittweise 15 % des Gesamteinkommens des Steuerverbundes an. Vor allem sollten die Kommunen von der ständigen Ausweisung neuer Gewerbegebiete unabhängiger sein. Der wahnsinnige Flächenverbrauch, die Landschaftsversiegelung muss beendet werden, und zwar nicht nur in Ihren Sonntagsreden, sondern auch de facto. Achten und schützen Sie endlich unsere Natur!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Apropos Kommunen: Es vergeht kaum ein Tag, an dem der selbsternannte Heimatminister Söder nicht pressewirksam irgendeinen Termin zum Breitbandausbau im ländli-

chen Raum wahrnimmt. Da werden dann die Förderbescheide überreicht und Floskeln vom digitalen Ausbau auf dem Land gedroschen. Jetzt kommt auch noch Wirtschaftsministerin Aigner mit dem "eDorf". Ich finde, Sie sollten Ihren Konkurrenzkampf anderswo austragen, nicht bei dem wichtigen Thema des Breitbandausbaus für den ländlichen Raum. Zu hoffen bleibt, dass beim "eDorf" das Geld nicht nur in die Werbung statt in den dringend nötigen Netzausbau fließt, damit zukünftig auch andere Dörfer in Bayern von den Erfahrungen profitieren. Das ist ja ein Modellprojekt.

Wenn die Bayerische Staatsregierung wirklich eine Ahnung davon hätte, was sie tut, wüsste sie, dass Änderungen in ihrem Förderprogramm für den Ausbau der Glasfaserleitungen dringend notwendig sind, weil wir ansonsten in einem Großteil der Orte noch lange auf 30-Mbit-Leitungen sitzen bleiben und der ländliche Raum damit tatsächlich abgehängt wird und für die digitale Zukunft nicht gerüstet ist. Damit wir uns nicht missverstehen: Der Breitbandausbau auf dem Land muss endlich kommen. Das haben wir GRÜNE schon jahrelang gefordert. Sie müssen jetzt aber dafür endlich die politischen Weichen stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Übrigens: Wenn die CSU, der Ministerpräsident oder auch der Finanzminister von den Schulden Bayerns spricht, dann ist dabei von den Schulden der Landesbank nicht die Rede. Etwas Ehrlichkeit würde Ihnen auch hier gut zu Gesicht stehen. Auch die Schulden der Landesbank sind Schulden. So einfach ist das. – Punkt! Das sind Schulden.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Schulden sind Schulden!)

– Genau. Auch diese müssen getilgt werden. Wir sprechen dabei über gut 8 Milliarden Euro. Die Landesbank selbst wird mit 1 Milliarde Euro zur Schuldentilgung beitragen. Den Rest aber, also 7 Milliarden Euro, müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler aufbringen.

Apropos Ehrlichkeit: Wenn Markus Söder im nächsten Jahr 500 Millionen Euro Schulden tilgt, aber gleichzeitig 1,2 Milliarden Euro aus der Rücklage nimmt, ist das eine glatte Täuschung der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen bei der CSU)

Mir wäre es lieber, wenn der Finanzminister kein Märchenerzähler wäre.

Für 2018 sieht es nicht besser aus. Bislang ist klar: 2018 wird für 500 Millionen Euro Tilgung eine gute Milliarde Euro vom Sparbuch genommen. Das liegt auf der Hand: Wenn man etwas rechnen kann, stellt man fest, dass an der Rechnung des Finanzministers etwas nicht stimmt. Ja, auch dieser Haushalt kommt ohne neue Verschuldung aus. Es stimmt, dass er ohne neue Verschuldung auskommt. Das ist aber eben Glück oder eben auch

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger – dies zu sagen gehört auch zur Ehrlichkeit –, aber nicht das Ergebnis Ihrer Planungen oder Ihrer Arbeit.

Auch bei den Haushaltsresten gibt es mehr Plan als Taten. Haushaltsreste klingt vielleicht zunächst einmal ziemlich technisch. Man könnte sagen, dass die Menschen nicht besonders viel Interesse an dem Thema Haushaltsreste haben. Wenn ich aber Haushaltsreste habe und sie nicht ausbebe, gleichzeitig aber große Defizite habe, wie zum Beispiel bei der Barrierefreiheit der Bahnhöfe, muss ich mir schon eine Frage stellen. Auf der einen Seite horte ich die eigentlich genau dafür vorgesehenen Haushaltsreste, auf der anderen Seite werden die Bahnhöfe nicht barrierefrei.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Herold (CSU))

Apropos Bahnhof: Sehen Sie manchmal das Bayerische Fernsehen? – Dann habe ich für die Weihnachtsferien vielleicht einen Tipp. Der Tipp ist, sich im letzten "Schleich-Fernsehen" einen Beitrag zur Stammstrecke anzusehen. Darin wird kurz und knapp

erklärt, wie es sich mit der Stammstrecke verhält. Ich spreche vom zweiten Stammstreckentunnel. Die zweite Stammstrecke kostet ungeheuerlich viel Geld. Die Kosten sind in den letzten Jahren allein in der Planungsphase bereits um ein Vielfaches angestiegen. Als ich 2009 in den Landtag nachgerückt bin, war von 1,6 Milliarden Euro die Rede. Heute sind wir bei 3,6 Milliarden Euro, und wir haben noch nicht einmal angefangen zu bauen. Wir sind immer noch in der Planung. Vor allem aber löst diese zweite Stammstrecke die Probleme des Personennahverkehrs nicht, nicht einmal ein klein wenig – im Gegenteil: Seit Jahren blockieren die Planungen zum zweiten S-Bahn-Tunnel in München vernünftige Ausbaumaßnahmen im Münchner S-Bahn-Netz und auch Elektrifizierungen in ganz Bayern – die Strecke München – Mühldorf ist hier ein Stichwort. Aber das Geld ist eben nicht nur für München da. Das wirft man uns ja immer gerne vor. Im Grunde machen Sie es aber leider genau falsch. Sie blockieren wegen des Tunnels alles, was für ganz Bayern vorgesehen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Blicken wir einmal zurück. Der Bau der zweiten Stammstrecke sollte eigentlich im Jahr 2010 fertig sein. Ich rede hier von "fertig sein" und nicht von "anfangen". Jetzt schreiben wir das Jahr 2016, und Sie haben mit der Stammstrecke noch nicht einmal angefangen. Sie werden auch in den nächsten zehn Jahren nicht fertig werden. Es ist auch noch völlig offen, ob Sie jemals damit anfangen werden. Sie weigern sich, von diesem Großprojekt abzurücken und die dringend notwendigen, sinnvolleren Maßnahmen durchzuführen. Dies müssen die Fahrgäste im Raum München jeden Tag aufs Neue, jeden Tag, ausbaden. Abgesehen davon wären viele Fahrgäste bereits froh, wenn die erste Stammstrecke verlässlich funktionieren würde, bevor mit dem Bau einer zweiten Stammstrecke begonnen wird.

Was die Region München tatsächlich ganz dringend braucht, ist ein Ringsystem. Jede andere Großstadt hat ein Ringsystem, nur eben München nicht. Um die Mobilität bei steigenden Einwohnerzahlen stadt- und umweltverträglich gewährleisten zu können, müsste eine Ringstraße gebaut werden. Falls es zur zweiten Stammstrecke in Form

des Tunnels kommt, ist dafür überhaupt kein Geld mehr übrig. Das Projekt ist nicht nur verkehrs-, sondern auch haushaltspolitisch völlig daneben und untauglich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, gehen wir weg von der Stammstrecke und hin zu den hohen Haushaltsresten. Diese sind alles andere als demokratisch. Die angehäuften Reste sind ein Weg, das Königsrecht des Parlaments zu umgehen. Ende 2015 betrugen die Haushaltsreste 5,4 Milliarden Euro! Das ist wirklich eine kritische Summe. Fangen Sie damit endlich etwas an. Fangen Sie endlich etwas Sinnvolles mit diesen unseren Haushaltsresten an. Sie könnten sie für die Grundfinanzierung an den bayerischen Universitäten oder für den Ausbau von Bahnhöfen nutzen. Somit könnten ältere Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit Kinderwagen endlich ohne Hindernislauf zum Zug kommen. Alternativ könnten wir klar und deutlich dafür appellieren, die Haushaltsreste einzuziehen, damit diese wieder dem Allgemeinwohl zur Verfügung stehen können und Sie damit nicht etwa für Ihren Wahlkampf im Jahr 2018 sorgen können. Ich habe gerade vom Königsrecht des Parlaments gesprochen. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der CSU, seien Sie mir nicht böse, aber heldenhaft ist das nicht, wie Sie mit dem Königsrecht im Bayerischen Landtag umgehen. Das, was Sie mit dem Haushalt machen, entspricht eher einem Zwergengericht. Es wäre an uns als Parlament, den Haushalt zu gestalten, umzugestalten und umzuschichten, etwa zugunsten eines besseren Klimas oder unserer Kinder.

Sie nutzen den Haushalt, um Ihr Spielgeld regional aufzuteilen. Die Staatsregierung stellt Ihnen das Spielgeld großzügig zur Verfügung. Inzwischen beträgt es nicht mal mehr ein Promille des Haushaltsvolumens. Früher war ein Promille des Haushaltsvolumens eine Hausnummer. Das Haushaltsvolumen steigt mit diesem Haushalt auf knapp 60 Milliarden Euro an. Aber das Spielgeld ist bei 50 Millionen Euro geblieben.

Hinzu kommt, dass Sie sich damit zufriedengeben, dass für ein Jahr nicht einmal ein Promille des bayerischen Haushalts ausgegeben wird. Anschließend sind Sie wieder

von der Staatsregierung abhängig, ob Sie wieder Spielgeld für das Jahr 2018 bekommen, das nicht einmal ein Promille beträgt. Die Frage ist, ob Ihnen die Staatsregierung das Spielgeld im Nachtragshaushalt großzügigerweise wieder zugesteht. Das ist ein Zwergenrecht, wenn man es so ausübt.

Aber Bayern ist es wert, eine ernsthafte Haushaltspolitik zu haben. Bayern ist es wert, eine Politik zu haben, die gestalten will, Prioritäten setzt und vor allem in die Zukunft gerichtet ist. Mit diesem Haushaltsentwurf hätten Sie die Chance zum Gestalten und Umschichten zugunsten von Politik, Bildung, Energiewende und Generationengerechtigkeit gehabt. Diese Chance haben Sie mal wieder verpasst. Mit unserem grünen Haushaltsentwurf hätten Sie die Chance gehabt, wie Königinnen und Könige zu handeln. Sie hätten damit endlich die notwendigen Zukunftsherausforderungen angehen können. Sie hätten anständig in Inklusion, Vorsorge, Bildung und Energiewende investieren können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich dem Ausschussbüro einen großen Dank aussprechen. Die Haushaltsberatungen waren eine Heidenarbeit, auch wegen der vielen kurzfristigen Tischvorlagen der CSU. Die vielen, vielen Stunden Haushaltsberatung waren eine Riesenarbeit. Herr geschätzter Kollege Güller, mit 24 Stunden haben Sie sich heute Vormittag ein bisschen verrechnet. Diese Anzahl an Stunden hatten wir wahrscheinlich teilweise in einer Woche. Dem Ausschussbüro gilt ein herzliches Dankeschön. Ich möchte mich auch bei der Verwaltung, besonders im Finanzamt, für die viele, viele Vorarbeit bedanken. Ich möchte mich auch beim Vorsitzenden Peter Winter für die sehr, sehr angenehme Leitung und Führung der Haushaltsberatungen bedanken. Auch danke ich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses. Egal wie sehr wir uns dort fetzen, können wir danach auch ein Bier miteinander trinken gehen. Dafür bedanke ich mich ganz herzlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Frau Kollegin Stamm. – Jetzt hat der Ausschussvorsitzende Winter das Wort. Bitte schön.

Peter Winter (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben in aller Freundschaft ein Bier miteinander getrunken. Das stimmt so. Liebe Frau Kollegin Stamm, du wolltest keine Panikrede und keine Horrorrede halten. Du hast festgestellt, dass Bayern ein starkes Land ist und dies auch bleiben soll. Ich verspreche dir: Solange die CSU hier in Bayern die Mehrheit hat, wird Bayern ein starkes Land bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Für wen du allerdings die Rede gehalten hast, kann ich nicht so richtig beurteilen. Ich denke, die Rede war mehr an deine Fraktion als an den Landtag gerichtet. Aber das ist die Bewertung jedes Einzelnen von uns.

Lieber Günther Knoblauch, alter Bürgermeisterkollege, du solltest den Oberbürgermeister von Nürnberg nicht herabsetzen. Ich weiß nicht, wie oft du bei Haushaltsberatungen bzw. bei Finanzausgleichsberatungen mit dem Herrn Maly zu tun hattest. Er ist ein großer Verfechter der bayerischen Städte und nimmt seine Aufgabe als Städtetagsvorsitzender sehr ernst. Er verhandelt auch sehr hart. Aber er erkennt auch die Leistungen an, die bei diesen gemeinsamen Verhandlungen rauskommen.

Du hast gesagt, dass es kein Geld für die Musikschulen gibt. Du solltest dir die letzten Haushalte anschauen. Ich würde gerne noch mehr geben; das gebe ich ganz offen zu. Aber man muss auch die Entwicklungen sehen. Gott sei Dank gibt es sehr viele Neugründungen bei den Musikschulen. Trotz alledem haben wir über die Fraktionsinitiative wieder Geld zugeschossen. Ich weiß, dass das Themen sind, die die Bürgermeister beschäftigen. Ich habe die versammelte kommunale Familie gefragt, ob sie sich bei den Zuwächsen denn nicht vorstellen könnten, etwas für die Bäder zu tun. Damals betrug die Zuwächse über 240 Millionen Euro. Diese wurden jetzt nochmals um 70 Millionen Euro erhöht. Wie möchte man das auch anders als über das FAG regeln?

Die übereinstimmende Meinung der kommunalen Familie war: Wir haben jetzt andere Probleme, die wir zu bewältigen haben. Das wollte ich nur noch zu diesem Thema sagen.

Richtig ist, dass der Doppelhaushalt 2017/2018 wieder einmal ein hartes Stück Arbeit für uns alle war. Daher freue ich mich umso mehr, dass wir heute nach vier arbeitsintensiven Sitzungswochen im Haushaltsausschuss den Doppelhaushalt verabschieden können. Ich bin sehr gespannt, wer diesem Doppelhaushalt zustimmen wird. An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Ausschuss bedanken. Wir bemühen uns wirklich, diese Herausforderungen konstruktiv und miteinander zu meistern. Wir diskutieren kontrovers und intensiv. Aber wir bleiben auch konstruktiv. Ich wiederhole: Es gelingt uns immer noch, nach getaner Arbeit ein Bier miteinander zu trinken.

(Beifall bei der CSU)

In diesem Zusammenhang gilt mein besonderer Dank auch unserem tüchtigen Finanzminister Herrn Dr. Markus Söder, seinem Staatssekretär Albert Füracker und allen weiteren Kabinettsmitgliedern für ihre Präsenz bei den Beratungen.

(Beifall bei der CSU)

Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Ausschussbüros, aller Fraktionen sowie der Ministerien danke ich für die gute Vorbereitung der Sitzungen. In meinen Dank einschließen möchte ich aber vor allem den bayerischen Steuerzahler, der für das finanzielle Fundament sorgt, auf dem unsere solide Finanzpolitik beruht. Nicht vergessen will ich unsere Landtagspräsidentin und ihr für die Wegzehrung in diesen langen Sitzungen danken. Frau Kollegin Stamm hat zu Recht gesagt, dass die Sitzungen von 8.00 Uhr morgens bis 5.00 Uhr abends gingen. Besonders möchte ich auch unserem fleißigen Stenografischen Dienst danken, der nicht nur bei der Marathonsitzung letzte Woche besonders schwer gefordert war.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und GRÜNEN, Sie setzen sich sonst immer vehement für den Arbeitsschutz ein. Ich finde es wirklich schade, dass Ihnen diese Show letzte Woche wichtiger war als der Arbeitsschutz der Landtagsbediensteten, die letzte Woche zum Teil mehr als 20 Stunden am Stück arbeiten mussten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Dass man von einer Sternstunde des Parlamentarismus sprechen kann, wie es Herr Rinderspacher getan hat, bezweifle ich sehr.

(Beifall bei der CSU)

Im Haushaltsausschuss haben wir in den letzten Wochen neben dem Haushaltsgesetz und dem Finanzausgleichsänderungsgesetz auch 15 verschiedene Einzelpläne beraten. Insgesamt wurden rund 570 Änderungsanträge und 15 Eingaben zum Doppelhaushalt und zum FAG-Änderungsgesetz gestellt. Die CSU-Fraktion hat dabei mit 63 eigenen Anträgen deutliche Akzente gesetzt, auf die ich später noch kommen werde. Bei einer Durchsicht der Änderungsanträge der Opposition fällt vor allem eines auf: Die Opposition hat einen Teil ihrer Anträge vom letzten Doppelhaushalt kopiert und erneut gestellt.

(Harald Güller (SPD): Das machen wir so lange, bis Sie die Anträge annehmen!)

Deshalb wundere ich mich auch nicht, dass wir jetzt mit rund 570 Anträgen gut 80 Anträge mehr bewältigen mussten. In meiner Rede zur Ersten Lesung habe ich gefragt, welche Fraktion wohl den Rekord bei den Mehrforderungen zum Doppelhaushalt aufstellen wird. Die Frage ist jetzt geklärt. Sie alle wird es nicht überraschen, dass die FREIEN WÄHLER mit insgesamt rund 3,2 Milliarden Euro Mehrforderungen unangefochtener Spitzenreiter sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gut angelegtes Geld!)

Damit liegen die FREIEN WÄHLER zwar unter ihrem bisherigen Rekord von 3,8 Milliarden Euro beim letzten Doppelhaushalt, sie haben aber immer noch keinen soliden finanzpolitischen Kurs. Lieber Herr Aiwanger, Ihr Motto lautet: Mehr fordern kostet nichts, jedenfalls nicht die FREIEN WÄHLER. Die FREIEN WÄHLER haben wieder keine geeigneten Vorschläge zur Gegenfinanzierung gemacht. Herr Kollege Pohl, dann dürfen Sie sich auch nicht wundern, dass wir schon alleine aus diesem Grund diese Anträge ablehnen müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ihr würdet sie so oder so ablehnen!)

Bezeichnend ist auch, was Sie bei Ihrer Pressekonferenz am 2. November zur Finanzierung Ihrer Forderung nach zwei zusätzlichen Kommunal-Milliarden erklärt haben. Sie sagten, in den letzten Jahren habe es immer wieder Haushaltsüberschüsse – Frau Stamm spricht von Sparbüchern – von 2 bis 3 Milliarden Euro gegeben. Damit wäre auch die Kommunal-Milliarde finanziert. Auf den Einwand, der nicht von uns kam, dass dies keine Gegenfinanzierung sei, und die Frage, wo Sie bei Ausgaben streichen wollen, haben Sie erwidert: Ich bin nicht der Finanzminister; die Finanzierung soll aus der stillen Reserve erfolgen.

(Lachen bei der CSU)

Herr Kollege Pohl, wir spielen kein Haushaltslotto. Kein Haushälter plant mit Überschüssen. Der Haushaltsplan muss bereits bei der Planung in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen sein, nicht erst im Vollzug. Das ist das kleine Einmaleins. Gott sei Dank spielen wir kein Haushaltslotto, sondern planen seriös und solide. Ihr Fraktionsvorsitzender Aiwanger hat vorgestern in seiner Pressemitteilung zum Doppelhaushalt erklärt: Wir FREIE WÄHLER vertreten ganz klar die Forderung, uns auf das Machbare zu konzentrieren. Wie das zu den Mehrforderungen der FREIEN WÄHLER von insgesamt 3,2 Milliarden Euro passt, ist mir ein Rätsel. Das finanziell Machbare können Sie,

Herr Aiwanger, jedenfalls mit Ihren Vorschlägen zur Haushaltspolitik nicht gemeint haben.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Der Nachtragshaushalt wird so hoch sein wie unser Vorschlag!)

Liebe Frau Kollegin Stamm von den GRÜNEN, wir sind nicht oft einer Meinung. Das schadet jedoch nichts. Trotzdem muss ich Sie ein ganz klein wenig loben, und zwar dafür, dass Sie sich bei Ihren Anträgen wenigstens Gedanken zur Gegenfinanzierung gemacht haben. Akzeptabel sind Ihre Vorschläge für uns dennoch nicht. Sie wollen das Betreuungsgeld und das Landeserziehungsgeld abschaffen, keine Schulden tilgen, sondern das Geld dem Pensionsfonds zuführen, die Mittel für den Staatsstraßenbau um insgesamt 130 Millionen Euro kürzen und das Darlehen vom Flughafen München im nächsten Jahr zurückfordern. Liebe Claudia, hier kommen wir nicht zusammen. Das Landeserziehungsgeld wie auch das Betreuungsgeld sind feste Säulen der bayerischen Familienleistung.

(Beifall bei der CSU)

Damit sichern wir die Wahlfreiheit der Eltern zwischen Familienarbeit und Erwerbstätigkeit. Schon allein deswegen lehnen wir eine Abschaffung kategorisch ab.

Wir setzen auf den Pensionsfonds und die Schuldentilgung. Wir stärken den bereits 2,3 Milliarden Euro schweren Pensionsfonds durch jährliche Zuführungen in Höhe von rund 100 Millionen Euro. Wir bauen – das hast du zu Recht anerkannt – weitere Schulden ab. Das sind unsere beiden Säulen der Pensionsfondsvorsorge.

Die vorgeschlagene Kürzung der Mittel für die Staatsstraßen lehnen wir ab. Gerade im ländlichen Raum – das ist ein Anliegen aller Fraktionen – müssen wir die Verkehrsinfrastruktur weiter stärken.

(Beifall bei der CSU)

Das Darlehen der Flughafen München GmbH ist bereits zur Finanzierung der zweiten Stammstrecke in München vorgesehen. Damit ist eine Darlehensrückforderung für andere Zwecke nicht vereinbar. Wir geben auch kein virtuelles Geld aus. Deshalb halten wir nichts von den Finanzvorschlägen der GRÜNEN. Selbst wenn man diese Vorschläge akzeptieren würde, wären immer noch rund 250 Millionen Euro Ihrer Mehrforderungen nicht gegenfinanziert. Wir führen die gleichen Debatten wie im letzten Jahr. Diesmal habe ich jedoch schon die Übersicht dabei, liebe Claudia. Diese Übersicht kannst du gerne haben, um zu überprüfen, wo die Deckungslücke in Höhe von 250 Millionen Euro ist.

Exemplarisch für Schaufensteranträge der FREIEN WÄHLER ist die Drucksache 17/13982. Die FREIEN WÄHLER fordern darin eine schrittweise Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 % auf 14,25 % im Jahr 2018.

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN)

Das alleine wird rund 248 Millionen Euro im Jahr 2017 und 522 Millionen Euro im Jahr 2018 kosten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Peter Winter (CSU): Von mir aus.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Stamm hat sich für eine Zwischenfrage gemeldet.

(Zuruf der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Moment, Frau Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet, oder?

Peter Winter (CSU): Kamm oder Stamm?

Claudia Stamm (GRÜNE): Wir sind schon öfter verwechselt worden.

Peter Winter (CSU): Euch kann man nicht verwechseln.

(Allgemeine Heiterkeit)

Claudia Stamm (GRÜNE): Du nicht, aber Regierungsvertreter. – Kollege Winter, vielen Dank, dass Sie unser Konzept noch einmal dargestellt haben. Sie haben gesagt, dass wir das ehrlich angehen und umschichten. Wir benennen auch, was man streichen und kürzen muss. Dafür bedanke ich mich.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Stamm, bitte formulieren Sie eine Frage.

Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage kommt noch.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nein, Sie dürfen nur eine Frage stellen.

Claudia Stamm (GRÜNE): Ein Danke kann ich vorneweg schieben. –

Die Frage ist eben, ob Sie denn wahrgenommen haben, dass wir im Haushaltsgesetz auch weitere Einnahmen haben, nämlich, dass wir ganz klar Einnahmen aus einer ökologischen Besteuerung wollen. Das ist Ihnen entgangen, dass im Haushaltsgesetz Einnahmen – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frage!

Claudia Stamm (GRÜNE): Die Frage ist, ob er es wahrgenommen hat und ob ausgerechnet wurde, wieviel ein Kies-Euro und ein Wasser-Cent bringen. Den Wasser-Cent haben ganz viele andere – –

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Liebe Frau Kollegin – –

Claudia Stamm (GRÜNE): Herr Präsident Meyer, ich habe die Frage jetzt zweimal gestellt. Ich stelle sie gerne auch noch einmal.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Frau Kollegin Stamm, jetzt darf ich mal kurz was sagen: Zwischenfragen sind nach der Geschäftsordnung kurze Zwischenfragen. Da wird nur die Frage gestellt und nicht außenrum argumentiert.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Sehr gut!)

Ich gehe davon aus, dass Ihre Frage jetzt ausreichend angekommen ist. Frau Kollegin Kamm hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Vielleicht können Sie das im Anschluss mit Herrn Kollegen Winter über eine Zwischenbemerkung klären.

Claudia Stamm (GRÜNE): Nein, ich habe eine Frage gestellt. Herr Präsident Meyer, mir wäre es recht gewesen, wenn Sie für Ruhe gesorgt hätten, während ich geredet habe.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Lieber Herr Kollege Winter, Sie dürfen jetzt die Zwischenfrage beantworten.

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kollegin Stamm, niemandem ist Ihr bürokratisches Monster zur Abkassierung der Bürger in Form eines Wasserpfennigs und einer Kiesabgabe entgangen. Sie setzen damit virtuelle Einnahmen an. So erstellen wir keinen Haushalt!

(Beifall bei der CSU)

Ich komme damit auf meine Ausführungen zurück: Im Doppelhaushalt hätten wir damit 770 Millionen Euro, die nicht gedeckt sind. Bei einer solchen Mehrforderung könnte man meinen, dass das Volumen des kommunalen Finanzausgleichs 2017 zurückgegangen sei. Dieses Thema haben wir schon mehrfach besprochen. Bei den Gemeinden und den Städten ist es aber, glaube ich, angekommen, dass das Gegenteil der Fall ist. Unter Berücksichtigung der November-Steuerschätzung und der endgültigen Berechnung des Steuerverbundes haben wir rund 8,91 Milliarden Euro beim kommunalen Finanzausgleich 2017. Das sind 352 Millionen Euro mehr als im Jahr 2016. Das

ist ein Beispiel dafür, dass wir unsere Kommunen fördern und sie nicht, wie andere Bundesländer, im Stich lassen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Einmalig!)

In Bayern gibt es kein Verteilungsdefizit zulasten der Kommunen. Das zeigt auch der nachstehende Vergleich: Die Ausgaben des Freistaates Bayern sind im 10-Jahres-Zeitraum von 2007 bis 2016 um rund 56 % gestiegen. Die Leistungen des Freistaates an seine Kommunen sind dagegen um rund 84 % gestiegen. Lieber Herr Aiwanger und lieber Herr Pohl, wir brauchen keine Nachhilfe in Sachen Kommunalfreundlichkeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Doch!)

Wir leben Kommunalfreundlichkeit.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darum beschweren sich die Landräte, dass sie bei den volljährigen Flüchtlingen entlastet werden wollen!)

– Lieber Herr Aiwanger, reden Sie bitte von Dingen, die Sie auch verstehen. Für diesen Bereich haben wir in den Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden 112 Millionen Euro draufgelegt. Auch hier lassen wir unsere Kommunen nicht im Stich.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist zu wenig!)

– Bei Ihnen ist alles zu wenig, das ist ja klar. Ich habe Ihnen bereits die Ausgaben des Freistaats Bayern genannt. – Lieber Herr Kollege Güller, natürlich möchte ich auf meine Kollegen von der SPD zu sprechen kommen. Die Mehrforderungen der SPD zum Doppelhaushalt belaufen sich insgesamt auf rund 1,1 Milliarden Euro. Ich weiß nicht, was euch diesmal geritten hat. Ihr wart sehr bescheiden. Rechnet man jedoch die Rückforderung des Flughafendarlehens als ungeeignete Gegenfinanzierung hinzu, liegt die Deckungslücke bei rund 1,4 Milliarden Euro. Was fällt bei den Anträgen der SPD auf?

(Harald Güller (SPD): Dass sie gut sind!)

Selbst bei einer deutlichen Erhöhung der Mittel im Doppelhaushalt ist die SPD der Meinung, dass diese Erhöhung nicht ausreicht, getreu dem Motto: Es muss immer ein bisschen mehr sein, selbst bei Rekordsteuereinnahmen oder Rekordausgaben. Anders formuliert: Die SPD kann und will offenbar nicht mit dem vorhandenen Geld auskommen. Sie würde ihre Wohltaten zur Not auch auf Pump finanzieren. Diese Mentalität der SPD zeigt sich auch in ihrem Änderungsantrag, in dem sie für 500.000 Euro ein bayerisches Pilotprojekt zur Förderung des Katzenschutzes fordert. Sicher wäre noch vieles wünschenswert. Wir können aber nicht alles Wünschenswerte finanzieren.

(Susann Biedefeld (SPD): Der Tierschutz findet überhaupt nicht mehr statt! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Brunner setzt ja Wildkatzen aus! Wir kümmern uns eben um sie!)

– Lieber Herr Aiwanger, ich glaube, dass Frau Kollegin Biedefeld etwas anderes als Wildkatzen gemeint hat. Aber gut, das kann sie Ihnen ja noch näher erläutern. Ob das klappt, wage ich zu bezweifeln. – Wir halten Maß, machen auch im neuen Doppelhaushalt keine weiteren Schulden und bauen weiterhin Altschulden in Höhe von insgesamt 1 Milliarde Euro ab. Seit dem Jahr 2012 haben wir insgesamt rund 4,6 Milliarden Euro weniger Schulden. Damit ist und bleibt Bayern das Land mit den solidesten Staatsfinanzen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Würden wir dagegen allen Anträgen der Opposition zustimmen, würden wir diese Schulden sofort wieder aufbauen, allerdings innerhalb eines Doppelhaushalts im Laufe von zwei Jahren. Wir sehen es aber als unsere Aufgabe an, das fachlich Wünschenswerte mit dem finanziell Machbaren in Einklang zu bringen. Als Bayern stehen wir im bundesweiten Vergleich hervorragend da. Wir haben eine Investitionsquote von rund 11,7 %. Der Durchschnitt der Ländergesamtheit West liegt dagegen bei 8,7 %. Die bayerische Pro-Kopf-Verschuldung liegt bei 2.317 Euro. Kein anderes Bundesland

steht so gut da. Die übrigen westlichen Flächenländer kommen auf einen Durchschnitt von 8.637 Euro.

Wir haben eine Zinsbelastung des Gesamthaushalts von 1,2 %. Schuldenzinsen sind Vergangenheitsbewältigung. Wir gestalten lieber eine erfolgreiche Zukunft für unseren Freistaat Bayern und seine Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Ein Blick auf die Schwerpunkte des Doppelhaushalts 2017/2018 zeigt, dass wir unseren Wählerauftrag verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir setzen im neuen Doppelhaushalt klare Schwerpunkte bei der inneren Sicherheit, der Bildung, der Digitalisierung und der Stärkung des ländlichen Raumes. Auf Terrorgefahr, organisierte Kriminalität und Computerkriminalität reagieren wir mit einem absoluten Schwerpunkt bei der inneren Sicherheit. Im Doppelhaushalt schaffen wir insgesamt 1.000 neue Polizeistellen, und wir haben die Sachmittel für die Polizei um rund 182 Millionen Euro auf insgesamt über 800 Millionen Euro erhöht. Für eine schnelle Rechtsprechung und einen konsequenten Strafvollzug sind im Doppelhaushalt 250 zusätzliche Stellen in der Justiz vorgesehen. Mit diesen Maßnahmen werden wir unsere bundesweite Spitzenposition bei der inneren Sicherheit weiter ausbauen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Das ist wichtig!)

Ein weiterer zentraler Schwerpunkt des kommenden Doppelhaushalts ist die Bildung. Wir schaffen in Schulen und Hochschulen insgesamt rund 1.460 neue Stellen. Die Bildungsausgaben steigen von rund 18,4 Milliarden Euro im Jahr 2016 auf rund 19,4 Milliarden Euro im Jahr 2018. Damit steht jeder dritte Euro im Bayerischen Staatshaushalt im Zeichen der Bildung.

Bei den Haushaltsberatungen hat die CSU-Fraktion weitere Akzente gesetzt, insbesondere bei der Dorferneuerung, der inneren Sicherheit und bei der Bildung. Für die Dorferneuerung waren bereits im Regierungsentwurf insgesamt 124 Millionen Euro

eingepplant. Das entspricht einer Steigerung von 8,9 % gegenüber dem letzten Doppelhaushalt. Da die Dorferneuerung gerade für den ländlichen Raum besonders wichtig ist, haben wir über eine Initiative unserer Fraktion 7 Millionen Euro zusätzlich auf den Weg gebracht; denn mit der Dorferneuerung verbessern wir die Standortqualität und die Lebensverhältnisse in den Gemeinden vor Ort und stärken damit insbesondere den ländlichen Raum mit ganzheitlichen Lösungen.

(Beifall bei der CSU – Hans Herold (CSU): Eine gute Entscheidung!)

Unsere Beamtinnen und Beamten in Polizei und Justizvollzugsdienst leisten hervorragende Arbeit. Dabei sind sie gerade nachts einer besonderen Belastung ausgesetzt. Wir wollen deshalb die Zulage für den Nachtdienst ab dem 1. Januar 2017 von 2,67 Euro auf 4,00 Euro pro Stunde erhöhen. Damit wollen wir gezielt den Vollzugsdienst im Bereich der inneren Sicherheit unterstützen. In den kommenden beiden Jahren sollen je 6,3 Millionen Euro in die Nachtzulage fließen, auch als sichtbares Zeichen unseres Dankes an die Menschen, die die Köpfe für uns hinhalten.

(Beifall bei der CSU)

Mit weiteren Fraktionsinitiativen wollen wir über 11 Millionen Euro in die Schulen und Hochschulen investieren. Davon sind insgesamt rund 3,3 Millionen Euro für zusätzliche Stellen bei den Verwaltungsangestellten an den Schulen vorgesehen. Mehr Geld soll es auch für die 17 Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Bayern geben. Dafür sind 3 Millionen Euro für die Laborausstattung und für Forschungsgeräte gedacht sowie über 5 Millionen Euro für Professorenstellen. Damit stärken wir Lehre und Forschung in den Regionen vor Ort.

(Beifall bei der CSU)

Trotz unserer anspruchsvollen finanzpolitischen Leitlinien können wir mit dem Doppelhaushalt 2017/2018 ein solides finanzielles Fundament für die nächsten beiden Jahre schaffen. Wir tragen alle Ausgaben aus eigenen Mitteln, wir machen keine neuen

Schulden, sondern wir bauen Schulden ab. Wir investieren in Familie, Bildung, Innovation, Digitalisierung und in die innere Sicherheit, damit Bayern ein sicheres Land mit besten Bildungsangeboten, einer leistungsfähigen Verwaltung und einer hohen Lebensqualität bleibt.

(Beifall bei der CSU)

Uli Bachmeier hat in der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" am 13. Dezember 2016 in seinem Kommentar mit der Überschrift "Glückliches Bayern" am Ende festgestellt: "Eines steht aber fest: Solche Probleme, wie Bayern sie hat, hätten andere Länder gerne." – Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CSU)

Stimmen Sie dem Doppelhaushalt 2017/2018 und dem kommunalen Finanzausgleich 2017 mit Begeisterung zu. Ansonsten treffen wir uns beim Durchschneiden von Bändern an Straßen und bei Eröffnungen von Bauten. Da müssen wir immer aufpassen, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir von der Opposition nicht aus den Bildern gedrängt werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wir sind froh, wenn wir die Termine erfahren!)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Winter. Darf ich Sie noch einmal an das Rednerpult bitten für die Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Kamm? – Bitte schön.

(Peter Winter (CSU): Mit Freuden, Frau Präsidentin!)

Christine Kamm (GRÜNE): Ich stimme Ihnen voll zu,

(Beifall bei der CSU)

dass die Marathonsitzung letzte Woche für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hauses, insbesondere für die Protokollantinnen und Protokollanten, eine Zumutung war.

(Unruhe bei der CSU)

Wahrscheinlich waren Sie aber die ganze Zeit nicht anwesend. Wir, die Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD, haben nämlich mehrfach angeboten, die Sitzung zu einem anderen Zeitpunkt fortzusetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie waren es doch, die diese Dauersitzung erzwungen haben.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Glocke der Präsidentin)

Es ist das Recht der Opposition, darauf aufmerksam zu machen, wenn ein Gesetz vorgelegt wird, das dieses Haus eigentlich nicht passieren sollte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Peter Winter (CSU): Liebe Frau Kamm, die Leimrute ist gut, aber ich steige nicht auf diese Leimrute. Wir waren die ganze Zeit da, auch mit den Stenografinnen und Stenografen. Gucken Sie sich doch einmal an, wer von den Fraktionen nicht da war. Wir haben abgestimmt. Sie haben filibustert und waren nicht da, als es darum ging, über das Gesetz abzustimmen.

(Christine Kamm (GRÜNE): Da war eine Sitzungsunterbrechung! Was haben Sie denn da gemacht?)

Darüber sollten Sie einmal nachdenken.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt kann ich in der Rednerliste fortfahren. Herr Kollege Güller hat für die SPD-Fraktion das Wort. Wir werden heute noch fertig. Jetzt machen wir das in aller Ruhe und mit großer Geduld zu Ende.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Frau Kollegin, Zwischenrufe kann man machen, wenn sie dienlich sind.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo, bravo!)

Harald Güller (SPD): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, Herr Minister! Die Schlacht und die Generaldebatte zum Haushaltsplan haben zumindest wir heute Vormittag schon geschlagen. Auch das eine oder andere, was Frau Kollegin Claudia Stamm gesagt hat, ist richtig. Ich wiederhole es nun nicht noch einmal. Aber hier ein kleiner Hinweis, Herr Kollege Winter. Wenn Uli Bachmeier von der "AA" schreibt, die Probleme, die wir haben, hätten andere gerne, dann muss man hinzufügen: Noch besser wäre es, wenn wir die Probleme, die wir haben, auch gemeinsam lösen würden und wenn nicht alle Anträge der Opposition in Überheblichkeit abgelehnt würden.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Dann wären wir wirklich beieinander, Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Zur Generaldebatte noch eine kleine Anmerkung. Ich habe es schon mehrfach im Haushaltsausschuss gesagt:

(Susann Biedefeld (SPD): Zig-Mal!)

Die Gegenfinanzierung von Anträgen kann man deutlich einfacher machen. Das geht schon beim Personal an. Dafür hat der Herr Staatsminister mir heute Morgen ein Beispiel gegeben. Er hat genügend Personal zur Verfügung, um aus den Anträgen der

SPD in den letzten zehn Jahren zusammenrechnen zu lassen, welches Defizit sich daraus ergibt.

(Heiterkeit bei der SPD)

Wenn sich die Türen zu den Arbeitskreisen der CSU und zur CSU-Fraktionssitzung öffnen, sehe ich die Kohorten von Beamtinnen und Beamten aus den verschiedenen Ministerien herauskommen, nachdem sie Sie beraten haben, Ihnen Ihre Reden vorgelesen haben, Ihnen die Zahlen geliefert haben, damit Sie alles richtig verstehen. Dann weiß ich: Es gibt noch einiges zu tun in diesem Freistaat. Dann könnte auch solchen Anträgen zugestimmt werden, die beispielsweise die Seen- und Schlösserverwaltung mit genügend Personal ausstatten wollen, damit nicht die kleine Gärtnerin und der kleine Gärtner darunter leiden muss, dass bei euch so viel Personal eingesetzt wird. Solche Gegenfinanzierungen können wir jederzeit machen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, ich will mich aber auf die Artikel 6 und folgende des Haushaltsgesetzes konzentrieren, bei denen es um das Personal geht, um die Bewirtschaftung der Personalausgaben und um die Stellenbesetzungen. Erlauben Sie mir als kleine Ausnahme auch Artikel 4 des Haushaltsgesetzes anzusprechen. Vielleicht wäre es für die Wahrheit und Klarheit des Haushalts ganz gut – das meine ich jetzt wirklich als Anregung –, die pauschale Sperrung von Geldern in Höhe von 10 % herauszurechnen, da dann an vielen Stellen nur 90 % zur Verfügung stehen. Das bringt pro Jahr 240 Millionen Euro aus dem Haushalt heraus. Man könnte diese 240 Millionen Euro gleich etatisieren. Dann wüsste jeder bei jedem Haushaltstitel gleich genau, wie viel Geld wirklich ausbezahlt wird. So viel als Anregung hinsichtlich der Wahrheit und der Klarheit des Haushalts.

(Beifall bei der SPD)

Herr Söder, Sie werden es wahrscheinlich gerne hören. Ich sage für die SPD: Was den Haushalt Artikel 6 und folgende anbelangt, so gibt es einige Punkte, bei denen die Richtung, die Sie mit diesem Haushalt eingeschlagen haben, stimmt. Die Geschwindigkeit stimmt nicht immer. Schauen wir uns zum Beispiel das Thema "Dienst zu ungünstigen Zeiten" an, das Herr Kollege Winter gerade so groß angesprochen hat. Da gehen Sie in Trippelschritten voran. Wir erkennen aber an, Sie gehen zumindest ein Stück voran. Vielleicht brauchen wir noch einmal fünf Jahre lang Anträge der SPD, die genau diese Forderung stellen; dann sind wir aber so weit, wie wir sein sollten. Hier stimmt aber auf jeden Fall ein Stück weit die Richtung.

Das Gleiche gilt bei der Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten, die sowohl der Beamtenbund als auch Ver.di und die Oppositionsfraktionen, insbesondere die SPD-Fraktion, seit Jahren auf dem Schirm haben. Hierfür haben Sie 5 Millionen Euro eingestellt. Jawohl, das ist richtig. Sie verstehen, dass wir an dieser Stelle ein bisschen schneller vorwärts gehen wollten und gerne 10 Millionen Euro drinstehen hätten. Aber auch an dieser Stelle stimmt zumindest die Richtung.

Die Richtung stimmt allerdings beim Thema Abschaffung der pauschalen Stellensperren noch nicht. Dass der Artikel 6b des Haushaltsgesetzes in seiner Pauschalität unsinnig ist, sagen wir, seit es ihn gibt. Sie wollten ursprünglich von 2005 bis 2019 9.000 Stellen einsparen. Sie haben inzwischen das Projekt gestreckt. Von 2017 bis 2020 wären noch 2.020 Stellen einzusparen gewesen. Sie haben diese 2.020 Stellen jetzt mit einer aberwitzigen Begründung auf 1.140 verringert. Das heißt, Sie sind bei den Stelleneinsparungen zumindest um 880 zurückgegangen. Die aberwitzige Begründung dieses Teils des Haushaltsgesetzes lautet: Wir nehmen die Streichung um 880 Stellen zurück. Bei diesen Stellen handelt es sich um einen Stellenabbau, der zwar im Haushaltsgesetz enthalten, aber – wörtliches Zitat – "seitens der Staatsregierung noch nicht mit konkreten Reformvorhaben hinterlegt war". Exakt darauf haben wir uns schon immer bezogen: nicht pauschal Stellen sperren, sondern sich jeden Bereich einzeln ansehen.

(Beifall bei der SPD)

Kolleginnen und Kollegen, deswegen bleiben wir dabei: Es ist nicht falsch, frei werdende Stellen im Hinblick darauf zu prüfen, ob sie in dieser Ausstattung an dieser Stelle notwendig sind. Sie pauschal mit einem Artikel des Haushaltsgesetzes zu sperren, ist aber falsch. Deswegen beantragen wir die Streichung des Artikels 6b.

Ich komme noch zur Streichung der pauschalen Wiederbesetzungssperre. Eine pauschale Wiederbesetzungssperre bedeutet, dass mit wenigen Ausnahmen jede Stelle, die nicht mehr besetzt ist, drei Monate unbesetzt bleibt. Erst dann rückt jemand auf die Stelle nach. Das ist in vielen Bereichen kontraproduktiv. Es gibt Bereiche, in denen das machbar ist. Aber es gibt auch Bereiche, in denen man eher eine Überlappung der einzelnen Stellen bräuchte, um das Wissen der einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an die Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger weiterzugeben. Wie gesagt, es gibt Stellen, bei denen das machbar ist. Aber diese Pauschalität ist falsch. Deshalb sind wir der Auffassung, dass dieser Artikel aufzuheben ist.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie sich intensiver, als Sie es getan haben, mit den Petitionen des Bayerischen Beamtenbunds, von Ver.di, aber auch von vielen Fachgewerkschaften aus dem Bereich des Bayerischen Beamtenbunds genauer befasst hätten, dann hätten Sie diese Fehler in Ihrem Haushaltsgesetz und in Ihrem Haushaltsplan hinsichtlich der Personalausstattung im Freistaat Bayern erkannt. Nehmen Sie diese Hinweise zumindest für den Nachtragshaushalt 2018 mit. Steter Tropfen höhlt den Stein.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wie gesagt: Im Personalbereich stimmt die Richtung an einigen Stellen im Groben. Die Geschwindigkeit stimmt nicht. Im Gesamthaushalt kann man das leider nicht behaupten.

Ich habe Ihnen heute Vormittag Beispiele genannt: den Investivbereich, Wohnungsbau durch den Freistaat, staatliche Bauten und Einrichtungen, Verkehrsinfrastruktur und Unterstützung der Kommunen bei ihren Investitionen. Das sind nur einige wenige Hinweise. Die Kolleginnen und Kollegen haben Ihnen in den vergangenen zweieinhalb Tagen in den Debatten zu den Einzelplänen sehr qualifiziert dargelegt, wo es in Bayern besser werden kann und wo es Probleme gibt. Wir könnten sie lösen, wenn Sie konstruktiv und nicht permanent überheblich mit den Anträgen der Opposition, insbesondere mit denen der SPD, umgehen würden.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin gespannt, wie die Nachtragshaushaltsdebatte 2018 verlaufen wird. Wir werden gigantische Ausgabereste haben. Wir werden wieder die gleichen Riten wie jedes Jahr erleben: Abgelehnte Anträge der SPD der Vorjahre werden zumindest halbherzig, dafür aber umso stärker mit Pressemitteilungen begleitet und von Ihnen hier im Plenum heftig beklatscht abgekupfert werden. Sie werden zusätzliche Millionen quer über Bayern, aber ohne klares Konzept verteilen, Hauptsache, Ihr Wahlergebnis rückt ein bisschen in ein besseres Licht.

Das ist nicht die Art der Politik, die wir uns vorstellen, Kolleginnen und Kollegen. Wir wären bereit und sind bereit – an unseren Anträgen sehen Sie das –, strukturell an einem noch besseren Bayern, an einem auch in 15 oder 20 Jahren guten Bayern zu arbeiten. Das heute vorgelegte Haushaltsgesetz erfüllt diese Vorgaben nicht. Wir lehnen es deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt hat der Herr Kollege Pohl für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt doch Bedarf, einiges von dem Gesagten zu

kommentieren und zum Teil richtigzustellen. Ich beginne zunächst mit der Behauptung des ansonsten sehr geschätzten Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Peter Winter, bei dem ich mich auch namens meiner Fraktion ganz herzlich dafür bedanke, dass die Verhandlungen und Beratungen der letzten Wochen in einer guten Atmosphäre verlaufen sind. Lieber Peter Winter, hier wird behauptet, dass wir 3,2 Milliarden Euro mehr fordern und es Bayern in eine Verschuldung treiben würde, wenn dieser Forderung entsprochen würde. Das ist schlicht falsch. Die Haushaltsrechnung der Jahre 2010 bis 2014 weist im Vergleich zum Haushaltsplan kontinuierlich einen Überschuss von 2 bis 3 Milliarden Euro aus.

Lassen Sie es mich so erklären: Wenn Unternehmen über viele Jahre weit mehr Gewinne machen, als geplant ist, werden die Arbeitnehmervertreter zu dem Unternehmer kommen und sagen: Wir wollen jetzt für unsere Arbeitnehmer unseren Anteil daran haben. – In diesem Bild sind die Arbeitnehmer die Bürger, und der Arbeitgeber ist der Staatshaushalt. Je nachdem, wie man Haushalte aufstellt, kann man sehr konservativ dafür Sorge tragen, dass zusätzliche Anträge von anderen Fraktionen immer zu negativen Abweichungen vom Haushaltsplan führen, ohne dass das für den Staatshaushalt Konsequenzen hat. Es hat aber schon ganz andere Zeiten gegeben. Ich erinnere an die Verhältnisse im Bund in den Siebziger- und Achtzigerjahren. Damals dienten die meisten Nachtragshaushalte dazu, ungünstige Haushaltsentwicklungen nachzufinanzieren.

Ich sage an dieser Stelle noch zur Frage der Gegenfinanzierungen: Haushalte sind Prognosen. Entscheidend ist der Haushaltsvollzug. Entscheidend ist am Ende die Haushaltsrechnung. Dabei bleiben wir mit unseren Anträgen weit unter dem, was in den vergangenen Jahren kontinuierlich an Überschüssen erarbeitet und erwirtschaftet wurde. Herr Finanzminister, ich erinnere an den Nachtragshaushalt 2016: Dessen Volumen war größer als dasjenige der Änderungsanträge unserer Fraktion zu diesem Doppelhaushalt. Ich prognostiziere: Das wird beim Nachtragshaushalt 2018 nicht an-

ders sein. Warten wir es daher ganz einfach ab. Dann ziehen wir Bilanz und schauen, wer realistisch gerechnet hat und wer nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Im Übrigen darf ich schon darauf hinweisen, dass nicht alle Ausgaben konsumtiver Natur sind. Es gibt viele rentierliche Ausgaben, die wiederum höhere Steuereinnahmen und damit höhere Gesamteinnahmen zur Folge haben. Das können Sie natürlich nicht prognostisch in Heller und Pfennig ausrechnen. Deswegen haben sich diese Einnahmeverbesserungen nicht in den Anträgen niedergeschlagen.

Ein Letztes noch: Unsere Anträge tauchen bei Ihnen als Nachläufer ein, zwei, drei, vier Jahre später auf. Der Kollege Güller hat völlig zu Recht darauf hingewiesen: Es ist eine Frage des Tempos. Ich sehe, was Sie von unseren Forderungen umgesetzt haben. Daher können wir ein Stück weit stolz sein. Ich sage innere Sicherheit, ich sage Justiz, ich sage Bildung, ich sage Staatsstraßen. Das ist ein deutlich anderes Signal als das Kaputtsparen von Edmund Stoiber vor zehn Jahren. Der Kollege Güller hat hier völlig zu Recht den Artikel 6b genannt. Er ist für mich ein Symbol dafür, wie man es nicht machen sollte. Der jetzige Finanzminister schlägt da einen deutlich anderen, realistischeren Weg ein. Er setzt das um, was wir fordern, wenngleich nicht in dem von uns gewünschten Tempo.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Stamm, Sie greifen den Finanzminister und die Bayerische Staatsregierung dafür an, dass sie die Kasse plündern. Ich muss bei allem Respekt sagen, dass das ein Stück weit an der Realität vorbeigeht.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Thomas Goppel (CSU))

Man muss die Staatsregierung dort kritisieren, wo man sie zu kritisieren hat. Jetzt mache ich mal den Vergleich mit anderen Bundesländern, den ich normalerweise ablehne, aber hier muss man das mal bringen. Nach dem Krieg haben alle bei null ange-

fangen. Irgendwoher muss es kommen, dass Bayern etwas besser dasteht als andere, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Es sind noch einige Punkte offen. Ich komme zum Thema Länderfinanzausgleich. Vielleicht traut sich der Herr Staatsminister nachher, das zu sagen. Ich bin gespannt. Da haben wir eine ähnliche Erwartungshaltung gehabt, die in den Verhandlungen leider nicht einmal zur Hälfte erfüllt worden ist. Das Ergebnis bleibt um über 50 % hinter unseren Erwartungen zurück. Wenn hier das Ergebnis herausgekommen wäre, das Sie, Herr Finanzminister, zu Recht prognostiziert haben, dann hätten wir für unsere Bürger erheblich mehr Möglichkeiten, Geld auszugeben und die Verhältnisse in Bayern noch besser zu machen.

Wenn ich "Länderfinanzausgleich" sage, dann muss ich auch das Thema "Verlagerung von Kompetenzen im Bundesfernstraßenbau an den Bund" ansprechen. Das ist ein Schildbürgerstreich. Es sieht zwar so aus, als ob die zweispurigen und die vierspurigen Bundesstraßen in Bayern bleiben. Aber das wird natürlich mit erhöhten Kosten und erhöhtem Finanzaufwand verbunden sein. Aber vielleicht, Herr Staatsminister, haben Sie dann die geniale Idee, für diese Bundesstraßen in bayerischer Hand eine Regionalmaut für die Norddeutschen zu verlangen.

Wir hatten das Thema zweite Stammstrecke angesprochen. Dazu müssen wir natürlich etwas sagen. Der Bedarf für eine Verbesserung ist augenfällig, und zwar nicht nur für die Menschen in München und Oberbayern. Das wird manchmal etwas verkürzt dargestellt. Das hat natürlich auch Auswirkungen auf weitere Gebiete Bayerns. Wir brauchen eine realistische Lösung. Wir brauchen keinen Transrapid 2 und kein München 24, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

An der zweiten Stammstrecke und am Verkehrsausbau hängen natürlich noch andere Dinge. Ich nenne S-Bahn-Außenäste und – als Allgäuer Abgeordneter ist mir das gestattet – den Regionalverkehr in das Allgäu; denn daran hängt der Verkehr in die Schweiz. Daran hängen der Verkehr ins Allgäu und natürlich nach Oberbayern. Das ist exemplarisch. Das betrifft natürlich alle vier Himmelsrichtungen, von München aus betrachtet. Aber ich denke, der Westen ist hier besonders betroffen. Hier stehen noch erhebliche Aufgaben vor uns.

Ich komme zu einem sehr unrühmlichen und unerquicklichen Punkt. Wir haben in den letzten Tagen 70 Jahre Bayerische Verfassung gefeiert. Da wäre es für dieses Haus vielleicht nicht schlecht gewesen, sich den Artikel 70 Absatz 2 der Bayerischen Verfassung anzusehen. Dort heißt es: "Auch der Staatshaushalt muß vom Landtag durch formelles Gesetz festgestellt werden". – Wenn ich dann – da gebrauche ich gern das Wort von der Kollegin Stamm – von der "Verzweigung" dieser Fraktionsreserve höre, dann muss ich sagen: Das ist ein Stück zum Fremdschämen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind der Haushaltsgesetzgeber und niemand anderer sonst. Im Übrigen stimmt es gar nicht, dass das eure Fraktionsreserve ist. Wir haben fast allen euren Anträgen zugestimmt. Also sind das Anträge, die von der CSU eingebracht, von uns für sinnvoll erachtet und mitgetragen wurden. Deswegen haben wir sie gemeinsam beschlossen. Deswegen können Sie nicht rausgehen und sagen: Das haben wir dem Land als Segnung überbracht,

(Thomas Kreuzer (CSU): Sie lehnen den Gesamthaushalt ab, Herr Pohl!)

es sei denn, Herr Kollege Kreuzer, Sie sind der Meinung, dass nur die Mehrheitsfraktion und die Regierung die Verantwortung für eine Politik tragen. Ich sehe das ein wenig anders. Das muss man ein wenig differenziert sehen. Politik geht nicht so, dass die einen arbeiten und die anderen motzen, sondern man muss konstruktiv zusam-

menarbeiten. Das heißt auch, dass wir anerkennen und es mittragen, wenn Sie etwas gut machen. So halten wir das, seit wir hier im Bayerischen Landtag sind. Wir dürfen aber erwarten, dass man sich mit unseren Anträgen konstruktiv auseinandersetzt und ihnen, wenn sie gut sind, gleich zustimmt und nicht wartet, bis man sie selber stellen kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Selbstverständlich würden wir einem Haushalt zustimmen, wenn es ein Haushalt des gesamten Hauses wäre. Aber so klein kann man sich nicht machen, wenn man in über 900 Fällen niedergebügelt wird, egal ob es um 20.000 Euro oder um 200 Millionen Euro geht. Dann gebietet es im Grunde genommen die Selbstachtung, dann nicht zu sagen, dass man dem zustimmt, wenn die Mehrheitsfraktion einem ständig die rote Karte zeigt. Sie müssten hier etwas konzilianter sein und sagen: Wir betrachten dieses und jenes als sinnvoll, erachten es aber momentan als noch nicht in vollem Umfang umsetzbar.

Man könnte zum Beispiel beim kommunalen Finanzausgleich Kompromisse schließen und sagen: Das Ziel von 15 % von der Verbundmasse, das die FREIEN WÄHLER seit Jahren fordern und das auch SPD und GRÜNE haben wollen, ist gut und richtig, ihr wollt jetzt auf 13,5 %, das ist uns jetzt noch zu viel, wir müssten langsamer vorgehen. – So könnte man Kompromisse schließen. Dann könnte man Haushalte verabschieden, die von größeren Mehrheiten getragen werden. Aber solange das so läuft, ist das ein frommer Wunsch und tatsächlich Träumerei. Wir hoffen allerdings, dass dieser Traum mal Realität wird; denn die Menschen draußen erwarten konstruktive Politik zum Wohle des Freistaats Bayern. Herr Kollege Winter, jetzt sind Sie da. Lassen Sie mich bitte zum Abschluss noch eine kleine Bemerkung machen, weil Sie das so nett geschildert haben,

(Peter Winter (CSU): Ich bin nett! – Heiterkeit bei der CSU)

wie Politiker der Opposition Sie aus dem Bild drängen, wenn Bänder durchgeschnitten werden. Ich stelle mir das gerade zwischen Hans Jürgen Fahn und Ihnen bildlich vor.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Winter (CSU))

Ich werde das, was Sie sagen, aufgreifen, Kollege Winter, und werde die Journalisten beim nächsten Banddurchschneiden bitten, dass sie den Kollegen Pschierer neben mir angemessen ins Bild setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt habe ich für die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Herold auf der Rednerliste. Bitte schön, Herr Kollege.

Hans Herold (CSU): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Pohl, wenn Sie bei der Verabschiedung eine größere Mehrheit haben möchten, können Sie diesem wunderbaren Haushalt für die Jahre 2017/2018 mit Ihren 19 Stimmen zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte in aller Kürze noch Aussagen zu einigen Themenbereichen machen, zunächst zum Länderfinanzausgleich. Ich habe die Diskussion der letzten Jahre hier im Hohen Haus verfolgt und habe nicht festgestellt, dass jemand, insbesondere von Ihrer Seite, erwartet hat, dass irgendwelche Verbesserungen für den Freistaat eintreten könnten. Deswegen bin ich unserem Ministerpräsidenten Horst Seehofer und unserem Finanzminister Markus Söder sehr dankbar, dass ein großartiger Erfolg für unseren Freistaat Bayern erzielt wurde. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Entscheidend, lieber Herr Kollege Pohl, waren nicht die 1,31 Milliarden Euro, sondern einfach der Aufwuchs. Sie wissen doch genauso gut wie ich, dass beim Länderfinanzausgleich quasi der Aufwuchs das Problem war. Das konnten wir in den Verhandlungen nun verändern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Thema ist mir noch wichtig, das Herr Güller angesprochen hat, nämlich das Thema des Artikels 6b. Herr Güller, Sie wissen ganz genau, dass immer dann, wenn dies notwendig war, Verbesserungen vorgenommen oder Ausnahmen gemacht wurden, insbesondere in wichtigen Bereichen, zum Beispiel im Bereich der Bildung, im Bereich der inneren Sicherheit oder im Bereich der Justiz. Sie wissen auch, dass wir beim Nachtragshaushalt 2016 vor großen Herausforderungen standen, insbesondere wegen der Flüchtlingssituation und der Integration. Deswegen haben wir trotz des Artikels 6b immerhin 5.400 Stellen beschlossen, natürlich insbesondere im Bereich der Bildung, aber auch in anderen Bereichen, die ich soeben schon angesprochen habe. Sie wissen auch, dass wir immer wieder entsprechend reagieren, zum Beispiel bei diesem Haushalt im Bereich der Staatlichen Bauämter, lieber Peter Winter, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Ausschuss, und auch bei den Ämtern für Ländliche Entwicklung und in den Bereichen Bildung, Justiz, innere Sicherheit und Integration.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Ein Thema möchte ich noch ganz deutlich ansprechen, liebe Kollegin Claudia Stamm – bedauerlicherweise ist sie jetzt nicht da –, nämlich das Thema Rücklagenentnahme und Rücklagenentwicklung. Wir führen hier wirklich eine Luxusdiskussion. Die meisten anderen Länder in Deutschland wären froh, wenn sie überhaupt eine Haushaltsrücklage hätten. Nennen Sie mir doch ein Bundesland in Deutschland, das überhaupt eine ordentliche Haushaltsrücklage hat.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Unsere Rücklage wurde aus Haushaltsüberschüssen, also aus Mitteln aufgebaut, die wir selber erwirtschaftet haben. Ich kann die Diskussion einfach nicht verstehen. Ich spare ja auch im privaten Bereich gewisse Mittel an und nehme dann, wenn ich Geld für bestimmte große Herausforderungen brauche, Mittel aus der Haushaltsrücklage. Das ist doch ganz normal.

(Peter Winter (CSU): Wenn man eine hat!)

Wir sind dadurch auch in der Lage, für in die Zukunft gerichtete Maßnahmen auf unser "Girokonto" statt auf neue Kredite zurückzugreifen, anders als zum Beispiel Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen. Man sollte auch einmal sagen, liebe Claudia Stamm – jetzt ist sie auch da –, dass die geplanten Rücklageentnahmen im Wesentlichen – da sollte man aufpassen; das ist ganz wichtig – der Finanzierung der Zuwanderungs- und der Integrationskosten dienen und für Finanzhilfen nach Unwetter- und Hochwasserschäden wie vom Mai und Juni 2016 verwendet werden. Ich kenne kein anderes Bundesland, in dem es im Jahr 2016 ebenfalls Hochwasser gab und Mittel zur Verfügung gestellt wurden, um den durch das Hochwasser Geschädigten zu helfen.

Im Doppelhaushalt 2017/2018 nehmen wir insgesamt 4,7 Milliarden Euro für die wichtigen Themen Flüchtlinge und Integration in die Hand, und in den letzten Jahren wurden über 9 Milliarden Euro für diesen Bereich aufgewandt. Man muss doch Verständnis haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir da auf unsere Rücklagen zurückgreifen.

Immer wieder angesprochen wird die Barrierefreiheit bis 2023. Sie wissen, dass das in der Regierungserklärung von Horst Seehofer angekündigte Sonderinvestitionsprogramm "Bayern barrierefrei 2023" seit dem Doppelhaushalt 2015/2016 abgearbeitet wird. Auch im Regierungsentwurf zum Doppelhaushalt 2017/2018 sind hierfür immerhin rund 235 Millionen Euro vorgesehen. Ich kann nicht verstehen – das muss ich ganz ehrlich sagen –, warum Sie immer wieder die Bahnhöfe so massiv ansprechen.

Natürlich tun wir auch etwas für die Bahnhöfe; aber wir sind doch für die Bahnhöfe gar nicht zuständig. Die Zuständigkeit liegt, wie Sie alle wissen, bei der Deutschen Bahn AG und beim Bund.

(Beifall bei der CSU)

Am Schluss noch einmal ein Dankeschön an unseren Finanzminister und alle, die beteiligt waren, natürlich auch an die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Ich möchte den Dank an alle Fraktionen weitergeben. Wir haben im Ausschuss – das muss ich ganz ehrlich sagen – ein sehr, sehr gutes Verhältnis, auch aufgrund der guten Führung durch unseren Vorsitzenden Peter Winter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können heute gemeinsam, vielleicht sogar mit den Stimmen der FREIEN WÄHLER, was Herr Pohl vorhin angesprochen hat, einen sehr, sehr guten Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 verabschieden.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt darf ich für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Biedefeld das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Nach fast drei Tagen Haushaltsberatungen stimme ich in einer Sache den Vorrednerinnen und Vorrednern der CSU durchaus zu: Bayern geht es aktuell, finanziell gesehen, vergleichsweise gut. Das stimmt. Das ist nicht zu bestreiten. Dies ist aber – das wurde heute schon einmal von Kollegen gesagt – nicht allein das Verdienst der CSU, sondern es ist das Verdienst von vielen Menschen in diesem Land, von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, von Selbstständigen, von Firmen, von Handwerksbetrieben oder Unternehmen, wie auch immer. Es ist ein Verdienst von ganz vielen Menschen in diesem Land und auch – das sagen wir durchaus selbstbewusst – ein Verdienst der Opposition und damit der SPD hier im Bayerischen Landtag,

(Lachen bei der CSU – Harald Güller (SPD): Bitte etwas Anstand!)

die genauso im Blick hat, Bayern positiv voranzubringen und zu entwickeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist nicht ausschließlich Ihr Verdienst.

Obwohl es Bayern derzeit recht gut geht, gibt es aus unserer Sicht in vielen Bereichen noch Verbesserungsbedarf bzw. Korrekturbedarf. Trotz Rekordhöhe des vorliegenden Doppelhaushalts fehlt es – das hat unser Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher am Dienstag klargemacht – an ganz wichtigen Impulsen und Weichenstellungen für die künftige Entwicklung Bayerns. Mit unseren Anträgen haben wir über die Einzelpläne hinweg genau dort angesetzt. Aus unserer Sicht haben Sie wirklich eine große Chance vertan.

Ein besonders wichtiges Ziel, an dem wir eigentlich noch stärker gemeinsam arbeiten müssen, zumal es Bestandteil der Bayerischen Verfassung ist, wird von der CSU gänzlich oder sehr oft ausgeblendet: Es ist die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Die vorgesehenen Behördenverlagerungen können nur ein Teil, ein wichtiger vielleicht, aber nur ein Teil, der Strategie sein. Darin stimme ich auch mit meinen Vorrednern überein. Aber es braucht noch viel mehr, um landesweit gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben als SPD-Landtagsfraktion dazu einen eigenen Nordbayernplan erarbeitet, der weit über die Vorschläge der Staatsregierung und ihren Heimatbericht hinausgeht. Er geht hinaus über eine Verlagerung des Ministeriums für Gesundheit und Pflege. Ich kann Ihnen die Lektüre des Nordbayernplans nur ans Herz legen. Sie finden darin garantiert viele gute Ideen und Impulse zur Förderung wirklich gleichwertiger Lebensverhältnisse. Wir haben nicht nur den Nordbayernplan erarbeitet, sondern stellen zu diesem Thema auch immer wieder eine Vielzahl von Anträgen, die Sie aber ablehnen. Uns ist immer das Ziel gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbe-

dingungen in allen Landesteilen vor Augen, das auch in der Bayerischen Verfassung festgehalten ist.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Ein weiteres Thema steht im Zusammenhang mit dem Einzelplan 13. Auch der Abbau der versteckten Verschuldung wegen fehlender Investitionen ist eine Großbaustelle, die uns in den nächsten Jahren bevorsteht, und wird für uns immer wieder Thema sein.

Die Investitionsquote ist seit Jahren am Sinken. Noch zu Beginn der Amtszeit von Ministerpräsident Stoiber lag sie bei über 20 %. Mit 11,8 % im Jahr 2017 und 11,5 % im Jahr 2018 sind wir davon inzwischen meilenweit entfernt. Die CSU versucht trotzdem, dies als Erfolg zu verkaufen. Tatsache ist jedoch, dass der Erhalt und der Ausbau unserer Infrastruktur so auf Dauer nicht gesichert werden können. Man muss klar sagen: Die CSU-Staatsregierung verschiebt damit die Lasten in die Zukunft, und dies auf Kosten zukünftiger Generationen. Stichworte dafür sind der Straßenbau, der Staatsstraßenbau, Brücken, energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden usw. Diese versteckte Verschuldung gilt es klar zu benennen, wenn über den aktuellen Entwurf zum Doppelhaushalt für die nächsten zwei Jahre gesprochen wird.

Ein weiteres Stichwort, wenn es um versteckte Verschuldung geht – auch das wurde heute schon angesprochen –, ist die unzureichende Pensionsvorsorge: 100 Millionen Euro. Kolleginnen und Kollegen, Sie wissen selbst, was 100 Millionen Euro in Anbetracht dessen bedeuten, was wir hier an Herausforderungen haben, wenn wir auf die Notwendigkeiten beim Pensionsfonds sehen. Das ist völlig unzureichend. Oder denken Sie auch an die pikanten Entwicklungen bei der BayernLB.

Wenn die CSU-Fraktion und die Staatsregierung mit den Haushaltszahlen prahlen, sollten sie außerdem auch ehrlich sein, ehrlich zum Beispiel dahin gehend, was den ganz tiefen Griff in die Rücklagen anbelangt. Die Rücklagen werden durch den vorlie-

genden Haushaltsentwurf regelrecht geplündert. Ja, auch für uns ist dies so. Frau Kollegin Claudia Stamm hat das dargestellt, und wir sehen es ganz genauso.

Ende 2015 hatte der Freistaat eine Rücklage in Höhe von 6,1 Milliarden Euro; im Jahr 2018 werden lediglich noch rund 1 Million Euro an Rücklagen zur Verfügung stehen.

(Staatsminister Dr. Markus Söder: 1 Million?)

– 1 Milliarde Euro, Entschuldigung! Vielen Dank, Herr Finanzminister. Ich bitte um Entschuldigung.

(Kerstin Schreyer (CSU): Das ist ein kleiner Unterschied! – Unruhe)

Nein, da hat er recht. Ich greife das gerne auf. Ich bitte um Entschuldigung, wenn auch bei mir nach drei Tagen sehr aufmerksamen Verfolgens der Haushaltsdebatte hin und wieder einmal die Konzentration nachlässt. Danke schön für den Hinweis: Eine Milliarde Euro – das ändert aber nichts an der Tatsache, dass die Rücklagen entsprechend geplündert werden.

Die Schuldentilgung – das ist ein interessanter Punkt – erfolgt somit nicht aus den laufenden Einnahmen, sondern auch aus der Rücklage. Es werden sogar weniger Schulden getilgt, als aus der Rücklage entnommen wird. Mein Appell an die CSU und die Staatsregierung: Seien Sie endlich ehrlich zu den Bürgerinnen und Bürgern, und benennen Sie auch diese Fakten, wenn Sie über die Haushaltslage sprechen.

Natürlich ist Schuldentilgung wünschenswert. Gleichzeitig kann man sich aber fragen, ob die Rechnung aufgeht, wenn dadurch notwendige Investitionen auf die lange Bank geschoben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Investitionen, das wissen wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, verringern nicht nur die versteckte Verschuldung, sondern schaffen auch zukünftig neues Wachstum und Ar-

beitsplätze und führen damit zu mehr Steuereinnahmen. Eine höhere Investitionsquote nutzt damit letztlich dem Staatshaushalt insgesamt, oder umgekehrt: Je länger wir die versteckte Verschuldung noch ausbauen, je länger wir zuschauen und nicht investieren, umso teurer wird es für die künftigen Generationen.

Trotz der von den Vorrednern der CSU hervorgehobenen Schuldentilgung und des dramatischen Eingriffs in die Rücklage verfehlt die CSU ihr selbst gestecktes Ziel bei Weitem. An diesem Ziel müssen Sie sich messen lassen und eingestehen, dass Sie das bisher nicht erreicht haben. Ich möchte dies aufzeigen am Thema "Schuldenfreier Haushalt", Ihrer Zielsetzung für 2030.

Wir haben das einmal durchgerechnet. Gehen wir einmal von 2018 aus, dann sind noch 28 Milliarden Euro in den nächsten Haushaltsjahren zu bestreiten. Bis 2030 noch 28 Milliarden Euro heißt, Sie müssten künftig in jedem Jahr durchschnittlich 2,3 Milliarden Euro tilgen. Wie wollen Sie das schaffen, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das kann nicht funktionieren, selbst bei einer Reduzierung der Zahlung in den Länderfinanzausgleich ab 2020 um etwa 1,3 Milliarden Euro pro Jahr. Das kann nicht funktionieren. Ich sage, hier handelt es sich um nichts anderes als um politische Propaganda der CSU-Staatsregierung.

Das Ergebnis der Verhandlungen zur Neuausrichtung des Länderfinanzausgleichs möchte ich ebenfalls noch ansprechen. Was haben Sie hier für große Ankündigungen und Versprechungen gemacht, bis hin zu Klagedrohungen und Beschimpfungen sogar gegen CDU und Finanzminister Schäuble. Große, leere Ankündigungen! Schauen wir uns das Ergebnis doch einmal an. Der Freistaat trägt weiterhin den Großteil der Lasten. Wie oft hat Herr Minister Söder gesagt, dass es genau darum gehe, nicht mehr den Großteil der Lasten zu tragen.

Bayern wird auch dann weiterhin den Großteil der Lasten tragen. Bei einer gleichmäßigen Verteilung wäre außerdem jedes Bundesland um durchschnittlich 115 Euro pro Einwohner entlastet worden. Dies ist aber nicht der Fall. Der Freistaat Bayern zahlt pro

Kopf 106 Euro weniger in den Länderfinanzausgleich ein. Andere Bundesländer werden weitaus stärker entlastet. Ich nenne einmal das Beispiel Thüringen – wir gönnen den Thüringern das, aber Thüringen oder der linke Ministerpräsident Thüringens hat anscheinend besser verhandelt. Thüringen bekommt jedes Jahr zusätzlich 219 Euro pro Einwohner. Ich muss sagen: Gute Verhandlungsergebnisse sehen anders aus. Sein Versprechen, Bayern werde nicht länger die Hauptlasten tragen, hat der Ministerpräsident folglich nicht eingelöst.

Umso wichtiger ist es, dass sich der Steuervollzug in Bayern weiter verbessert. Der Kollege Güller hat es heute früh schon einmal im Zusammenhang mit dem Einzelplan 06 angesprochen. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen, und wir werden hier nicht locker lassen. Hier geht es um soziale Gerechtigkeit, um Steuergerechtigkeit.

Im Gegensatz zu Staatsminister Söder und der CSU wollen wir keine Steuergeschenke für große internationale Unternehmen wie Apple. Das ist aus unserer Sicht gegenüber dem steuerzahlenden Bürger und unseren kleinen und mittelständischen Unternehmen nämlich mehr als nur ungerecht.

Wir fordern einen gerechten Steuervollzug, nicht Steuererhöhungen, nicht mehr Steuern, sondern wir wollen einen gerechten Vollzug der Gesetze, die wir bereits haben. Dies ist nur möglich, wenn unsere Steuerverwaltung mit mehr Personal ausgestattet wird. Schaut man sich die Personalzahlen einmal an, stellt man fest, dass es 2006 noch 16.695 Stellen an den bayerischen Finanzämtern gab. Zehn Jahre später sind es 16.449, also 246 Stellen weniger, wobei – das muss man auch noch berücksichtigen –, 1.536 Stellen gar nicht besetzt sind.

Die laut ORH prekäre Finanzsituation an den bayerischen Finanzämtern ist außerordentlich erstaunlich, da jeder zusätzliche Steuerprüfer ein Vielfaches an Steuereinnahmen erbringt, als er den Staat an Personalmitteln kostet. Sie kennen die Zahlen. Bei der Betriebsprüfung könnten Mehreinnahmen in Höhe von 1,4 Millionen Euro, bei der Steuerfahndung in Höhe von 740.152 Euro und bei der Umsatzsteuersonderprüfung in

Höhe von rund 1,2 Millionen Euro erzielt werden. Bei diesen Zahlen sind die Personalkosten schon berücksichtigt; das muss man klar sehen.

Sie nehmen diese Einnahmequelle, die der Staat hätte, nicht wahr, und zwar politisch bewusst nicht wahr. Sie sagen den Kommunen: Schöpft erst einmal eure Einnahmequellen aus, und nur wenn ihr sie ausgeschöpft habt, dann bekommt ihr Zuschüsse oder kommt überhaupt in den Genuss von Darlehen. Der Freistaat Bayern schöpft politisch ganz bewusst seine Einnahmequelle nicht aus.

Ein gerechterer Steuervollzug ist nur mit mehr Personal möglich. Das hat auch etwas mit sozialer Gerechtigkeit zu tun, ich sagte es. Bei aller Freude über die derzeit sprudelnden Einnahmen muss auch festgestellt werden, dass jedes Jahr Millionen an Steuereinnahmen verloren gehen. Das sagt nicht nur die SPD oder die Opposition, sondern das sagt auch der Oberste Rechnungshof, der Ihnen das schon mehrmals ganz klar schriftlich bestätigt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben das zum Einzelplan 13 auch als Antrag eingebracht und als Gegenrechnung, als einen Mosaikstein zum Ausgleich für unsere Änderungsanträge. Wir haben aufgezeigt, dass durch die von uns zusätzlich geforderte Personalausstattung im Jahr 2017 rund 160 Millionen Euro und im Jahr 2018 rund 300 Millionen Euro Steuern zusätzlich eingenommen würden. Diese Mittel fließen bisher am Staatshaushalt vorbei. Mit diesen zusätzlichen Mitteln wollten wir unsere Änderungsanträge ein Stück weit gegenfinanzieren; wir haben mehrere Vorschläge eingebracht.

Ein weiterer Gegenfinanzierungsvorschlag ist klar: Die Rückforderung der Darlehen, die an die Flughafen München GmbH ausgereicht worden sind. Diese Mittel in Höhe von rund 250 Millionen Euro könnten ebenfalls zur Finanzierung wichtiger Projekte eingesetzt werden, zur Gegenfinanzierung auch unserer Änderungsanträge. Schließlich erfreut sich die Flughafen München GmbH einer sehr guten wirtschaftlichen Situation.

Wir wissen, Sie bunkern hier das Geld für die zweite Stammstrecke; das wurde heute noch einmal klar zum Ausdruck gebracht. Wir haben ein anderes Vorgehen. Wir wollen, dass dieses Geld in den Haushalt fließt. Wir wollen die zweite Stammstrecke aus dem regulären Haushalt finanziert wissen.

Zu dem interessanten Konstrukt, dies abschließend, dass sich die CSU eine sogenannte Fraktionsreserve vorbehält, nur ganz kurz: Die Staatsregierung fügt ihrem Haushaltsentwurf jährlich einen Betrag – in diesem Fall sind es 50 Millionen – als sogenannte Verstärkung von Investitionsmaßnahmen bei. Damit können die zusätzlichen Änderungsanträge der CSU-Fraktion finanziert werden. Wenn die darüber finanzierten Projekte für die CSU so wichtig sind, stellt sich für uns auf jeden Fall die Frage, warum Sie nicht von vornherein Anträge in den regulären Haushaltsberatungen stellen oder warum diese Änderungen nicht schon im Entwurf des Doppelhaushalts berücksichtigt werden. Dann aber könnten die CSU-Abgeordneten nicht mehr ihre Zuckerl verteilen, die Wahlkampfzwecken und dem Bedürfnis der CSU nach Sicherung der absoluten Mehrheit dienen. Das hat mit Parlamentarismus und Demokratie nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben eine klare Linie gezeigt, wo unsere Schwerpunkte sind und wie wir Bayern positiv für die nächsten Jahre fortentwickeln wollen. Uns ist es leider nicht gelungen, mit Argumenten zu überzeugen. Das bedauern wir sehr. Aber wir werden nicht nachlassen, und viele Bürgerinnen und Bürger hätten sich gefreut, wenn unsere Anträge Berücksichtigung gefunden hätten. Das hätte den Freistaat Bayern insgesamt vorangebracht. Das war nicht möglich.

Trotzdem vielen Dank an alle, die im Haushaltsausschuss gearbeitet haben, an alle, die die Arbeiten vorbereitet haben, aber auch an die Kolleginnen und Kollegen im Haushaltsausschuss. Bei allen unterschiedlichen Meinungen haben wir trotzdem kon-

struktiv zusammengearbeitet. Dafür ein herzliches Dankeschön, und vielen Dank für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat sich Kollege Pohl zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Wir stimmen sicher darin überein, dass unsere Finanzbeamten in Bayern hervorragende Arbeit leisten und dass für sie ein Stellenaufwuchs angebracht und gerechtfertigt wäre. Stimmen Sie mit mir auch darin überein, dass es bei der Steuererhebung und beim Steuervollzug einen Grenznutzen gibt? Es ist nicht so, dass man immer mehr Prüfer einstellen muss, um immer mehr Steuereinnahmen zu erlangen. Es wird immer ein wenig der Eindruck verbreitet, dass ein Gutteil der Bürger des Freistaates Steuern verkürzen würde. Ich glaube, das ist nicht ihre Intention. Ich hoffe es nicht. Jedenfalls ist das nicht die Realität in Bayern.

Noch ein Punkt, der die Steuereinnahmen und Steuerprüfer betrifft: Ich meine schon, dass wir unserer bayerischen Steuerverwaltung insgesamt ein gutes Zeugnis ausstellen und nicht von einem ungeordneten Steuervollzug sprechen können.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte, Frau Kollegin.

Susann Biedefeld (SPD): Herr Kollege Pohl, wir reden von Steuergerechtigkeit und Steuervollzug. Wir haben nie gesagt, dass absolutes Chaos herrscht. Es gibt ganz viele Bürgerinnen und Bürger im Freistaat Bayern, die treu und brav ihre Steuern zahlen. Viele haben gar keine Möglichkeit, irgendetwas am Finanzamt vorbei zu machen; denn den Arbeitnehmern wird die Steuer von vornherein von ihren Gehältern und Löhnen abgezogen. Sie machen dann eine Steuererklärung. Wir reden nicht von den vielen Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land, die treu und brav ihre Steuern bezahlen.

Sie müssen sich aber einmal den Prüfungszyklus bei Arbeitgebern und bei Unternehmen anschauen. Dieser Prüfungszyklus spricht Bände. Sie kennen die Zahlen. Wir bekommen von den verschiedensten Fraktionen immer wieder Anfragen dazu. Wir wissen – das hat Kollege Güller heute früh beim Einzelplan 06 gesagt –, dass es einen Grenznutzen gibt. Das wissen wir durchaus. Wir wissen, dass unsere Finanzbeamtinnen und Finanzbeamten hervorragende Arbeit leisten. In der Finanzverwaltung findet eine hervorragende Arbeit statt. Wir wissen das, auch aufgrund der Einnahmen, die wir haben. Aber wir brauchen einen höheren Stellenaufwuchs. Wir versprechen uns davon wirklich enorme Mehreinnahmen für den Freistaat, um damit unseren Freistaat insgesamt positiv fortzuentwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt erteile ich das Wort Herrn Staatsminister Dr. Söder. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt noch 44 Minuten Redezeit.

(Beifall bei der CSU – Markus Blume (CSU): Ausschöpfen!)

Eigentlich wäre jetzt eine gute Gelegenheit, noch einmal pädagogisch auf die Beiträge einzugehen, die von der Opposition gekommen sind. Nach den letzten Wochen scheint mir aber ein gewisser Lernerfolg wenig aussichtsreich.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen möchte ich meinen kurzen Beitrag unter das Motto stellen, das ich immer gerne bei langen Einführungen mit langen Grußworten als Gebet halte; es heißt: Lieber Gott, mach es flott.

Deshalb drei Bemerkungen, meine Damen und Herren. Erstens. Vorhin wurde gesagt, in Bayern sei alles nur Glück. Heißt das dann, dass in Nordrhein-Westfalen alles nur Pech ist?

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube, dass überall in Deutschland die Menschen fleißig sind und sich anstrengen. Den Unterschied macht letztlich die Politik. Wir waren einmal hinten, heute sind wir vorne; andere waren mal vorne und sind heute hinten. Das ist der Unterschied zwischen Bayern und dem Rest der Republik.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens. Es wurde gesagt, wir plünderten Bayern aus. Schauen Sie sich mal um, wie es anderswo mit dem Schuldenstand aussieht. Nordrhein-Westfalen hat viermal so viel Schulden. Das sind also die Viermal-Plünderer. Berlin hat doppelt so viel Schulden. Berlin plündert sowieso. Aber selbst Baden-Württemberg hat 50 % mehr Schulden als wir. Was haben wir? – Wir machen im Haushalt keine Schulden. Wir tilgen alle Schulden. Wenn ich immer wieder von den Rücklagen höre, muss ich Sie fragen: Was sind denn eigentlich Rücklagen? – Rücklagen sind erwirtschaftetes Gut. Die anderen haben gar keine Rücklagen, weil sie nichts erwirtschaften können. Das ist doch der fundamentale Unterschied.

(Beifall bei der CSU)

Nebenbei bemerkt: Es wurde gesagt, wir hätten Rücklagen von fast 9 Milliarden Euro. Wir haben 2018 nicht 1 Milliarde, sondern 2,3 Milliarden wegen der Steuereinnahmen, die aufgrund unserer Politik möglich sind, weil wir den Rahmen so setzen, dass es sich für die Wirtschaft lohnt, in Bayern zu investieren, und dass von dem Geld der Menschen auch etwas übrig bleibt. Wer glaubt denn eigentlich, dass die Bürger gerne dorthin gehen, wo ihnen nur etwas genommen wird? Wenn ich höre, dass wir eine

Kiessteuer einführen sollen, kann ich nur sagen: Sie wollen mit Kies auch nur Kohle machen. Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei der CSU)

Wir bleiben ganz klar dabei: Der Kurs, den wir hier in den letzten Tagen bestimmt haben, ist der solideste.

Zu den Kommunen noch eine Anmerkung. Wir haben jetzt viel geredet. Ich danke ausdrücklich allen Rednern, die es klargestellt haben, Peter Winter, Martin Bachhuber und Hans Herold. Wir haben den höchsten Finanzausgleich aller Zeiten. Jetzt frage ich mich, wie man deswegen schimpfen kann. Man kann noch mehr fordern. Das ist in Ordnung. Fakt ist aber, dass wir seit allen Zeiten das meiste machen, dass wir bei den Schlüsselzuweisungen Rekordzuweisungen haben und dass wir das Instrument der Stabilisierungshilfen haben. Mit 150 Millionen ist das sechsmal so viel wie das, mit dem wir 2011 gestartet sind. Vielen Gemeinden, die dadurch eine Perspektive bekommen, ist das offenkundig. Darum möchte ich nach knapp vier Minuten mit einem Dokument schließen, welches belegt, was man von unserer Finanzpolitik für die Kommunen hält. Es ist ein Schreiben des Fürther Oberbürgermeisters, das noch vor der Fahrstuhlsache geschrieben wurde. Er ist ein SPDler, der gewählt wurde.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt braucht ihr schon SPDler, die euch loben!)

– Hubert, du machst das nicht. Ich lese den Brief vor und möchte damit auch schließen:

Sehr geehrter Herr Staatsminister, lieber Markus! Es ist mir ein großes Bedürfnis, dir und dem Freistaat Bayern für die beeindruckend hohe Summe an Stabilisierungshilfen zu danken.

Ich darf dir gemeinsam mit unserer Stadtkämmerin sagen, dass wir mit dem Geld Schulden tilgen und weiter sparsam wirtschaften werden.

Und jetzt kommt es; bitte für das Protokoll:

Die erfolgreiche Haushaltspolitik, die du für den Freistaat Bayern verantwortest, ist uns dabei ein Vorbild.

– Meine Damen und Herren, so ist es.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU – Peter Winter (CSU): Können wir das als Weihnachtskarte haben?)

– Ich lege den Brief dann anbei und freue mich, dass die Sozialdemokraten nicht einmal dann klatschen – das muss man sich einmal überlegen –, wenn eigene Leute, SPD-Oberbürgermeister etwas schreiben. Nehmt euch daran ein Beispiel.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Danke noch einmal an alle, die an der Beratung mitgewirkt haben. Sie war wie immer intensiv, zuweilen auch lang, aber das Ergebnis zählt. Das Ergebnis nach dem heutigen Abschluss der Beratungen ist, dass die Bayern sagen können, dass sie die nächsten zwei Jahre wegen der Finanzen dank des Einsatzes des Bayerischen Landtags ruhig schlafen können. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen damit zur Abstimmung. Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch einiges vor uns. Daher darf ich Sie bitten, dies jetzt zum Abschluss noch gut über die Bühne zu bringen. Wenn wir jetzt zur Abstimmung kommen, werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über das Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017 abstimmen – das ist Tagesordnungspunkt 17.

Vorweg lasse ich über die vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14275 und 17/14276 sowie

17/14277 abstimmen. Besteht damit Einverständnis, dass wir über die Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abstimmen? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14275 und 17/14276 sowie 17/14277 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Damit sind die Änderungsanträge abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf der Drucksache 17/12805, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14638 zugrunde.

Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen in Artikel 1 Absatz 1. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14638.

Mit dem Änderungsantrag der CSU auf Drucksache 17/14656 sollen weitere Änderungen in den Artikeln 13f und 13h vorgenommen werden. Im Einzelnen verweise ich auf die Drucksache 17/14656, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Gibt es keine. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschuss und mit den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzu-

zeigen. – Die SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und mit den im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 genannten Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – SPD-Fraktion, Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017)".

Mit der Annahme des Gesetzes in der vorgenannten Fassung hat der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14656 seine Erledigung gefunden.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 13 – das ist Tagesordnungspunkt 18. Der Abstimmung liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2017/2018, Einzelplan 13, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14089 und 17/14655, 17/14009 mit 17/14020, 17/13980 mit 17/13987 sowie 17/14225 mit 17/14239 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14628 zugrunde.

Zunächst lasse ich, wie bereits zu Beginn der Beratung angekündigt, über den Änderungsantrag von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/14020 betreffend "Härtetfonds zur Sanierung kommunaler Bäder" in namentlicher Form abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Für die Stimmabgabe sind die Urnen auf beiden Seiten des Sitzungssaals bereitgestellt. Sind Sie damit einverstän-

den, die für die Abstimmung zur Verfügung stehende Zeit auf drei Minuten zu verkürzen?

(Zahlreiche Zurufe: Ja!)

– Dann lasse ich nun abstimmen und bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. – Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 18.19 bis 18.22 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung, und die Stimmkarten werden ausgezählt. Ich bitte Sie, sich zu gedulden. Bevor wir weitermachen können, brauchen wir ein erstes Ergebnis. –

(Unterbrechung von 18.22 bis 18.24 Uhr)

Kolleginnen und Kollegen, darf ich Sie bitten, die Plätze einzunehmen? Wir können jetzt in der Tagesordnung fortfahren. Ich darf zunächst einmal das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt geben. Es ging um den Antrag betreffend "Häretfonds zur Sanierung kommunaler Bäder" auf Drucksache 17/14020. Mit Ja haben gestimmt 42. Mit Nein haben gestimmt 86. Es gab 8 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 10)

Kolleginnen und Kollegen, der Einzelplan 13 wird vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung auf der Drucksache 17/14628 aufgeführten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Mit dem Änderungsantrag der CSU auf Drucksache 17/14655 sollen die Schlüsselzuweisungen und Zuweisungen für Maßnahmen gemäß Artikel 13f des Finanzausgleichsgesetzes angepasst werden. Im Einzelnen verweise ich hierzu auf die Drucksache 17/14655, die Ihnen mit den Plenarunterlagen übersandt wurde. Wer diesem

Änderungsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Wer dem Einzelplan 13 entsprechend dieser Beschlussempfehlung und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14655 zustimmen möchte, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, soweit über sie nicht einzeln abgestimmt worden ist, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge liegt Ihnen vor.

(Siehe Anlage 11)

Außerdem schlägt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner Beschlussempfehlung noch verschiedene Ermächtigungen für das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat vor. Im Einzelnen verweise ich wiederum auf die Drucksache 17/14628. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit ist die Beratung des Einzelplans 13 abgeschlossen. Mit der Annahme des Einzelplans 13 in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14089 und 17/14655 ihre Erledigung gefunden.

Wir kommen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf des Haushaltsgesetzes 2017/2018. Das ist der Tagesordnungspunkt 19. Der Abstimmung liegen die Regierungsvorlage auf Drucksache 17/12806, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14287, 17/14657, 17/14282 mit 17/14285, 17/14278 mit 17/14281 sowie 17/14286 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 17/14636 zugrunde.

Vorweg lasse ich über den vom federführenden Ausschuss zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsantrag auf der Drucksache 17/14284, wie von der SPD-Fraktion beantragt, in namentlicher Form abstimmen. Es kann mit der Stimmabgabe begonnen werden. Die Urnen stehen bereit.

(Namentliche Abstimmung von 18.29 bis 18.32 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung. Die Stimmkarten werden draußen ausgezählt. Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit ich mit der Abstimmung fortfahren kann. Ich will weiter abstimmen lassen.

Ich fahre jetzt mit den Abstimmungen zu den übrigen Änderungsanträgen fort. Das sind die Änderungsanträge der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf den Drucksachen 17/14278 mit 17/14281 und die Änderungsanträge der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 17/14282 mit 17/14285 mit Ausnahme des Antrags der SPD auf Drucksache 17/14284, über den bereits namentlich abgestimmt wurde, und der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/14286.

Besteht damit Einverständnis, dass wir über die vorgenannten Änderungsanträge unter Zugrundelegung des Votums des federführenden Ausschusses insgesamt abstimmen? – Das ist der Fall. Der federführende Ausschuss empfiehlt die Ablehnung. Wer hinsichtlich der Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14282 mit 17/14285 mit Ausnahme der Drucksache 17/14284 sowie 17/14278 mit 17/14281 und 17/14286 mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des Abstimmungsverhaltens

seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Ich bitte Sie, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten. Die Änderungsanträge sind abgelehnt.

Ich brauche noch ein bisschen, bis das Ergebnis der namentlichen Abstimmung vorliegt. Vielen Dank, dass das alles so gut und so schnell geht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich gebe nun das Ergebnis der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmung bekannt. Es ging um den Änderungsantrag der SPD betreffend "Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten" auf der Drucksache 17/14284. Mit Ja haben 42 gestimmt. Mit Nein haben 87 gestimmt. Es gab 8 Enthaltungen. Damit ist dieser Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 12)

Damit komme ich zur Abstimmung über den Gesetzentwurf. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/12806, der Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf Drucksache 17/14636 zugrunde. Den Gesetzentwurf empfiehlt der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Annahme mit der Maßgabe von Änderungen. Im Einzelnen verweise ich auf die Beschlussempfehlung auf Drucksache 17/14636.

Mit dem Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 sollen die Schlusssummen für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 aufgrund der vorherigen Änderungen beim Einzelplan 13 angepasst werden. Im Einzelnen verweise ich auf Drucksache 17/14657, die Ihnen ebenfalls mit den Plenarunterlagen übersandt wurde. Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ge-

genstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das so beschlossen.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das ebenfalls beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des federführenden Ausschusses und den weiteren Änderungen im Änderungsantrag auf Drucksache 17/14657 seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das ist die CSU-Fraktion. Ich bitte, Gegenstimmen auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD und der FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist das Gesetz angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaats Bayern für die Haushaltsjahre 2017 und 2018 (Haushaltsgesetz 2017/2018)".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung haben die Änderungsanträge auf den Drucksachen 17/14287 und 17/14657 ihre Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, damit sind die Haushaltsberatungen abgeschlossen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ich danke dem Hohen Haus und damit den Kolleginnen und Kollegen sowie den Mitgliedern der Staatsregierung für diese drei Tage, in denen sehr intensiv beraten und diskutiert worden ist. Ich danke Ihnen herzlich dafür. Ganz besonders möchte ich den Kolleginnen und Kollegen des Haushaltsausschusses danken. Ich danke insbesondere dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Winter.

(Beifall bei der CSU)

Selbstverständlich schließe ich auch den Stellvertreter des Haushaltsausschusses, Herrn Kollegen Güller, in den Dank mit ein.

(Allgemeiner Beifall)

Mein Dank gilt auch allen Berichterstatterinnen und Berichterstattern aus den jeweiligen Fraktionen. Ich danke Ihnen für die intensive Vorberatung und die Vorbereitung. Für die nächsten Jahre 2017 und 2018 können wir gemeinsam unsere Verantwortung für die Menschen in Bayern wahrnehmen. Herr Ministerpräsident, herzlichen Dank auch an Sie!

(Beifall bei der CSU)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 18: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u. a. SPD; Haushaltsplan 2017/2018; hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.) (Drs. 17/14020)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete			X
Beißwenger Eric		X	
Dr. Bernhard Otmar		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Brunner Helmut		X	
Celina Kerstin			
Dettenhöfer Petra		X	
Dorow Alex		X	
Dünkel Norbert		X	
Dr. Dürr Sepp			
Eck Gerhard		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg		X	
Fackler Wolfgang		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Fehlner Martina			
Felbinger Günther			
Flierl Alexander		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert			
Ganserer Markus			X
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten	X		
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike			
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Gülller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Haderthauer Christine		X	
Häusler Johann	X		
Halbleib Volkmar	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			X
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Hölzl Florian		X	
Hofmann Michael		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard		X	
Huber Erwin			
Dr. Huber Marcel			
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Kamm Christine			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro		X	
Knoblauch Günther	X		
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	42	86	8

Mitteilung

zu den Tagesordnungspunkten 17 bis 19

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge

I. zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017 (Drs. 17/12805)

II. zum Einzelplan 13 (17/14628)

III. zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Drs. 17/12806)

I. Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13 FAG
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14275
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017;
hier: Änderung des Art. 13d FAG
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14276
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Finanzausgleichsänderungsgesetz 2017
(Drs. 17/12805)
Drs. 17/14277

II. Einzelplan 13

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Gesundheitsmanagement
(Kap. 13 03 neuer Tit.)
Drs. 17/13980
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude
(Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/13981
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schlüsselzuweisungen
(Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/13982
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Schülerbeförderung
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/13983

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Überlassung von Mitteln aus dem Kraftfahrzeugsteuerersatzverbund für den kommunalen Straßenbau/-unterhalt
(Kap. 13 10 Tit. 883 03)
Drs. 17/13984
6. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Bernhard Pohl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Leistungen nach dem ÖPNV-Gesetz
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/13985
7. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sonderinvestitionsprogramm für den Erhalt und gegebenenfalls Neubau kommunaler Schwimmbäder
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/13986
8. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Sanierung von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/13987
9. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Susann Biedefeld u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Steuermehreinnahmen im Staatshaushalt durch bessere Personalausstattung in der Steuerverwaltung
(Kap. 13 01)
Drs. 17/14009
10. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Streichung der Mittel für die Regierungsfraktion
(Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/14010
11. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Susann Biedefeld, Günther Knoblauch u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Rückforderung von Flughafendarlehen
(Kap. 13 06 neuer Tit.)
Drs. 17/14011
12. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Pauschalzuweisung zu den Beförderungskosten der Schülerinnen und Schüler in Bayern bedarfsorientiert und kontinuierlich erhöhen
(Kap. 13 10 Tit. 633 01)
Drs. 17/14012
13. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Aufstockung der Zuweisungen an kreisfreie Gemeinden zu den Kosten der Ämter für Gesundheits- und Veterinärwesen gemäß Art. 9 Abs. 1 bis 5 FAG
(Kap. 13 10 Tit. 633 02)
Drs. 17/14013
14. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Kofinanzierung des Strukturfonds nach dem Krankenhausstrukturgesetz
(Kap. 13 10 TG 71)
Drs. 17/14014
15. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Kathrin Sonnenholzner, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Finanzierung von Krankenhausinvestitionen
(Kap. 13 10 TG 72)
Drs. 17/14015
16. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Bernhard Roos, Dr. Paul Wengert u.a. SPD
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: ÖPNV interkommunal und intermodal optimieren, alternative Antriebe fördern
(Kap. 13 10 TG 81)
Drs. 17/14016

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Deutliche Aufstockung der Mittel für die Härtefallregelung im Rahmen der aktuellen RZWas (Richtlinien für Zuwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben) (Kap. 13 10 Tit. 883 04)
Drs. 17/14017
18. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Florian von Brunn, Dr. Paul Wengert u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stärkung der Lebensmittelkontrolle bei den kreisfreien Städten (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14018
19. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Andreas Lotte, Annette Karl u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Energieeffizienz im Wärmebereich – Energetische Sanierung kommunaler Gebäude (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14019
20. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Dr. Paul Wengert, Günther Knoblauch u.a. SPD Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Versteckte Verschuldung reduzieren: Härtefonds zur Sanierung kommunaler Bäder (Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14020
21. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Personaldopplungen wegen Verlagerung einzelner Behördenteile (Kap. 13 03 Tit. 422 06)
Drs. 17/14225
22. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: So genannte „Fraktionsreserve“ streichen (Kap. 13 03 Tit. 893 06)
Drs. 17/14226
23. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Keine Dauersubventionierung der Forschungsstiftung (Kap. 13 03 Tit. 894 07)
Drs. 17/14227
24. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Investitionsprogramm Bayern barrierefrei 2023 (Kap. 13 03 neue TG)
Drs. 17/14228
25. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Flughafen München GmbH: Darlehen zurückfordern (Kap. 13 06 Tit. 181 03)
Drs. 17/14229
26. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Schlüsselzuweisungen (Kap. 13 10 Tit. 613 01)
Drs. 17/14230
27. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Erhöhung der Mittel für Bedarfszuweisungen/Stabilisierungshilfen an Kommunen (Kap. 13 10 Tit. 613 31)
Drs. 17/14231
28. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Entnahme kommunale Sonderbaulast aus den Verbundmitteln unterbleibt (Kap. 13 10 Tit. 883 01 und Tit. 883 03)
Drs. 17/14232

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Umschichtung der Entflechtungsmittel zugunsten des ÖPNV
(Kap. 13 10 Tit. 883 08 und Tit. 883 09)
Drs. 17/14233
30. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Modellprojekte energieautarke Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14234
31. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Stromeinsparung kommunale Liegenschaften Straßenbeleuchtung
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14235
32. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Energetische Sanierung kommunaler Gebäude
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14236
33. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Förderung kommunale Wärmeplattformen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14237
34. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Klimaschutzmanagerinnen und -manager in den Kommunen
(Kap. 13 10 neuer Tit.)
Drs. 17/14238

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2017/2018;
hier: Pensionsfonds aufstocken – versteckte Verschuldung abbauen
(Kap. 13 20 Tit. 919 61 und
Kap. 13 60 Tit. 325 52)
Drs. 17/14239

III. Haushaltsgesetz 2017/2018

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Wiederbesetzungssperre ersatzlos streichen
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14278
2. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Wegfall des Stelleneinzugs nach Art. 6b HG
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14279
3. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Übernahme rechtskräftig festgestellter Schmerzensgeldansprüche
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14280
4. Änderungsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Änderung des Bayerischen Reisekostengesetzes
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14281

- | | |
|---|---|
| <p>5. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Streichung der Wiederbesetzungssperre
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14282</p> <p>6. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Abschaffung der pauschalen Stellensperre
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14283</p> <p>7. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Horst Arnold u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14284</p> | <p>8. Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Güller, Stefan Schuster, Klaus Adelt u.a. SPD
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018;
hier: Verbesserungen für Beamte im Dienst zu ungünstigen Zeiten
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14285</p> <p>9. Änderungsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018
(Drs. 17/12806)
Drs. 17/14286</p> |
|---|---|

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.12.2016 zu Tagesordnungspunkt 19: Änderungsantrag der Abgeordneten Harald Gülller, Stefan Schuster, Horst Arnold u. a. SPD zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zum Haushaltsgesetz 2017/2018 (Drs. 17/12806) hier: Schaffung verbesserter Beförderungsmöglichkeiten (Drs. 17/14284)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gerlach Judith		X	
Aigner Ilse		X		Gibis Max		X	
Aiwanger Hubert	X			Glauber Thorsten	X		
Arnold Horst	X			Dr. Goppel Thomas		X	
Aures Inge	X			Gote Ulrike			
				Gottstein Eva			
Bachhuber Martin		X		Güll Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gülller Harald	X		
Bauer Volker		X		Guttenberger Petra		X	
Baumgärtner Jürgen							
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Haderthauer Christine		X	
Bause Margarete			X	Häusler Johann	X		
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar	X		
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig			X
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
von Brunn Florian	X			Herrmann Joachim		X	
Brunner Helmut		X		Dr. Herz Leopold	X		
				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes		X	
				Hölzl Florian		X	
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael		X	
Dorow Alex		X		Holetschek Klaus		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp				Huber Erwin			
				Dr. Huber Marcel			
Eck Gerhard		X		Dr. Huber Martin		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Huber Thomas		X	
Eisenreich Georg		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
				Huml Melanie		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Imhof Hermann		X	
Fehlner Martina							
Felbinger Günther				Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X					
Dr. Förster Linus				Kamm Christine			X
Freller Karl		X		Kaniber Michaela		X	
Füracker Albert				Karl Annette	X		
				Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus			X	Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
Gehring Thomas			X	Kohnen Natascha	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Kränzle Bernd		X	
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich			X
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian			
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter	X		
Mistol Jürgen			
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Mütze Thomas			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena			
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich			
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schindler Franz			
Schmidt Gabi			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			
Sengl Gisela			X
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Stachowitz Diana			
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl			
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold			
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Untertländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika			
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert			
Zacharias Isabell			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno			
Gesamtsumme	42	87	8

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 27.12.2016

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)